



HANS BOMMERMANN

Langenfeld unter dem NS-Regime  
1932 - April 1933

BAND I

1983  
im Selbstverlag erschienen

---

**Beiträge zur Langenfelder Stadtgeschichte**

HANS BOMMERMANN

Langenfeld unter dem NS-Regime  
1932 - April 1933



Vor 50 Jahren.

Nationalsozialistische Diktatur in Langenfeld.

Anmerkung:

Die Machtergreifung durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei begann am 30. Januar 1933 mit der formal legalen Berufung Hitlers zum Reichskanzler.

Sie fand ihren Abschluß mit der Verbindung von Reichskanzler- und Reichspräsidentenamt im Jahre 1934.

Zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 19. August 1934 lag aber ein Weg, auf dem die Nationalsozialisten sehr schnell alle Widerstände ausschalteten und die staatlichen Machtpositionen durch Ausnahmegesetze und durch die offene Durchbrechung der Legalität in Reich, Ländern und Gemeinden an sich rissen.

Hinter allem stand der psychische und physische Terror, den die Nationalsozialistischen gegen ihre politischen Gegner und alle Nichtanhänger ausübten.

Neben der Machtergreifung lief als zweiter Prozeß die ideologische Gleichschaltung. Es war der Versuch der NSDAP, alle Bereiche des menschlichen Lebens zentral auf die nationalsozialistische Anschauung auszurichten und andersgerichtete Bestrebungen bzw. Organisationen auf ihren Kurs zu bringen, d.h. gleichzuschalten und ein totalitäres Regime in Deutschland aufzurichten.

In der ortsgeschichtlichen Literatur über Langenfeld sind bisher die Ereignisse der nationalsozialistischen Herrschaft weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Der dokumentarische Bestand des Stadtarchivs Langenfeld, das 1972 eingerichtet wurde, weist gerade über die NS-Zeit bedauerliche Lücken auf. Viele lokalgeschichtliche Akten wurden in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren als Altpapier abgegeben, um dafür Schreibpapier für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes zu bekommen.

Daher soll mit dieser Arbeit der Versuch unternommen werden, abschnittsweise über das "Tausendjährige Reich" eine Aufarbeitung aller wichtigen Vorkommnisse auf lokaler Ebene zu erstellen.

Sie ist nicht als ein verspätetes Tribunal gedacht. Auf unnötige Namensnennungen wurde verzichtet.

Der Langenfelder Heimatforscher Dr. Karl Siegmar von Galerà berichtet in einem bisher unveröffentlichten Manuskript aus dem Jahre 1960:

Die Geschichte der Bürgermeisterei  
Langenfeld 1806-1956  
im 31. Kapitel (Seite 435-456) über  
Richrath-Reusrath unter der national-  
sozialistischen Herrschaft 1933-1945.

Diese Ausführungen sind aber nur zum Teil verwendbar. So fehlen die Ergebnisse aller Wahlen, die vor und nach dem 30. Januar 1933 durchgeführt wurden.

Es mußte daher auf die Tageszeitungen zurückgegriffen werden, die einen lokalen Teil über Langenfeld führten. Da diese in der Regel eine bestimmte parteipolitische Richtung vertraten, wurden im Interesse der Ausgewogenheit folgende Zeitungen benutzt:

- Bergische Arbeiterstimme  
Organ der Kommunistischen Partei  
Deutschlands  
Abkürzung = BA

- Bergische Post  
Sprachrohr der Zentrumspartei  
Abkürzung = BP

- General-Anzeiger  
Langenfelder Zeitung und Tageblatt  
Abkürzung = GA

Sie berichtete über die bürgerlichen  
Rechtsparteien.  
In ihr sind auch ausführliche Berichte  
über Veranstaltungen der NSDAP zu finden.

Die nachfolgenden Lokalberichte werden zum Teil als Foto-Kopie wiedergegeben oder ihr Inhalt wurde wörtlich übernommen. Aus längeren Mitteilungen wurden die wichtigsten Passagen zusammengestellt.

Die Parteienlandschaft von 1928 bis Ende 1932  
in der Gemeinde Richrath-Reusrath.

---

In den folgenden Ergebnissen der

- Reichstagswahlen  
von 1928 bis einschließlich 1932
- Wahl zur Amtsvertretung der Gemeinde  
Richrath-Reusrath am 17. November 1929
- Wahl des Reichspräsidenten  
1. Wahlgang am 13. März 1932  
2. Wahlgang am 10. April 1932

spiegelt sich die politische Einstellung und das  
Wahlverhalten der Bevölkerung wider.

Auf die Resultate der

- Wahlen zum Preußischen Landtag
- Wahlen zum Rheinischen Provinziallandtag
- Wahlen zum Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises

wurde verzichtet, da sie in der Regel mit einer anderen  
Wahl gekoppelt waren und nur geringe Abweichungen im  
Ergebnis zu diesen aufwiesen.

Für die

- Zentrums-Partei
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Kommunistische Partei Deutschlands

zeichnet sich bei den nachfolgenden Wahlergebnissen  
im großen und ganzen eine Stammwählerschaft ab.

Deutlich erkennbar ist das starke Anwachsen der Wähler-  
stimmen für die NSDAP. Sie stiegen von 1928 bis 1932  
von 0,3% bis auf 26,1%.

Dagegen sind bei den bürgerlichen Parteien bis 1932 erhebliche Verluste zu verzeichnen.

Bezeichnend ist der geringe Stimmenanteil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Gemeinde Richrath-Reusrath von nur durchschnittlich 5%, während sie im Deutschen Reich bis zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932 die stärkste Partei war.

Zu dieser unterschiedlichen Situation sei der Solinger Heimatforscher Heinz Rosenthal zitiert, ein hervorragender Kenner der Geschichte der Solinger sozialistischen Linksparteien.

Er stellt im Band III - Seite 368 -  
"Solingen. Geschichte einer Stadt", fest:

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung fanden am 19. Januar 1919 statt. Dabei stellte sich heraus, daß die SPD im oberen Kreis mit 21 972 Stimmen gegen 19 603 Stimmen der USPD überwog. Hiernach schienen die USPD-Leute für alle ihre Handlungen und Behauptungen seit der Revolution von der Wählerschaft ins Unrecht gesetzt zu sein.

Über das tatsächliche Stärkeverhältnis eines einigermaßen festen Wählerstammes der sozialistischen Parteien Solingens sagten diese Januarwahlen jedoch nichts aus. Das brachten erst die am 2. November 1919 abgehaltenen Stadtratswahlen zutage. Die SPD erlitt einen Verlust von mehr als 13 000 Stimmen, wovon 5000 auf Nichtwähler entfielen. Über 8000 SPD-Wähler gaben die Stimme der USPD, die in ganz Solingen 27 828 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Das war der Ausdruck der wirklichen Meinung und bezeichnete das richtige Stärkeverhältnis der beiden sozialistischen Parteien zueinander.

In Wald, Ohligs und Höscheid errang die USPD die absolute Mehrheit in den Stadtparlamenten; in Solingen und Gräfrath errangen die Sozialdemokraten bei der starken Stellung der USPD die Schlüsselposition. Hier konnte die SPD mit den Unabhängigen oder mit den Bürgerlichen stimmen. Nach dem schon im Juni in Elberfeld und Barmen gegebenen Beispiel ging die Solinger SPD am 5. September 1921 mit der USPD eine Arbeitsgemeinschaft ein. Die SPD unterstützte die USPD in sozialistischen Programmforderungen und die Bürgerlichen, wenn ihnen die USPD zu radikal erschien; grundsätzlich aber stand sie, wie sie es im Wahlkampf versprochen hatte, in Frontstellung gegen die bürgerlichen Parteien. Die Unabhängigen seien „meist ehrliche Draufgänger“, meinte das „Solinger Volksblatt“ während des Wahlkampfes.

Die SPD konnte erst wieder höhere Stimmzahlen gewinnen, nachdem sie sich am 24. September 1922 mit dem gemäßigten Flügel der USPD vereinigt hatte; der radikale Flügel der USPD ging zur KPD über, jedoch blieb die KPD immer noch doppelt so stark wie die vereinigte SPD.

Als sich die „ehrlichen Draufgänger“, um dieses von der SPD geprägte Wort noch einmal zu wiederholen, mit der SPD vereinigten, folgten ihnen die Wählermassen nicht, sondern gingen zur KPD über. Die konstruktive Kommunalpolitik der SPD, auch nach der Vereinigung, machte wenig Eindruck auf die Wähler. Jede Seite des Marxismus in Solingen hatte ihren festen Wählerstamm. Die Diktatur des Proletariats war ein viel lockenderes Zukunftsziel als die Mitverantwortlichkeit an der Kommunal- und Regierungspolitik, welche die SPD auf sich genommen hatte.

(USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

Seine Feststellungen treffen weitgehend auch für Richrath-Reusrath zu, denn zur SPD in Solingen bestanden schon seit den Gründerjahren enge Verbindungen.

Zur Reichstagswahl am 16. Juni 1903 gaben im Wahlgebiet Richrath 419 = 25,5 % Wähler ihre Stimme dem bekannten SPD-Politiker Philipp Scheidemann, der Kandidat des Wahlkreises Solingen war und in den Reichstag gewählt wurde. Wenn man bedenkt, daß damals die Stimmabgabe für die SPD mit dem Verlust des Arbeitsplatzes oder sonstigen Behinderungen verbunden sein konnte, so war dies ein immerhin beachtliches Wahlergebnis.

Reichstagswahlen

	<u>W a h l t a g</u>			
	20.5. 1928	14.9. 1930	31.7. 1932	6.11 1932
Gültige Stimmen	6.637	8.030	8.469	8.233
<u>Parteien</u>				
Zentrum	2.653 40,0 %	2.993 37,3 %	3.335 39,5 %	3.183 38,6 %
SPD	426 6,4 %	410 5,1 %	348 4,1 %	334 4,0 %
KPD	1.562 23,5 %	2.056 25,6 %	2.165 25,5 %	2.370 28,8 %
NSDAP	22 0,3 %	772 9,6 %	2.208 26,1 %	1.956 23,8 %
DVP	674 10,2 %	406 5,1 %	79 0,9 %	124 1,5 %
DNVP	244 3,7 %	243 3,0 %	161 1,9 %	219 2,7 %
Übrige	1.056 15,9 %	1.150 14,3 %	173 2,0 %	47 0,6 %

Stimmzettel für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost zur Reichstagswahl am 14. September 1930. Zu diesem Wahlkreis zählte auch die Gemeinde Richrath-Reusrath.

## Der amtliche Stimmzettel für die Reichstagswahl am 14. September

<b>1</b>	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Limberg — Lore Agnes — Daum — Jöllig	<b>1</b>	<input type="radio"/>
<b>2</b>	Deutschnationale Volkspartei Dr. Koch — Dr. von Waldthausen — Jaeger Dr. Köhmann	<b>2</b>	<input type="radio"/>
<b>3</b>	Zentrum Giesberts — Dr. Helene Weber — Schlad — Schnigler	<b>3</b>	<input type="radio"/>
<b>4</b>	Kommunistische Partei Thälmann — Schulte — Strenting — Helene Overlach	<b>4</b>	<input type="radio"/>
<b>5</b>	Deutsche Volkspartei Schmid — Dr. Bary — Agnes Zell — Dr. Jabel	<b>5</b>	<input type="radio"/>
<b>5<sub>a</sub></b>	Christlich-soziale Volksgemeinschaft Broderfen — Fuhr — Wagner — Thielmann	<b>5<sub>a</sub></b>	<input type="radio"/>
<b>6</b>	Deutsche Staatspartei Bornemann — Dr. Dechamps — Dr. Beder — Bachem	<b>6</b>	<input type="radio"/>
<b>7</b>	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes e. V. (Wirtschaftspartei) Dr. Bredt — Schöpwinkel — Grathues — Gerhahn	<b>7</b>	<input type="radio"/>
<b>9</b>	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) Florian — Terboven — Lutz — Weller	<b>9</b>	<input type="radio"/>
<b>10</b>	Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) Schalten — Siebers — Deselaers — Uerdunk	<b>10</b>	<input type="radio"/>
<b>11</b>	Vollrecht-Partei (Reichspartei für Vollrecht u. Auswertung) und Christlich-Soziale Reichspartei Wohl — Gemein — Maria Schmitz — Schagen — Heindrichs	<b>11</b>	<input type="radio"/>
<b>16</b>	Konservative Volkspartei Dr. von Organder — Lambach — Hahn — Harff	<b>16</b>	<input type="radio"/>
<b>17</b>	Christlicher Volksdienst Hennes — Kuhlmann — Elfa Grave — Ennaper	<b>17</b>	<input type="radio"/>
<b>19</b>	Polenpartei Dr. Kaczmarek — Olejniczak — Paszlowial — Kwiatkowski	<b>19</b>	<input type="radio"/>
<b>20</b>	Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft Eisner — Fitten	<b>20</b>	<input type="radio"/>

Wie groß die Zahl der Parteien bei den damaligen Reichstagswahlen war, zeigen die folgenden Stimmzettel.

Stimmzettel zur Reichstagswahl  
am 31. Juli 1932  
im Wahlkreis Nr. 3 (Potsdam II)

Reichstagswahl  
Wahlkreis Potsdam II.

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Rühlitz - Dr. Köpcke - Helzig - Frau Ranz	1	○
2	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Dr. Goebbels - Frau Neumann - Schulmann - Dr. Götzel	2	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Eckmann - Ullrich - Fabian - Elamir	3	○
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning - Dr. Rose - Schmitt - Frensch	4	○
5	Deutschnationale Volkspartei Eisenhoff - Casper - Frau Ledermann - Wehr	5	○
6	Deutsche Volkspartei Dr. Groß - Frau Dr. Weg - Uebels - Ritter von Haad	6	○
7	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V. Mollath - Heibel - Dr. Baumann - Ahler	7	○
8	Deutsche Staatspartei Dr. Friebel - Frau Dr. Lubers - Blau - Dr. Goppel	8	○
10	Deutsches Landvolk von Huenrichs - Domsch	10	○
11	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) D. Nünning - Weinsicht - Frau Wolf - Weg	11	○
11a	Vollrecht-Partei Wein - Franke - Heuser - Menke	11a	○
17	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands Leber - Engelke - Hofmeier - Beyer	17	○
20	Deutsche Sozialistische Kampfbewegung Schill - Wittenberg - Giller - Rieger	20	○
21	Polenliste Ramsauer - Grottel - Cabel	21	○
24	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Wendebel - Fabian - Wartenberg - Mollath	24	○
25	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft) Graf - Vogel - Dr. Groß - Frau Sebe	25	○
28	Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot!“ Giesinger - Hübner - Gering	28	○
29	Bund der Erwerbslosen Berlins Gehr - Hoff	29	○
30	Haus- und Landwirte Partei Giermann - Dubs - Ebert - Vogelbein	30	○
31	Kampfgemeinschaft der Lohn- und Gehaltsabgehenden Höbe - Leber	31	○
32	Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflations- geschädigte und Kriegsgeldbesitzer Wies - Bruch - Vismann	32	○
33	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten Pisat - Götzel - Grottel	33	○
34	Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich radikale Volkfront Jäger - Krichmann - Ueber - Schirmer	34	○
35	Der ernste evangelisch-lutherische Christ (Ereignisliste-Bewegung) Frau Brandt - Wehner - Hübner	35	○
36	Nationalsozialistische Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende Frau Jägermann - Vismann - Hübner	36	○
37	Nationalsozialistischer ernannter Mittelstand Nieder	37	○
38	Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Hübner - Gehr - Götzel	38	○

Stimmzettel zur Reichstagswahl  
am 6. November 1932  
im Wahlkreis Nr. 2 (Berlin)

Reichstagswahl  
Wahlkreis Berlin

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) Dr. Goebbels - Frau Jägermann - Schulmann - Dr. Götzel	1	○
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Eckmann - Ullrich - Frau Ranz - Helzig	2	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Eckmann - Ullrich - Fabian - Elamir	3	○
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning - Dr. Rose - Schmitt - Frensch	4	○
5	Deutschnationale Volkspartei Eisenhoff - Casper - Frau Ledermann - Wehr	5	○
5a	Radikaler Mittelstand Mollath - Dr. Götzel	5a	○
6a	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten Pisat - Götzel - Grottel	6a	○
7	Deutsche Volkspartei Dr. Groß - Dr. Weg - Frau Weg - Ritter	7	○
8	Deutsche Staatspartei Dr. Friebel - Ebert - Dr. Götzel - Frau Vismann	8	○
9	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) D. Nünning - Weinsicht - Frau Wolf - Weg	9	○
9a	Deutsch-hannoversche Partei Weg - Gehr - Wehr - Götzel	9a	○
10	Reichspartei des deutschen Mittelstandes Mollath - Gehr - Götzel - Grottel	10	○
13	Deutsches Landvolk Dr. Gehr - Hoff	13	○
14	Vollrecht-Partei D. Dr. Grottel - Götzel - Grottel - Grottel - Grottel	14	○
15	Gerechtigkeits-Bewegung-Methner Methner - Grottel	15	○
17	Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Götting-Bewegung für Arbeitsbeschaffung) Götting - Grottel - Dr. Götting - Grottel	17	○
18	Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands Leber - Engelke - Hofmeier - Beyer	18	○
19	Polenliste Ramsauer - Grottel - Cabel	19	○
21	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (F. F. D.) Partei für krisenfreie Volkswirtschaft Graf - Vogel - Dr. Groß - Frau Sebe	21	○
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Wendebel - Fabian - Wartenberg - Mollath	25	○
26	Haus- und Landwirtepartei (Bund für Wirtschaftserfolge) Giermann - Dubs - Ebert - Vogelbein	26	○
27	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Kriegsgeldbesitzer Wies - Bruch - Vismann	27	○
28	Deutsche Bauernpartei (National-Republikanische Partei) Grottel - Götzel	28	○
29	Radikaldemokratische Partei Eckmann - Ullrich - Frau Ranz - Helzig	29	○
31	Anteilnehmer Mittelstand Mollath - Gehr - Götzel	31	○
32	Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende Mollath - Gehr	32	○
33	Für Hindenburg und Lappan (Nationalistische Kampfbewegung) Götting - Grottel - Frau Jägermann - Grottel	33	○
35	Nationaler Union Deutschlands (Einheitsbewegung aller Schichten) Grottel - Götzel - Grottel - Grottel	35	○
36	Mittelstands-Partei (Nationalisten) Götzel - Götzel - Götzel	36	○

20.1. BA = Auszug:

## Nazi-Versammlung in Langenfeld

„Quatsch nich drin, Mädchen, da haste doch keine Ahnung von“ — Wie die Fins„brecher“  
Kapitalsknechtschaft in Wirklichkeit ansehen

Langenfeld. (N.N.) Vor einigen Tagen fand hier im Saale Kulemann eine stark besuchte Nazi-Versammlung statt. Die Versammlungsbesucher setzten sich vorwiegend aus Mittelständlern und von auswärts herbeigezogenen SA-Leuten zusammen. Der Redner, ein gewisser Franz es aus Düsseldorf, sollte über das Thema: „Wer furbelt die Wirtschaft an? Brüning oder Hitler?“ sprechen. Wer aber nun glaubte, über das Thema etwas zu hören, wurde sehr enttäuscht. Der Referent war viel mehr Komiker als Politiker. Er hat entschieden seinen Beruf verfehlt. In seinem etwa zweieinhalb Stunden währenden Referat schimpfte er eine Stunde lang nur über die Kommunisten, statt auf das Thema des Abends einzugehen. Einen Ausweg aus dem Elend zeigte er bestimmt nicht auf, denn das Rezept, das er gab, — er wollte allerdings kein Rezept geben, wie er ausführte, — ist gewiß nicht dazu angetan, aus der kapitalistischen Krise herauszukommen.

13.7. GA



**Nationalsozialistische  
Deutsche Arbeiter Partei  
Ortsgruppe Langenfeld**

Große öffentliche

### **Volkskundgebung**

am Donnerstag, dem 14. Juli, abends 8,30 Uhr in der  
Wilhelmshalle, W. Kulemann, Langenfeld.

Redner: Reichstagsabg. Wilh. Bürger, Neuß.

Thema: **Wir kämpfen für die Ein-  
heit der deutschen Nation**

**N. S. D. A. P. Ortsgruppe Langenfeld.**

16.7. GA

Kundgebung der NSDAP in Langenfeld.

Für die Einheit der Nation.

Für Donnerstagabend hatte die Ortsgruppe der NSDAP wieder eine öffentliche Kundgebung in der Wilhelmshalle angesetzt. Wie bei allen bisherigen Veranstaltungen war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Es sprach diesmal der Reichstagsabgeordnete W.Börger, Neuß, zum Thema: "Wir kämpfen für die Einheit der deutschen Nation".

Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden erhielt sofort der Redner das Wort.

Im letzten Absatz heißt es:

Der Beifall während der Ausführungen und am Schlusse war außer-ordentlich stark.

28.7. GA

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
Ortsgruppe Langenfeld.

Große öffentliche Wahlkundgebung am Donnerstag,  
dem 28. Juli 1932, abends 8.30 Uhr, in der Wilhelmshalle,  
W.Kullemann, Langenfeld.

Redner: Gau-Kommissar Wilhelm Becker, Krefeld.

Thema: Die Entscheidungsstunde des Deutschen Volkes.  
NSDAP. Ortsgruppe Langenfeld.

Wir wählen Liste 2 ! !

Eine Lokal-Notiz in der gleichen Ausgabe weist ebenfalls auf diese Veranstaltung hin.

29.7. GA

Die NSDAP in Langenfeld.

Wie bisher stets war auch die letzte Versammlung der Ortsgruppe der NSDAP am Donnerstagabend in der Wilhelmshalle stark besucht. Nach kurzen Begrüßungsworten des Ortsgruppen-Vorsitzenden Schreiner, erhielt sofort der Redner des Abends, Gau-Kommissar Becker, Krefeld, das Wort.

Aus seinen zum Teil sehr scharfen Ausführungen, die noch einmal die Verhältnisse der letzten 15 Jahre streiften, entnehmen wir: "Mit der Papen-Regierung hätte die NSDAP nichts zu tun."

In diesem sehr ausführlichen Bericht heißt es weiter: Der Führer würde dies meistern, wenn er Recht und Gerechtigkeit proklamiere. 15 Millionen Anhänger hätte die Partei, aber wisse auch, daß dieses nicht alle überzeugte Nationalsozialisten wären.

Aller Voraussicht nach werde Hitler am 1. August Reichskanzler. (Großer Beifall)

Der 31.7. müßte den Sieg bringen.

1.8. GA

Lokal-Notiz zum Wahltag in Langenfeld.

Der Verlauf war ruhig. Und es ist nirgends zu Störungen gekommen.

2.8. GA

Zum Wahltag:

Wie groß das Interesse für die Ergebnisse der Reichstagswahl war, bewies die ständige Belagerung unseres Aushangs, im Schaufenster unserer Geschäftsstelle bis in die späten Abendstunden. Das Wahlgeschäft ging diesmal verhältnismäßig schnell vonstatten, so daß wir früh die ersten Ergebnisse bekanntgeben konnten.

Bergische Arbeiterstimme vom 5.10.1932.

Auszug:

In Langensfeld

# Nazi-Überfall auf Antifaschisten

- Die provozierenden SA-Leute erhalten eine proletarische Abreibung -  
Polizei gegen Antifaschisten - Steigert den Abwehrkampf

Langensfeld Aus allen Gebieten des Niederrheins waren am Samstag die Antifaschisten nach Venrath geeilt, um dem von der Kölner Polizei erschossenen Kampfbandenführer Stegmann das letzte Geleit zu geben. Schon auf dem Hinmarsch nach Venrath wurden Antifaschisten in Langensfeld von provozierenden Nazis belästigt. Als am Samstagnachmittag, gegen 16 Uhr, ein Trupp Kampfbandenführer per Rad die Straße von Venrath nach Köln passierte, stand ein Trupp SA-Leute von der Krapps Garage in Langensfeld. Sie benahmten sich gegenüber den vorbeifahrenden Antifaschisten sehr herausfordernd. Rufe ertönten, wie: „Komme her!“ „Mote Mordbanditen!“ Ferner machten die Nazis Zeichen mit der Hand zum Halsabschneiden usw.

Verursacht durch diese frechen Herausforderungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den provozierenden SA-Mitgliedern und den Antifaschisten.

Auf Seiten der SA gab es dabei einen Schwerverletzten und verschiedene Leichtverletzte.

## Ein Augenzeuge berichtet:

Es war ungefähr gegen 16 Uhr, als ein Trupp Radfahrer, Mitglieder des Kampfbandes gegen den Faschismus, in der Richtung von Venrath sich Langensfeld näherten. Gegenüber der Krapps Garage wurden die Antifaschisten von SA-Mitgliedern beschimpft. Das verursachte starke Aufregung bei den Radfahrern. Sie machten halt und stellten ihre Räder an die Seite. Am gleichen Moment stürzten sich verschiedene SA-Leute auf die herankommenden Radfahrer. Es kam zu einem Handgemenge, das zu den oben erwähnten Folgen führte. Die Radfahrer entfernten sich dann und machten auf der Kölner Straße, bei Henje, nochmals halt, in der Absicht, evtl. Nachzügler, die noch von Venrath her unterwegs waren, vor den provozierenden Nazis zu warnen.

## Polizei erschien auf der Bildfläche

Inzwischen war Polizei eingetroffen, um die Ansammlungen auf der Straße zu zerstreuen, wie der polizeiliche Fachausdruck lautet. Der Landjäger Witt schrie die Kölner Radfahrer an, weiterzugehen. Dieser Aufforderung wurde auch Folge geleistet. In der Zwischenzeit hatte man die SA in und vor dem Lokal Wagner zusammengezogen. Diese stellte auch jetzt ihre Provokationen nicht ein.

Trotz Anwesenheit der Polizei erschallten aus dem Lokal ihre frechen Mordlieder.

Inzwischen trafen die Nachzügler von Venrath ein. Auf der Kölner Straße hielten sie, durch den Menschenauflauf neugierig, an, um sich zu erkundigen, was geschehen sei.

3.11. BP

Zur Reichstagswahl am 6.11.1932.

Zentrums-Frauen ! Zentrums-Männer ! Zentrums-Jugend !  
Heute abend 8 Uhr halten wir im Gemeinde-Kino unsere  
Wahlkundgebung ab. Herr Reichsminister a.D. Giesberts  
ist als Redner gewonnen. Unser aller Teilnahme ist  
eine Ehrenpflicht ! Wir wollen uns nachhaltig und  
entschieden für eine starke Staatsführung aussprechen,  
die im Volkswillen ihre Grundlagen hat und dem Volke  
gibt, was des Volkes ist, weil wir wissen, daß nur so  
unser deutsches Vaterland von seinen großen Nöten ge-  
nesen kann.

Nach einer Lokal-Notiz vom gleichen Tage werden an  
dieser Zentrums-Wählerversammlung im Gemeinde-Kino auch  
der Katholische Arbeiterverein, Immigrath-Langenfeld,  
und der Katholische Gesellenverein teilnehmen.

4.11. BP

Gegen die Entrechtung des Volkes !

Eine Zentrumsversammlung im Gemeinde-Kino in Immigrath.  
- Reichsminister a.D. Giesberts sprach über die poli-  
tische Lage -

Eine scharfe Absage gegen die Regierung von Papen -  
Wählt Liste 4 !

Wenn auch die Propaganda und die Bekanntgabe für die  
große Wählerversammlung der Zentrumspartei Immigrath-  
Langenfeld verhältnismäßig spät einsetzte, war der  
Besuch im Gemeinde-Kino gestern Abend durchaus be-  
friedigend. Reichsminister a.D. Giesberts verstand  
es in seiner feinen Art die Zuhörer eineinhalb Stunden  
in Bann zu halten und gab durch seine direkten Beziehungen

zu den politischen Dingen seit Jahrzehnten manche Aufklärung über unklare Dinge, zerriß das Lügengewebe, das die Gegner des Zentrums immer wieder zu spinnen versuchten. Dr.Prigge begrüßte die Erschienenen, besonders Prälat Rohde und den Redner des Abends, der schon seit dem Jahre 1905 den Westen im Reichstage vertrete. Er dankte ihm für die viele Mühe und Arbeit, die er in all den Jahren schon für die Zentrums-Partei geleistet habe. Dr.Prigge behandelte kurz die letzte Reichstagsauflösung und sagte, wenn Papen behauptete, das Volk stehe hinter ihm, dann werde sich das am kommenden Sonntag beweisen.

Wahlanzeige der Zentrumsparlei in der "Bergischen Post"  
zur Reichstagswahl am 6.11.1932.

## Die Parole des Zentrums:

Nur durch ein starkes deutsches Zentrum  
retten wir den Volksstaat, den Rechtsstaat, den  
christl. Kulturstaat, retten wir für die Zukunft die  
Gleichberechtigung und Freiheit der deutschen  
Katholiken, schaffen wir Ordnung, Arbeit, Frei-  
heit und Brot.

**Zentrumsvolk!**

**Sei einig, einig, einig!**

**Zentrumspartei Rhein - Wupper - Kreis**

**Ein letzter Appell**

**Eine letzte Heerschau!**

Des Reichstags 1. Vizepräsident

**Thomas Esser**

spricht heute abend, 8 Uhr, im Steinackerschen Kaiser-  
saale am Rathaus.

Leverkusener Zentrumsvolk und ihr Freunde  
aus den Nachbargemeinden, heraus zur letzten  
Bekundung Eures Kampfes - und Siegeswillens.

**Zentrumspartei Leverkusen**

Liste



4

Liste

Bergische Arbeiterstimme vom 5.11.1932.

# So „kurzelt“ Papen die Wirtschaft an

## Kronprinz AG. Immlgrath entläßt 33 Arbeiter — Weitere Entlassungen sollen folgen Arbeiter, kämpft gegen Massenentlassungen und Hunger, für den Sieg der Liste 3!

(Arbeiterkorrespondenz.)

Langensfeld-Immlgrath. Vor einigen Wochen wurden bei der Firma Kronprinz AG., Immlgrath, zur Erledigung eines Russenauftrages über 100 Arbeiter eingestellt. Die Direktion mußte die Situation aus, um gleichzeitig, gestützt auf die Notverordnung, einen empfindlichen Lohnabbau durchzuführen. Wir haben seinerzeit ausführlich dazu Stellung genommen. Jetzt, nachdem unter schärfster Ausbeutung der Arbeitskraft der Kronprinz-Proleten der Auftrag beinahe erfüllt ist, erfolgen erneut Massenentlassungen. Vergangene Woche Samstag haben bereits 33 Arbeiter die Entlassungspapiere bekommen. Wie wir erfahren, sollen in aller Kürze weitere Entlassungen bevorstehen.

Wie ist im Augenblick die Situation für die Kronprinzarbeiter? Die Firma hat im Betrieb die Papen-Notverordnung durchgeführt. 50 Prozent hat man den Kronprinzarbeitern von ihrem großen Lohn weggenommen. Für einen Hungerlohn mußten die Kronprinz-Proleten schuften, damit der Russenauftrag so schnell wie möglich herauskam, und die Aktionäre recht fette Profite dafür einsacken konnten. Ueberstunden wurden geschuftet und in Tag- und Nachtschicht gearbeitet.

Die Kronprinzgewaltigen Ketten schmunzeln die Profite ein, die Arbeiter aber fliegen auf die Straße. So sieht in der Praxis die „Kurzelung“ der Wirtschaft aus.

Wir Kommunisten haben immer wieder aufgezeigt, daß keine Notverordnung, kein Wirtschaftsprogramm der kapitalistischen Klasse den Ausweg aus der Krise bedeutet. Nur der Sozialismus öffnet die Betriebe. Erst wenn die Arbeiterklasse im revolutionären Massenkampf den profitgierigen Kapitalismus beseitigt hat, wird die Produktion wieder angekurzelt.

Wenn die Arbeiter und Bauern selbst die Macht ausüben und

die Produktionsmittel in ihren Besitz genommen haben, gibt es wieder Arbeit und Brot.

Wir rufen der Kronprinz-Besetztheit zu, wehrt euch gegen die neuen Massenentlassungen. Diesmal dürft ihr dem Kampf nicht ausweichen. Kämpft in einer Front, unter Führung der A.G., und es wird euch gelingen, die Unternehmer auf die Knie zu zwingen. Gute Kampfparole an die Volksfeinde und Lohndrücker aber lautet:

Am 6. November geben wir unsere Stimmen der Liste 3!

### SPD.-Landrat Trimborn berichtigt

Dpladen. Vom Landratsamt Dpladen wird uns folgende Berichtigung

zugefickt:

„In der Nummer 238 der „Bergischen Arbeiterstimme“ wird unter der Ueberschrift „Eine kleine Antwort auf ein SPD.-Wahlflugblatt“ u. a. behauptet: „... Wir erinnern auch noch an den sozialdemokratischen Landrat Trimborn, der versüßt hat, daß die Wohlfahrtsempfänger nur noch etwa alle 10 Tage Unterstützung erhalten, und zwar in derselben Höhe, wie sie bisher für eine Woche gezahlt wurde, nämlich für ein Ehepaar 10,20 Mark.“

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß eine beratliche Verfügung weder von mir, noch von irgendeiner anderen Stelle der Kreisverwaltung herausgegeben wurde.

gez. Trimborn, Landrat.

Wir werden uns sofort mit unserem Gewährsmann in Verbindung setzen, um dann nochmals auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Wahlergebnis der Reichstagswahl am 6. November 1932 in den einzelnen Wahlbezirken der Gemeinde Richrath-Reusrath.

# Ort Richrath-Reusrath

## Das Wahlergebnis

Der Wahltag ist vorüber. In unserer Gemeinde verlief die Wahlhandlung sehr ruhig. Jrgendwelche Störungen wurden nicht gemeldet. Am letzten Tage vor der Wahl gab es noch einmal ein kurzes aufflackerndes Werben um die Stimmen durch Flugblätter der verschiedensten Richtungen, aber im allgemeinen war es doch viel ruhiger wie bei den vergangenen Wahlen. Die Deutschnationalen vor allem versuchten am Samstag noch ihr Glück durch einen kleinen Flugblattregen. Gestern nachmittag setzte ein reger Schlepperdienst ein, um auch den letzten zur Wahlurne zu bringen. Trotzdem blieb die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Wahlen geringer.

Nationalsozialisten	1955	(2208)
Sozialdemokraten	335	(348)
Kommunisten	2370	(2165)
Zentrum	3183	(3337)
Deutschnationale	216	(161)
Deutsche Volkspartei	124	(79)
Staatspartei	16	(13)
Chr. soz.	31	(34)
Wirtschaftspartei	21	(32)
Vollrechtspartei	59	(60)
RPW	1	(1)
Wahlberechtigt	10 100	(9804)

Bangensfeld (Kath. Schule). N. S. 193 (227), S. P. D. 10 (8), RPW. 305 (269), Zentrum 315 (338), DN. 19 (9), DWB. 25 (17), WP. 5 (3), D. St. 2 (1). Wahlberechtigt: 1021 (944). Gültige Stimmen: 875 (9), (875).

Bangensfeld (Evgl. Schule). N. S. 366 (402), SPD. 28 (38), RPW. 213 (181), Zentrum 297 (319), DN. 31 (32), DWB. 34 (27), D. St. 1 (2), Chr.-soz. 5 (2), WR. 4 (8). Wahlberechtigt: 1154 (1132). Gültige Stimmen: 979 (11), (1115).

Immigrath (Kath. Schule). N. S. 277 (297), SPD. 32 (36), RPW. 227 (220), Zentrum 541 (553), DN. 34 (30), DWB. 14 (10), WP. 5 (7), Chr.-soz. 4 (1), WR. 12 (8). Wahlberechtigt: 1346 (1325). Gültige Stimmen: 1148 (7), (1180).

Immigrath (Evgl. Schule). N. S. 375 (393), SPD. 59 (68), RPW. 398 (359), Zentrum 251 (247), DN. 48 (31), DWB. 22 (18), WP. 4 (4), D. St. 6 (4), Chr.-soz. 7 (14), WR. 14 (18). Wahlberechtigt: 1363 (1339). Gültige Stimmen: 1184 (4), (1152).

Reusrath. N. S. 155 (284), SPD. 11 (14), RPW. 173 (154), Zentrum 393 (491), DN. 25 (15), DWB. 8 (5), D. St. 3 (2), Chr.-soz. 4 (1). Wahlberechtigt: 1043 (1030). Gültige Stimmen: 774 (822).

Anstalt Gaffhausen. N. S. 13 (20), SPD. 36 (33), RPW. 9 (8), Zentrum 79 (79), DN. 18 (9), DWB. 1 (—), Chr.-soz. 2 (2). Wahlberechtigt: 197 (153). Gültige Stimmen: 158 (153).

Gießenberg. N. S. 37 (41), SPD. 13 (15), RPW. 46 (40), Zentrum 215 (217), DN. 7 (8),

WP. 1 (1), WR. 10 (9). Wahlberechtigt: 413 (399). Gültige Stimmen: 329 (6), (333).

Richrath. N. S. 190 (256), SPD. 37 (39), RPW. 435 (396), Zentrum 599 (620), DN. 18 (17), DWB. 7 (6), WP. 4 (9), Chr.-soz. 4 (4). Wahlberechtigt: 1636 (1623). Gültige Stimmen: 1294 (19), (1354).

Krankenhaus Richrath. N. S. 4 (6), SPD. 1 (1), RPW. 6 (4), Zentrum 98 (98), DN. 2 (—), Chr.-soz. 1 (—), WR. 1 (—). Wahlberechtigt: 118 (110). Gültige Stimmen 113 (110).

Berghausen. N. S. 92 (91), SPD. 23 (20), RPW. 128 (107), Zentrum 299 (320), DN. 5 (4), DWB. 8 (3), WP. 1 (3), D. St. 2 (1), Chr.-soz. 1 (—), WR. 9 (6). Wahlberechtigt: 702 (675). Gültige Stimmen: 568 (7), (564).

Wiescheid. N. S. 253 (291), SPD. 85 (76), RPW. 430 (421), Zentrum 96 (104), DN. 9 (6), DWB. 5 (—), WP. 1 (1), D. St. 2 (2), Chr.-soz. 3 (—), WR. 9 (6). Wahlberechtigt: 1021 (1015). Gültige Stimmen: 895 (8), (912).

Bergische Arbeiterstimme vom 10.11.1932.

Zum Wahlergebnis der Reichstagswahl am 6.11.1932.

## Nazis, SPD., Zentrum verlieren - KPD. gewinnt

### Weiterer Stimmenzuwachs für die KPD. in Langensfeld — Jetzt den Blick auf Betriebe und Stempelstellen gerichtet, um Massenkämpfe gegen die Volksfeinde auszulösen

Langensfeld. Die Kommunistische Partei geht auch in Langensfeld als alleinige Siegerin aus der Wahl vom 6. November hervor. Obwohl sie dem schärfsten Kampf aller Gegner, von den Reaktionären bis zu den Nazis, ausgesetzt war, hat sie das Ergebnis vom 31. Juli dieses Jahres um 205 Stimmen überflügelt. Bei der Juliwahl vereinigte die KPD. 2183 Stimmen auf sich. Am 6. November wurden 2370 Stimmen für die Kommunisten abgegeben. Einen kleinen Erfolg erzielten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, während alle übrigen ausschlaggebenden Parteien weitere Verluste zu verzeichnen haben.

Die Nationalsozialisten haben gegenüber der Juliwahl 252 Stimmen eingebüßt. Die SPD. hat 14 Stimmen verloren, und das Zentrum hat 152 Stimmen abgeben müssen.

Dank unserer intensiven Aufklärungsarbeit ist es auch in Langensfeld gelungen, viele christliche und sozialdemokratische Arbeiter von der Notwendigkeit des aktiven Kampfes in der proletarischen Einheitsfront zu überzeugen. Der Stimmenverlust des Zentrums ist bedenklich, denn die Führer des Zentrums haben nichts unversucht gelassen, um die christlichen Arbeiter vom Einweichen in die proletarische Kampffront abzuhalten. Das ist ihnen trotz ungeheurer Hehe gegen die KPD. nicht gelungen. Wir erblicken in dieser Tatsache ein Zeichen des Stimmungsumschwunges im Lager der christlichen Arbeiterschaft. Der Gewinn von Zentrumsstimmen für die KPD. ist für uns der Beweis, daß sich die KPD. in zunehmendem Maße das Vertrauen der christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen erkämpft.

Wir buchen den Wahlsieg in Langensfeld als das Ergebnis einer zähen und unermüdeten Kleinarbeit. Für die Partei gibt es jetzt kein Erlahmen ihrer Kräfte. Der Wahlerfolg ver-

pflüchtet uns, noch entschiedener als bisher für die Befreiung der Interessen der Unterdrückten einzusetzen.

Unsere nächste Hauptaufgabe besteht darin, Stämme der Massenbewegungen gegen die Volksfeinde auszulösen. Im Kampfe zu werden wie uns im Sturmsturm des Fortschritts der Massen. Der grandiose Wahlsieg der Partei in Berlin ist dafür das beste Beispiel.

Den Blick auf die Betriebe und auf die Stempelstellen gerichtet. Die Einheitsfront von Betriebsarbeitern und Arbeitlosen, von notleidenden Beamten und Angestellten, von hartbedrängten Mittelständlern und Kleinbauern hergestellt und sie in den Kampf geführt, dann werden wir nicht nur die noch abseits Stehenden um unsere Kampfahne sammeln, denn sind wir auch fähig, den Kapitalismus niederzurufen und uns den Sozialismus zu erkämpfen.

Bergische Arbeiterstimme vom 14.11.1932.

Veranlassung zu diesem Bericht war das gute Abschneiden der KPD im Ortsteil Landwehr-Wiescheid bei der Reichstagswahl am 6.11.1932.

# Landwehr-Wiescheid bleibt rot

Starke Stimmenverluste des Zentrums und der Nazis — KPD. gewinnt — In Rührath-Neustrath die zweitstärkste Partei

(Arbeiterkorrespondenz.)

**Langensfeld-Landwehr.** Die Wahlbeteiligung war auch hier etwas schwächer wie bei der Reichstagswahl am 31. Juli. Sie betrug aber immerhin noch 89 Prozent. Die KPD, als die hier weitest ausgedehnte Partei, konnte 9 Stimmen gewinnen, indem sie 430 Stimmen erreichte. Ihr folgten die Nazis mit 253 Stimmen; sie gaben einen Verlust von 33 Stimmen. Das Zentrum sank von 103 auf 96 Stimmen, während die SPD. von 78 auf 85 Stimmen stieg. Die Deutschnationalen brachten es auf ganze 9 Stimmen. Jeder zweite Einwohner ist demnach ein kommunistischer Wähler.

Die Partei Ortsgruppe Landwehr wird natürlich jetzt erst recht nicht auf den Lorbeer ausruhen, sondern sich intensiver weiter arbeiten. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die SPD.-Arbeiter, die christlichen und nationalsozialistischen Arbeiter für die rote Klassenfront zu gewinnen.

**Einem starken Vormarsch hat die Partei in Rührath zu verzeichnen.**

In diesem rein katholischen Arbeiterort erhöhte sich die kommunistische Stimmenzahl von 305 auf 43. Dort ist es uns gelungen, das Zentrum und die Nazis empfindlich zu schlagen. Die Ortsgruppe Landwehr, die die Patenschaft über Rührath hat, muß sehr ihrer guten Propagandarbeit, die Schaffung einer starken Zelle im Ort Rührath folgen lassen, um so dort noch besser Fuß zu fassen.

In der Gesamtgemeinde Rührath-Neustrath gelang es, die Nazis von der zweiten Stelle auf die dritte Stelle zu verdrängen. Die NSDAP. verlor 262 Stimmen, während die KPD. 293 Stimmen gewinnen konnte, trotz schlechterer Wahlbeteiligung. Ein Zeichen, daß sich auch die Ortsgruppe Langensfeld, welche Immigrath, Langensfeld, Neustrath und Berghausen bearbeitet, glänzend geschlagen hat.

Die beiden Ortsgruppen Landwehr und Langensfeld müssen jetzt erneut einen Feldzug zur Werbung neuer Abonnenten für die Arbeiterstimme wagen, um so einen noch größeren ideologischen Einfluß bei der werktätigen Arbeiter- und Bauernbevölkerung zu bekommen.

Die weitere Aufgabe besteht darin, eine entschlossene Wendung in der Durchführung unserer Parteiarbeit zu vollziehen. Unser Wahlsieg wird erst dann ein voller Erfolg sein, wenn es uns gelingt, betrübliche Kämpfe gegen Lohnabbau und Notverordnungenspolitik auszulösen, da nur solche Kämpfe im Rahmen der Einheitsfronttactic gegen die Volksekluse durchgeführt, das heutige System erschüttern und so dem Endziele näher bringen.

**Langensfeld. „Hoher“ Besuch.** Vor einigen Tagen wollte eine Regierungskommission, an deren Spitze der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann, in der Gemeinde „Die hohen“ Herren besichtigten u. a. das Gelände in Wolfshagen, das im freiwilligen Arbeitsdienst urbar gemacht wird. Ferner hat die Regierungskommission auch den freiwilligen Arbeitsdienst, der für erwerbslose Mädchen in der Mädchenberufsschule eingerichtet ist, besichtigt. Die Herren sollen sich sehr anerkennend geäußert haben. Ob sich der Herr SPD.-Regierungspräsident auch über die Elendslage der Unterstützungsempfänger unterrichten hat lassen, entzieht sich unserer Kenntnis. Das ist ein Kapitel, mit dem sich diese Herrschaften bekanntlich nicht gern befassen.

Ergebnisse zur Wahl des Reichspräsidenten

W a h l t a g

	1. Wahlgang 13. März 1932	2. Wahlgang 10. April 1932
Gültige Stimmen	8.695	8.160
<u>Bewerber</u>		
Paul von Hindenburg	4.148 47,7 %	4.172 51,1 %
Adolf Hitler	2.265 26,0 %	2.234 27,4 %
Ernst Thälmann	2.149 24,7 %	1.754 21,5 %
Theodor Dusterberg	111 1,3 %	- -
Adolf Gustav Winter	22 0,3 %	- -

## Einleitung

Nach Artikel 43 der Reichsverfassung dauert das Amt des Reichspräsidenten sieben Jahre. Die Amtsperiode beginnt nach Auffassung der Reichsregierung mit dem Tage, an dem der Reichswahlausschuß den Anwärter für gewählt erklärt<sup>1)</sup>. Die erste Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg begann somit am 5. Mai 1925, dem Tage, an dem der Reichswahlausschuß seine Entscheidung fällte, und lief am 5. Mai 1932 ab. Nach Ansicht der Reichsregierung ließen die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten zu Beginn dieses Jahres eine allgemeine Volkswahl nicht förderlich erscheinen. Sie versuchte daher im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, die Amtszeit auf parlamentarischem Wege durch ein verfassungänderndes Gesetz zu verlängern. Dieser Versuch scheiterte. Der Reichspräsident bat daher am 12. Januar 1932 den Reichskanzler, eine allgemeine Volkswahl entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vorzubereiten. Auf Antrag der Regierung setzte der Reichstag in seiner Sitzung vom 26. Februar 1932 den 13. März als Wahltag fest. Für einen etwaigen zweiten Wahlgang wurde der 10. April als Wahltag bestimmt.

Für den ersten Wahlgang wurden fünf, für den zweiten Wahlgang drei Wahlvorschläge eingereicht. Die Wahlvorschläge der Anwärter Duesterberg, Hitler und Thälmann gingen von Wählergruppen aus, auf deren Kreiswahlvorschläge bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 mehr als 500 000 Stimmen abgegeben worden waren, so

<sup>1)</sup> Es sei denn, daß diese Feststellung noch vor Ablauf der Amtsperiode des bisherigen Reichspräsidenten erfolgt, was bei der Reichspräsidentenwahl 1925 nicht der Fall war.

daß nach § 2a Satz 3 des Zweiten Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten 20 Unterschriften genügten. Die überparteiliche Kandidatur des Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgte auf Grund eines Wahlvorschlages, für den die erforderlichen 20 000 Unterschriften gesammelt worden waren. In gleicher Weise verfahren die Kreise, von denen der Wahlvorschlag Winter ausging.

Wie bei allen übrigen Reichswahlen und -abstimmungen werden auch bei Reichspräsidentenwahlen amtliche Stimmzettel verwendet. Auf den Stimmzetteln zur Reichspräsidentenwahl sind die zugelassenen Anwärter mit Vor- und Zunamen, Beruf (Stand) und Wohnort nach der Buchstabenfolge aufgeführt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Wähler durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Wahlvorschlag er seine Stimme geben will. Während jedoch bei Reichstagswahlen nur Stimmabgabe auf eingereichte und zugelassene Wahlvorschläge zulässig ist, ist es bei der Reichspräsidentenwahl dem Wähler gestattet, seine Stimme auch für einen nichtvorgeschlagenen wählbaren Reichsdeutschen abzugeben. Auf dem amtlichen Stimmzettel ist daher anschließend an die Felder für die zugelassenen Anwärter ein leeres Feld eingesetzt, in das der Name eines anderen Anwerter eingetragen werden kann. Wie die nachfolgenden Übersichten zeigen, haben beim 1. Wahlgang 4 881, beim 2. Wahlgang 5 472 Wähler ihre Stimme einem nichtzugelassenen Anwärter gegeben. Die Stimmzettel für den ersten Wahlgang wurden aus weißem, die für den zweiten aus hellgrünem Papier hergestellt. Größe und Satzanordnung der Stimmzettel sind aus den nebenstehenden Abbildungen ersichtlich.

### Reichspräsidentenwahl

<b>Theodor Duesterberg</b> Oberstleutnant a. D., Halle a. d. Saale	<input type="radio"/>
<b>Paul von Hindenburg</b> Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	<input type="radio"/>
<b>Adolf Hitler</b> Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	<input type="radio"/>
<b>Ernst Thälmann</b> Transportarbeiter, Hamburg	<input type="radio"/>
<b>Adolf Gustav Winter</b> Betriebsanwalt, Großjena bei Naumburg a. d. Saale	<input type="radio"/>

### Reichspräsidentenwahl Zweiter Wahlgang

<b>Paul von Hindenburg</b> Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	<input type="radio"/>
<b>Adolf Hitler</b> Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	<input type="radio"/>
<b>Ernst Thälmann</b> Transportarbeiter, Hamburg	<input type="radio"/>

Wahl zur Amtsvertretung der Gemeinde Richrath-Reusrath  
am 17. November 1929.

---

An der Wahl zur Amtsvertretung am 17. November 1929 nahm die NSDAP in Langenfeld nicht teil. Ob es damals schon eine selbständige Ortsgruppe in Richrath-Reusrath gab, ist nicht bekannt. Jedenfalls war sie noch nicht so formiert, daß sie eigene Kandidaten aufstellen konnte. Statt dessen finden sich in den Wahlvorschlägen der örtlichen Wahlgemeinschaften Namen von Kandidaten, die vier Jahre später - März 1933 - im Wahlvorschlag der NSDAP aufgeführt sind.

Anzeigen und Berichte der Zentrums-Partei zur Wahl der Amtsvertretung:

8.11. BP

Zentrumspartei Richrath-Reusrath.

Achtung ! Wählerversammlung !

Am Samstag, dem 9. November, abends 7.30 Uhr bei Esser in Richrath.

Bürgermeister Dr. Claes und Dr. Prigge werden reden.

Am Sonntag, dem 10. November, abends 8 Uhr bei Odenbach in Immigrath.

Namhafte Redner werden sprechen.

Sämtliche Kandidaten sind zur Stelle.

Alle Zentrumswähler sind öffentlich eingeladen.

Der Vorstand.

13.11. BP

Auszug:

Richrath.

Eine Versammlung der Zentrumspartei.

Die Versammlung der Zentrumspartei brachte ein vorzügliches Referat von Bürgermeister Dr.Claes, Wiesdorf. Die Wähler des Zentrums fand der Redner als interessiert Lauschende. Einleitend behandelte der Referent Probleme der Sozial- und Kulturpolitik. So tiefgründig und schürfend war die Rede, daß man beschloß, von einer Diskussion abzusehen. Dr.Prigge bewies mit Beispielen, daß Leute, die heute auf der Wirtschaftsliste zu finden sind, die Einführung des Religionsunterrichtes an der Berufsschule nicht für nötig hielten. Dr.Prigge rechnete weiter mit dem Unfug der Sportliste ab. Das Zentrum hat sich immer - und wird das auch in Zukunft tun - für die Forderungen und Wünsche der Sportler eingesetzt.

Ergebnis der Wahl zur Amtsvertretung der Gemeinde  
Richrath-Reusrath vom 17. November 1929:

	Stimmenanteil:	Sitzver- teilung:
Zentrum	3.315 = 50,9 %	13 Sitze
SPD	339 = 5,2 %	1 Sitz
KPD	978 = 15,0 %	4 Sitze
Reichspartei des Deutschen Mittel- standes (Wirtschafts- partei)	733 = 11,2 %	2 Sitze
Einheitsliste der Vereinigten Turn- und Sportverbände	268 = 4,1 %	1 Sitz
Vereinigte bürger- liche Parteien	616 = 9,5 %	2 Sitze
Kommunistische Arbeiterliste	269 = 4,1 %	1 Sitz
Gültige Stimmen:	6.518 = 100,0 %	24 Sitze

### Bürgermeisterei Richrath-Neusrath.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 6 des Gemeindevahlgesetzes und des § 80 der Gemeindevahlordnung, in der Fassung vom 25. Juli 1920 ist das Ergebnis zur Wahl der Amtsvertretung wie folgt festgestellt worden:

Es sind abgegeben worden 6518 gültige Stimmen. Es erhielten:	Stimmen
Wahlvorschlag 1 Zentrum	3 315
2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands	339
3 Kommunistische Partei Deutschlands (K. P. D.)	978
6 Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	789
21 Einheitsliste der Vereinigten Turn- und Sportverbände	269
22 Vereinigte bürgerliche Parteien	616
23 Kommunistische Arbeiterliste	269

Es entfallen somit auf den

Wahlvorschlag 1 Zentrum	13 Sitze.
2 Sozialdemokratische Partei	1 Sit.
3 K. P. D.	4 Sitze.
6 Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	3 Sitze.
21 Einheitsliste der Vereinigten Turn- und Sportverbände	1 Sit.
22 Vereinigte bürgerliche Parteien	2 Sitze.
23 Kommunistische Arbeiterliste	1 Sit.

Nach der Reihenfolge der Benennung auf den Wahlvorschlägen sind hiernach gewählt:

#### Wahlvorschlag Nr. 1.

1. Gieß Peter, Wegeaufseher Immlgrath, Sollingerstraße 164.
2. Theissen Hermann, Landwirt, Neusrath, Dalabonerstraße 188.
3. Bröpper Gerhard, Schmiedemeister, Langensfeld, Bahnhofstr. 9.
4. Wolphs Johann, Schmied, Richrath, Kirchstraße 34.
5. Dr. Briggas Oskar, Arzt, Immlgrath, Sollingerstraße 39.
6. Püllen Mathias, Ladenschaffner a. D., Giesenberg, Rheindorferstraße 227.
7. van Heutelum Josef, Lehrer, Langensfeld, Düsselborferstr. 100.
8. Herzberg Erich, Schreinermeister, Richrath, Kaiserstraße 17.
9. Korfmacher Philipp, Landw., Berghausen, Baumbergerstr. 34.
10. Witten Harm, Schmiedemeister Immlgrath, Sollingerstr. 167.
1. Herald Johann, Schreibgehilfe, Neusrath, Barbarastr. 9.
2. Stralkowski Peter, Fabrikarb., Landwehr, Giesfelderstr. 9.
3. Spenners Heinrich, Landwirt, Berghausen, Wolfshagen 70.

#### Wahlvorschlag 2.

1. Steffens Wilhelm, Lagerarbeiter, Immlgrath, Sollingerstr. 81.

#### Wahlvorschlag 3.

1. Weingarten Wilhelm, Arbeiter, Langensfeld, Talstraße 81.
2. Bitt Karl, Arbeiter, Immlgrath, Grünstraße 42.
3. Wurmann Jakob, Metallarbeiter, Langensfeld, Talstraße 64.
4. Lamberg Michel, Bauarbeiter, Langensfeld, Talstraße 16.

#### Wahlvorschlag 4.

1. Dolweg Alfred, Gastwirt, Immlgrath, Sollingerstr. 89.
2. Paas Artur, Schuhmachermeister, Langensfeld, Baustr. 89.

#### Wahlvorschlag 21.

1. Lange Wilhelm, Landwirt, Richrath, Hilbenerstraße 14.

#### Wahlvorschlag 22.

1. Pfleger Rudo, Gärtnermeister und Landwirt, Langensfeld, Stefensboden 48.
2. Dehnhardt Heinz, Fabrikdirektor, Immlgrath, Industriestr. 2.

#### Wahlvorschlag 23.

1. Thilling Albert, Dreher, Langensfeld, Adlnerstraße 50.

Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung beim Unterschrifteten anzubringen.

Langensfeld (Rhd.), den 22. November 1929.

Der Bürgermeister: Krousch.

Dr.Karl Siegmar von Galerà hat in seinem bereits erwähnten Manuskript:

Die Geschichte der Bürgermeisterei  
Langenfeld 1806-1956 (Seite 402a - 402c),  
Über die Tätigkeit der am 17.11.1929 gewählten Amtsvertretung so berichtet:

" Der Gemeinderat 1924-1929 konnte noch verhältnismäßig störungsfrei arbeiten. Die Kommunisten betrachteten ihn zwar als eine Art Volkskongreß und brachten Anträge ein, deren Wirkung vorallem auf die Masse der Straße berechnet war, so den mehrfach wiederholten Antrag, der Gemeinderat solle sich für eine Vollamnestie sämtlicher politischer Häftlinge einsetzen und der Roten Hilfe 500 RM zur Unterstützung dieser Gefangenen und ihrer Familien überweisen, oder eine andere, sich ständig wiederholende Forderung, die sich auf die Versorgung der Erwerbslosen mit Geld, Wohnung und Lebensmitteln erstreckte. Das Geld, das für einen Panzerkreuzer hinausgeworfen würde, sollte besser zur Linderung der Not verwendet werden, proklamierten sie im Oktober 1928. Auch die Unterstützung der Streikenden durch die Gemeinde lag ihnen sehr am Herzen. Noch aber "blühte" die Wirtschaft, so daß der Weizen der Kommunisten nicht recht zum "Blühen" kommen konnte.

Erst die Wirtschaftskrise, die wachsende Not der Arbeitslosigkeit und die rapide Zuspitzung der politischen Gegensätze in Deutschland strahlten tiefere Wirkungen bis in die Gemeindepolitik aus. Außerdem gaben sich die Kommunisten nach dem Abzug der Besatzungstruppen wesentlich ungezwungener und aktionsfreudiger als vorher.

" Der Gemeinderat der Sitzungsperiode 1929-1933 war wohl der am meisten bewegte, den die Gemeinde Richrath-Reusrath je hatte. Kaum eine Sitzung verging, ohne daß er von den kommunistischen Mitgliedern mit einer Fülle von demagogischen Anträgen überschüttet wurde. Da handelte es sich nicht mehr nur um Unterstützungen und Weihnachtsbeihilfen, um den Bau von Wohnungen und von einem Krankenhaus mit Entbindungsanstalt, jetzt wurde grundsätzlich an den Pfeilern der Gemeinde und des Staates gerüttelt. In stürmischen Auseinandersetzungen forderten die Kommunisten ein Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Kreusch und Verwaltungsinspektor Rothhaus - der Grund wird im Protokoll nicht angegeben -, verlangten sie, daß die vom Reich erlassenen Notverordnungen nicht durchgeführt werden sollten, bekämpften sie mit allen Mitteln der Demagogie, die "Bourgoisen" und "kapitalisten-freundlichen" Gemeindeetats.

Als nach den Reichstagswahlen im September 1930 das gewaltige und gewalttätige Ringen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten um das ständig wachsende Heer verzweifelter Arbeitslosen begann, als der entfesselte latente Bürgerkrieg in immer grauenerfahreneren Formen den Meuchelmord zum Mittel politischer Machtansprüche wählte, als von Tag zu Tag die öffentlichen Leidenschaften immer mehr verwilderten und auch der friedliche Bürger gezwungen zu werden drohte, die brutalsten Mittel zu seiner Selbstbehauptung zu ergreifen, da geriet auch die Atmosphäre des Gemeinderates in einen Zustand der Überhitzung, daß die Gefahr bestand, die Methoden der Straße könnten in den

" Sitzungssaal verlegt werden. Die Furcht vor dieser Gefahr wurde durch ein verstärktes Gefühl der Unsicherheit in der Gemeinde erhöht, das durch den Abzug der Besatzungstruppen ausgelöst wurde. Besonders groß wurde die Gefahr in den Wintermonaten empfunden, in denen nach Meinung der Kommunisten nicht genug für die Versorgung der Erwerbslosen getan wurde. Der Bürgermeister hielt es daher für sein gutes Recht, den Gemeinderat davor zu schützen, daß er unter dem Druck der Straße, unter dem Terror verhetzter Demonstrationen aufgrund kommunistischer Anträge fassen mußte, die für die Gemeinde schädlich waren.

Mit seiner Sorge für die Ruhe der Gemeinde konnte Kreusch es also verantworten, daß er die ersten großen "Parlamentsferien" nach der Septemberwahl 1930 einlegte und nach der Sitzung vom 28. August erst am 4. Dezember die nächste einberief. Im nächsten Jahr fanden vom 17. September 1931 bis zum 19. April 1932, also volle sieben Monate lang, keine Sitzungen statt. In den Sommermonaten des Jahres 1932, d. h. vom 19. April bis 18. Oktober, wurde der Gemeinderat nur vier mal zusammengerufen, und dann wurden die Sitzungen in den gefährlichen Monaten vom 18. Oktober 1932 bis 6. April 1933 wieder völlig ausgesetzt. Lagen wichtige Dinge vor, dann holte der Bürgermeister die Vota der Gemeindevertreter durch Umlaufschreiben ein, auf denen diese ihre Namen lediglich unter die Rubriken "Einverstanden" bzw. "Nicht einverstanden" schrieben.

Diese Methode behagte den Kommunisten ganz und gar nicht. Gerade in dieser kritischen Zeit, wo sie gegen die Gefahr

" der heraufziehenden nationalsozialistischen Ära den Gemeinderat als Lautsprecher ihrer menschheitbeglückenden Parolen von Freiheit und Wohlstand für alle so dringend nötig brauchten, war dieser nicht zur Stelle ! Im Namen der kommunistischen Fraktion protestierte Gemeindevertreter Bick heftig "gegen derartige Methoden (Unterschriften einholen)." Er schrieb am 14. Dezember 1932:

"Wofür haben wir unsere Amtsvertreter ? Man soll uns Gelegenheit geben, in öffentlicher Sitzung zu all diesen Fragen Stellung zu nehmen. Die Fraktion lehnt es für die Zukunft ab, sich von dem Herrn Bürgermeister in der Behandlung kommunaler Angelegenheiten ohne weiteres ausschalten zu lassen. Die Tätigkeit der Kommunalverordneten besteht nicht in Ja und Nein schreiben."

In Richrath-Reusrath war der Gemeindeparlamentarismus : also schon zur Zeit der Weimarer-Republik tatsächlich abgestorben. Aus Angst vor den Kommunisten hatte er Harakiri verübt. Das nationalsozialistische Regime übernahm später nur, was es auf den Trümmern der längst zerstampften Verfassung vorfand. "

Soweit die Ausführungen von Dr. Karl Siegmund Galerâ.

Die Bergische Arbeiterstimme bringt - wahrscheinlich in einer ihrer letzten Ausgaben vom 19./20. Februar 1933, sie wurde von den NS-Machthabern noch im gleichen Monat verboten - unter den Schlagzeilen:

" Schluß mit dieser Politik - Fünf Jahre Zentrumspolitik im Langenfelder Gemeinderat - Fünf Jahre Elend und Not" unter anderem:

" Nur die vier kommunistischen Vertreter im Gemeindeparlament waren es, die mit rund 110 Anträgen während der verflossenen Legislaturperiode die Interessen der Einwohner wahrzunehmen versuchten. "

Anmerkung

Nach § 22 der Gemeindefinanzverordnung vom 2.11.1932 (Preuß.-Gesetzsammlung Jg.1932, Nr.61, S.341) bestand für die Amtsvertretung Richrath-Reusrath die Möglichkeit, zur Vereinfachung ihrer Beschlußfassung die Zuständigkeit für bestimmte Geschäftszweige einem beschließenden Ausschuß zu übertragen.

Es liegt keine Mitteilung vor, daß hiervon Gebrauch gemacht wurde.

Die Machtübernahme.

Eine chronologische Darstellung vom 1. Januar 1933  
bis 7. April 1933.

---

3.1.

Anzeige in der "Bergischen Post":



4.1.

Besprechung Adolf Hitlers und Franz von Papens im  
Hause des Bankiers von Schröder in Köln über die  
Bildung einer faschistischen Koalitionsregierung.

4.1. GA

"Wo stehen unsere Gemeinden?"

Enttäuschungen über Enttäuschungen -  
Folgen der verfehlten Reichsfinanzpolitik.

Auszug:

Forderungen für 1933.

Die Enttäuschungen, besonders der kreisangehörigen Gemeinden, sei um so größer gewesen, als sich herausstellte, daß sie an der vom Reich zur Verfügung gestellten Riesensumme selbst in den Fällen nicht unmittelbar beteiligt wurden, in denen sie weit über den Reichs- und Landesdurchschnitt hinaus unter der Dauerarbeitslosigkeit ihrer Bevölkerung leiden.

"Enttäuschte Hoffnungen, besonders der kreisangehörigen Gemeinden", das ist das Stimmungsbild zur Jahreswende.

4.1. GA

Eine Schlägerei am Neujahrstage.

Am Sonntagmittag durchzog eine Abteilung Hitler-Jugend aus Solingen die Solinger Straße. Es kam zu Zurufen von Seiten der Straßenjugend, die zu einer Schlägerei führten. Die hier wohnenden jungen Leute, die in den Streit eingriffen, sind durchweg nicht politisch orientiert. Die Polizei war sofort zur Stelle.

5.1. GA

Der Freiw. weibliche Arbeitsdienst in unserer Gemeinde. Träger des weiblichen Arbeitsdienstes ist der Kreisverband vaterländischer Frauenvereine. Unter günstigen Vorbedingungen konnte der weibliche Arbeitsdienst in unserer Gemeinde eingerichtet werden, nachdem ihm die Räume und die Einrichtungen der Mädchenberufsschule zur Verfügung gestellt wurde. Das Wirken kann daher auch als vorbildlich bezeichnet werden, wovon der Augenschein überzeugte.

Bergische Arbeiterstimme vom 5.1.1933

# Arbeiter, vergeßtes nicht!

Denkt bei den Betriebsräte-wahlen an das Sündenregister der Reformisten und Christen!  
Wählt rote Betriebsräte!

(Arbeiterkorrespondenz.)

Langensfeld. Die kommenden Betriebsräte-wahlen bieten eine gute Gelegenheit zur Abrechnung mit der verräterischen Politik der reformistischen und christlichen Betriebsräte. Auch für die Arbeiter der Firma Kronprinz AG, Immling-rath, ist die Frage der Betriebsratswahlen sehr aktuell. Erinnerung auch an folgendes, Kollegen:

Mit Unterstützung des jetzigen Betriebsrates hat die Direktion im vorigen Jahre eine Ungehuerlichkeit nach der anderen verübt. Vor einigen Monaten sind eure Löhne ganz gewaltig abgebaut worden. Was geschah seitens der christlichen Betriebsratsmitglieder und der Renegaten zur Abwehr des stehenden Angriffs der Direktion? Der „Kampf“ der Renegaten und Christen bestand im Kuhhandeln mit den Direktoren und in Bittbürgen zu den Ausbeutern, die man ansieht, doch die Notverordnung nicht durchzuführen.

Kallinger und Herberich waren zu feige, den Kollegen zu sagen, daß nur mit der Waffe des Streiks der Lohnraub abgewehrt werden kann. Diese beiden Felden hatten Angst vor dem Hinauswurf. Sie haben das mehr als einmal zum Ausdruck gebracht. Ihnen geht es lediglich um die Erhaltung der Arbeitsstelle, die ihnen durch das Betriebsratsmandat sicher ist. Solche „Führer“, deren Tätigkeit praktisch in der Unterstützung der Lohnabschneidungen der Ausbeuter besteht, können die Arbeiter von Kronprinz nicht länger auf ihrem Posten dulden.

Diese beiden Jubiläumsbetriebsräte haben tatenlos zusehen, wie die Arbeitskollegen massenweise auf die Straße flohen sind. Sie sabotierten die Einberufung einer Betriebsversammlung, um dadurch zu verhindern, daß in der Versammlung Kampfmaßnahmen zur Abwehr der Massenlassungen beschlossen werden konnten.

Kollegen, ihr müßt jetzt jeden Tag zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen ausnützen! Fordert die Einberufung einer Betriebsversammlung! Rechnet in diesen Versammlungen mit Kallinger und seinem Spießgesellen Herberich. Fordert eurem jetzigen Betriebsrat, daß er Rechenschaft über seine Tätigkeit in den vergangenen Jahren ablegt. Er wird nie aber auch gar nichts berichten können, oder höchstens zugestehen, daß er eure Interessen mit Füßen getreten hat. Kundt euer Mißtrauen gegenüber dem jetzigen Betriebsrat. Schlaft die besten und aktivsten Kollegen eures Betriebes Kandidaten der Opposition für die kommenden Betriebsratswahlen vor. Verpflichtet diese Kollegen zur Aneignung eines Kampfprogramms, das in der Versammlung ausgeführt wird.

Sichert den Sieg der Einheitsliste durch Mobilisierung leichten Kollegen in der entgegenstehenden Ableitung eures Lebens für die Wahl, um mit dem Siege der Oppositionsliste der Wahl revolutionärer Arbeitervertreter die Voraussetzungen zu schaffen, die die Volksgast befähigen, entschlossen zu gehen gegen die Lohnbrücker und Kaitelbes durchzuführen.

6.1. GA

Des Volkes Opfergang.

Ein Heldenepos für den deutschen Frontsoldaten.

Die am Mittwoch in unseren Gemeinde-Lichtspielen durchgeführten Vorführungen des deutschen Kriegserlebens im Film "Der Weltkrieg, wie er wirklich war", brachten zunächst einmal die große Überraschung von Besucherzahlen, die man kaum erwarten konnte. Alle drei Vorführungen hatten stärksten Besuch aufzuweisen. Es ist dies ein Beweis, daß das Verständnis für das Heldentum des deutschen Frontsoldaten noch im Volke lebt und das solche Filme trotz gegenteiliger Ansicht, mancher noch ihr Publikum finden. Wir haben noch manchen anderen guten Kriegsfilm, der die gleiche Beachtung verdient und der gewiß auch sein Publikum finden wird.

7.1.

Treffen von führenden Vertretern der Schwerindustrie mit Hitler, Heß und Göring.

7.1. GA

Entlassungen bei den Vereinigten Stahlwerken.

Die schon von uns gemeldeten Kündigungen bei dem vorgenannten Werk sind nun Anfang dieser Woche durchgeführt worden. Insgesamt sind 66 Leute entlassen worden. Für die Gemeinde wird dies binnem kurzem weitere Belastungen bedeuten.

9.1. GA

Neue Aufgaben für den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Zwischen Burbach, Heidehof und Kurfürstenweg sollen 90 Morgen Land, die zum Gut Hummelsheim gehören drainiert werden.

10.1. GA

Jahreshauptversammlung des DHV.

Im Vereinslokal Wieber hielt am Sonnabend die Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ihre gut besuchte Jahreshauptversammlung ab, an der von der Hauptverwaltung Köln Gaubildungsobmann Küffner teilnahm.

11.1. GA

Generalversammlung des Landwehrvereins Langenfeld-Immigrath.

Im Lokal Spielmann hielt am Sonntagnachmittag bei sehr guter Beteiligung der Landwehrverein seine erste Generalversammlung im neuen Jahre ab.

12.1. GA

Historisches Konzert der Solinger Standartenkapelle. Der Musikzug der Standarte 53 Groß-Solingen ist hier nicht unbekannt, da er schon bei Veranstaltungen der Ortsgruppe der NSDAP mitwirkte. Was die Kapelle aber in ihrer Sonderveranstaltung in der Wilhelmshalle bot, war doch überraschend hinsichtlich der künstlerischen und darstellerischen Leistungen.

Das reichhaltige Programm des Abends zerfiel in drei Teile, die beiden ersten waren der Pflege der Tradition der alten Armee und Marine gewidmet.

Der Schlußabsatz lautet:

Die Begeisterung und der ständige starke Beifall **bewiesen** der Kapelle, daß sie sich die Herzen der Zuhörer erobern konnte.

Mit der Zugabe "Lippe-Detmold, eine wunderschöne Stadt", verabschiedete sich der Musikzug, der hier in guter Erinnerung bleiben wird.

14.1. BP

Kommunistische Demonstration.

Gestern Nachmittag veranstalteten die Kommunisten eine öffentliche Kundgebung. Sie durchzogen die Straßen unserer Gemeinde in Begleitung einer Musikkapelle. Die Polizei sorgte dafür, daß der Zug ohne Zwischenfälle durchgeführt wurde.

14.1. GA

Herr Hermann Salomon, Langenfeld, Bahnstraße 8, ist im Alter von 69 Jahren am 12.1.1933 verstorben. Die Beisetzung erfolgte auf dem neuen israelitischen Friedhof in Düsseldorf, Ulmenstraße.

15.1.

Wahlerfolg der NSDAP bei den Landtagswahlen in Lippe, der von Hitler propagandistisch breit ausgenutzt wird.

17.1. GA

Beim Standesamt Langenfeld wurden im Jahre 1932 beurkundet:

196 Geburten

300 Sterbefälle

116 Eheschließungen.

Bergische Arbeiterstimme vom 20.1.1933

Lenin - Liebknecht - Luxemburg - Feier in Langenfeld.

## Würdiger Verlauf der XX-Feier in Langenfeld

(Arbeiterkorrespondenz.)

Langenfeld. Am Anschlag an die Demonstration, die vor einigen Tagen in Langenfeld durchgeführt wurde, fand abends im Lokal Ruhbaum eine XX-Feier statt. Zur Einleitung wurden vom Volkshor einige neue Kampflieder gesungen. Die Aufnahme dieser neuartigen Lieder seitens der Kundgebungsnehmer war sehr günstig. Sie spendeten den roten Arbeitern und Sängerinnen starken Beifall.

In einer packenden Ansprache wies der Referent, Genosse Schmitz, auf die Bedeutung der Januarfeier 1919 hin. Er schilderte sodann den grandiosen Aufbau des Sozialismus in der Sowjet-Union um zum Schluss den klammernden Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen zu richten, dem Beispiel des russischen Proletariats zu folgen, um auch in Deutschland den Kapitalismus zu besiegeln und den Sozialismus aufzubauen.

Stürmischer Beifall erteilte ein, als Genosse Schmitz seine Ausführungen beendet hatte.

Nach dem Genossen sprach der Genosse B.L. Er kennzeichnete die gegenwärtige politische Lage. Wiederholt wurde er von Beifall unterbrochen, als er die Anwesenden aufforderte, endlich alle Passivität abzulegen und aktiv am Befreiungskampf des Proletariats teilzunehmen. Als Genosse B.L. am Schluss seiner Rede die Aufforderung an die Kundgebungsnehmer richtete, auf der ganzen Linie den Kampf entbrennen zu lassen zum Sturz der Ausbeuterherrschaft, zur Aufrichtung eines Arbeiterdeutschlands, erteilte erneut stürmischer Beifall ein.

Wortführer von Räte-Steuer, hielt nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern waltete gekämpft. Auch die Säulen hier zu uns. Vereint sind wir alles, vereinzelt sind wir nichts. Durch Kampf zum Sieg. Diese Welt wird unser sein.

17.1. GA

Aus der Katholischen Pfarrgemeinde Richrath.

Nach den Aufzeichnungen der Katholischen Pfarrgemeinde Richrath war im verflossenen Jahre nur ein Austritt aus der Kirche zu verzeichnen, während sechs Übertritte erfolgten.

Taufen 66

Begräbnisse 19

Trauungen 19

Kommunionen wurden 2.300 ausgegeben.

Die Zahl der Katholiken beträgt 2.214, der Protestanten 363.

17.1. GA

Im Anzeigenteil:

NSDAP - Ortsgruppe Langenfeld

Große öffentliche Kundgebung,

am Donnerstag, dem 19. Januar 1933,

abends 8 Uhr in der Wilhelmshalle.

Es spricht:

Gauleiter Florian, M.d.R., Düsseldorf.

18.1. GA

Eine Lokal-Notiz weist noch einmal auf die vorstehende Veranstaltung der NSDAP-Ortsgruppe Langenfeld hin.

21.1. GA

Aus dem Langenfelder Parteileben.

Kundgebung - Gauleiter Florian zur politischen Lage.

Die erste öffentliche Kundgebung der Nationalsozialisten nach dem Weihnachts-Burgfrieden, die am Donnerstag in der Wilhelmshalle stattfand, hatte einen ausgezeichneten Besuch aufzuweisen.

Trotz des durch einen Bühnenvorbau etwas verkleinerten Raumes darf man getrost annehmen, daß die Besucherzahl höher war, als bei allen vorhergehenden Versammlungen. Nachdem Jugendführer Buggert zu Spenden für die Teilnahme der Hitler-Jugend an einer Tagung in Düsseldorf aufgerufen hatte, nachdem weiter Ortsgruppenleiter Schreiner die Anwesenden kurz begrüßt hatte, nahm Gauleiter Florian das Wort zu einem etwa eineinhalbstündigen Vortrag, der oft von lauten Beifallskundgebungen unterbrochen wurde.

Gauleiter Florian streifte zunächst u.a. die augenblickliche politische Lage, die so verworren sei, wie nie zuvor. Er führte weiter aus, "Das Lipper Wahlergebnis" habe gezeigt, daß die Gegner sich verrechnet hätten. Die Position Hitlers sei stärker als zuvor. Im Schlußabsatz dieses Berichtes heißt es:

Die Rede wurde mit tosendem Beifall aufgenommen; auch während der Rede gab es mehrfach Zustimmungsausführungen. Ortsgruppenleiter Schreiner schloß die Sitzung mit einem Appell an die Anwesenden, auch weiterhin der nationalsozialistischen Winterhilfe Spenden zukommen zu lassen. Er wies weiter auf den am 4. Februar stattfindenden deutschen Abend hin, dessen Reinertrag für die SA bestimmt sei. Das Deutschland-Lied beschloß die Versammlung.

21.1. GA

Politische Gehässigkeit die Ursache.

Am Sonntagabend wurde einem Einwohner in Gladbach eine Fensterscheibe eingeworfen. Die Täter, es waren etwa 12 Mann, entfernten sich auf den Leichlinger Block zu. Es scheint sich um eine politische Gehässigkeit zu handeln.

22.1.

Verhandlungen im Hause Rippentrops in Berlin-Dahlem zwischen Papen, Meißner, dem Sohn Hindenburgs einerseits und Hitler, Göring und Frick andererseits über eine Regierungsbildung.

28.1.

Das Kabinett Schleicher erklärt Reichspräsident von Hindenburg seinen Rücktritt.

30.1.

Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler. Bildung der Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung, in der außer Hitler zunächst nur zwei weitere Naziführer sitzen: Göring und Frick.

Bergische Arbeiterstimme vom 25.1.1933

## 350 Arbeiter von Entlassung bedroht

Bevorstehende Stilllegung des Rhein Stahlwerkes Gilden --- Als Folge davon: sprunghaftes Ansteigen der Erwerbslosenzahlen in Langensfeld

Langensfeld. Aus Gilden erreicht uns die alarmierende Meldung von der beabsichtigten Stilllegung des Rhein Stahlwerkes. Der gesamten Belegschaft, etwa 350 Arbeitern, ist zum 4. Februar gekündigt worden. Es ist damit zu rechnen, daß sämtliche 350 Arbeiter auf die Straße fliegen. Im Betrieb Rhein Stahl, Gilden, gingen schon seit Wochen Gerüchte um, daß die vollständige Stilllegung des Werkes bevorstehe. Durch die nunmehr auszusprechenden Kündigungen für alle Arbeiter werden diese Gerüchte bestätigt. Kluglos sind alle Vermögensgegenstände des Betriebes, die Stilllegung des Rhein Stahlwerkes zu verwalten, gelichtet.

Für die Gemeinde Langensfeld, die sich ohnehin schon in schwerer finanzieller Bedrängnis befindet, werden die Auswirkungen der umfangreichen Massenentlassungen bei Rhein Stahl spürbar in Erscheinung treten. Das Heer der Arbeitslosen innerhalb der Gemeinde Langensfeld wird sprunghaft ansteigen, da sehr viele hiesige Arbeiter im Rhein Stahlbetrieb Gilden beschäftigt sind.

Am stärksten werden selbstverständlich, wie immer, die Arbeiter selbst von der rigorosen Entlassungsmassnahme betroffen. In Anbetracht der minimalen Löhne, die sie verdienten, verschärft sich das Elend in den Familien der Rhein Stahlproleten von Woche zu Woche. Es wird noch grausamere Formen annehmen, da es die erbärmliche Erwerbslosenunterstützung nicht gestattet, davon auch nur die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten.

Daß erneut ein Mittelbetrieb, der noch 350 Arbeiter beschäftigt, seine Tore schließt, ist ein Zeichen dafür, daß das merkantile Volk schmähtlich getäuscht wurde, als man ihn vor Monaten einen neuen Konjunkturaufschwung prophezeigte.

Die Rhein Stahlproleten müssen sofort in einer Belegschaftsversammlung zum Vorgehen der Direktion, die kalibillig 350 Arbeiter auf die Straße werfen will, Stellung nehmen und unter Führung der RGO die notwendigen Kampfmaßnahmen dagegen vorbereiten. Das ist deswegen wichtig, weil die Ausbeuter häufig die Taktik der vorübergehenden Betriebsstilllegung anwenden, um nach einiger Zeit den Betrieb wieder zu öffnen und den Arbeitern noch erbärmlichere Hungerlöhne auszuwringen. Auch dagegen gilt es rechtzeitig den Abwehrkampf vorzubereiten.

# Bezugsische Arbeiterstimme

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands / Sektion der Kommunistischen Internationale

Erscheint täglich außer am Tage nach Neujahr und gesetzlichen Feiertagen  
Bezugspreis wöchentlich 30 Pfennig - Anzeigenpreis pro Millimeter im  
Verbreitungsgebiet 10 Pfennig auswärts 15 Pfennig - Reklame  
30 Pfennig auswärts 75 Pfennig - Druckerei R. B. Böhmermann Düsseldorf  
Carl Postfachkonto Eisen 26 12847 - Druck und Verlag Freier  
Verlag GmbH Düsseldorf Köhler Straße 44

Sollgen, Dienstag, den 31. Januar 1933

Haupt-Expeditoren: Sollgen, Neustraße 22, Telefon 2141  
Eilbrief-Expeditoren: Sollgen, Köhler Straße 35, Telefon 2141  
Tel. 1011, in 2. Etage Hauptstraße, Düsseldorf - Postfach 10  
Sollgen, So. Straß. 42, Telefon 2141 - Verantwortlich für Inhalt:  
Hermann Schölerer, Sollgen, in Vertretung mit dem Vorwort: Fritz  
Kreth, Düsseldorf, in Vertretung: Max Adriaan, Sollgen.

## Stürzt die Hitler-Diktatur! Massenstreik, Massendemonstration!

**Heraus zum geschlossenen Einheitskampf der Millionen der sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeiter für die Freiheit des arbeitenden Volkes!**

Berlin, 31. Januar. (Eig. Meld.) Die faschistische Reaktion hat gegen das arbeitende Volk Deutschlands zum entscheidenden Schlag ausgeholt! Hindenburg hat gestern mittag Hitler zum Reichskanzler ernannt und sein neues Kabinett vereidigt.

Der Herrenkreiser von Papen ist Vizekanzler, Hugenberg Wirtschaftsdiktator mit unbeschränkten Vollmachten auf Abbau aller sozialen Unterstützungen und Renten und der Hungerlöhne und Hungergehälter.

Die gesamte Polizei im Reich, in Preußen und in allen Ländern ist durch Hindenburg in die Hände der Naziführer Frick und Göring gelegt. Das Kommando über die preussische Polizei insbesondere ist an Göring übertragen worden.

Zum Reichsarbeitsminister ist der Stahlhelmführer Seidte ernannt worden, der alle Vollmachten zur völligen Zerstückelung der Lasten bekommen hat.

Der Reichskommissar von Gerke ist mit dem Auftrage, für Millionen Erwerbslose die Zwangsarbeit in Arbeitslagern zu organisieren und als Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht die allgemeine Arbeitsdienstpflicht einzuführen, von Hindenburg in seinem Amte bekräftigt worden.

## **Aufruf des Parteivorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933**

Arbeitendes Volk! Republikaner!

Im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist die Harzburger Front wieder aufstanden.

Die Feinde der Arbeiterklasse, die einander bis vor wenigen Tagen auf das heftigste befehdeten, haben sich zusammengeschlossen zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarischen Konzentration.

Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.

Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten.

Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.

Darum her zur Eisernen Front! Nur ihrer Parole ist Folge zu leisten! Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!<sup>168</sup>

### **Aus dem Aufruf der KPD vom 30. Januar 1933**

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdiktator – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse!

Die Betrugsmanöver des „sozialen“ Generals sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.

Die Partei der deutschen Arbeiter, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus – die KPD will man verbieten!

Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD, die Massenkampforganisation, die den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür führt, die RGO, sollen verboten werden. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten.

Das blutige, barbarische Terrorregime des Faschismus wird über Deutschland aufgerichtet. Massen, laßt nicht zu, daß die Todfeinde des deutschen Volkes, die Todfeinde der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihr Verbrechen durchführen! Setzt euch zur Wehr gegen die Anschläge und den Terror der faschistischen Konterrevolution! Verteidigt euch gegen die schrankenlose soziale Reaktion der faschistischen Diktatur!

Heraus auf die Straße!

Legt die Betriebe still!

Antwortet sofort auf den Anschlag der faschistischen Bluthunde mit Streik, mit dem Massenstreik, mit dem Generalstreik!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Beschließt die Arbeitsniederlegung! Beschließt Massendemonstrationen! Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen! Organisiert den Kampf!<sup>167</sup>

<sup>167</sup> Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5. A. a. O., S. 441–442.

Ob am Abend des 31. Januar 1933 oder aber an einem der folgenden Tage, nach dem Vorbild des Berliner Fackelzuges, auch die örtlichen Formationen der NSDAP durch die Straßen von Langenfeld zogen, ist nicht bekannt. In der Lokal-Presse jener Tage sind keine Hinweise hierüber zu finden. Man kann aber davon ausgehen, daß die damals noch kleine Zahl der uniformierten Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen - SA, SS und HJ - einen Umzug zur Machtübernahme veranstaltet haben, ohne jedoch, wie anderenorts, großes Aufsehen erregt zu haben.

Der verstorbene Langenfelder SPD-Politiker Wilhelm Helf, letzter Landrat des 1975 aufgelösten Rhein-Wupper-Kreises, hat in seinem Buch:

" Die Träume vom besseren Leben.

Lebenserinnerungen von 1900 - 1933 "

seine Eindrücke von der Machtübernahme in Düsseldorf beschrieben. Er war dort als Volksbuchhändler tätig und setzte sich als Parteifunktionär für die Belange der SPD ein.

Auszüge aus seinen Schilderungen:

" Am Abend des 31. Januar 1933 marschierten im ganzen Reichsgebiet, so auch in Düsseldorf, die Horden der SA und SS mit brennenden Fackeln, um den Sieg zu feiern. Ich stand im Dunkel einer Hauswand verborgen und ließ den Zug an mir vorüberziehen. Was mich am meisten schmerzte war, daß die konfessionelle Jugend beider Kirchen mit ihren Fahnen am Ende des Zuges mitmarschierte. Todtraurig ging ich nach Hause, das war das Ende aller Hoffnungen. "

" Als ich am Morgen des 1. Februar meine Buchhandlung betreten wollte, fand ich das große Schaufenster zertrümmert. Am Tage der Ernennung Hitlers zum Kanzler hatte ich ohnehin die Auslage geräumt, weil ich sie später neutral dekorieren wollte. Noch am gleichen Tage wurde eine neue Scheibe eingesetzt. In der folgenden Nacht wurde die Scheibe abermals zertrümmert. Diesmal hatte man auch den Innenraum der Buchhandlung betreten, einiges Mobiliar zerschlagen, die Bücher zum Teil aus den Regalen gezerzt, auf einen Haufen geworfen und in widerlicher Weise beschmutzt. Wir setzten keine neue Scheibe mehr ein, sondern vernagelten das Fenster mit Brettern. Vor Zorn glühend sortierte ich unsere schönen Bücher in die Regale wieder ein, soweit sie nicht beschmutzt und unrettbar verdorben waren. "

1.2. GA

Die Kommunisten wollten demonstrieren.

Durch Flugblätter hatten die Kommunisten Demonstrationen gegen die neue Reichsregierung angekündigt. Es fand wohl ein Treffen an den festgelegten Stellen statt, jedoch wurden diese Züge nicht durchgeführt. Zu irgendwelchen Störungen ist es nicht gekommen, obgleich die Straßen stärker als sonst belebt waren.

2.2. GA

Aus dem Anzeigenteil:

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Richrath-Reusrath

Am Sonnabend , dem 4. Februar, abends 8 Uhr,  
in der Wilhelmshalle

Deutscher Abend

Eintritt 30 Pf. Erwerbslose die Hälfte.

Während der Vorführungen bleiben die Saaltüren geschlossen.

3.2. GA

Lokal-Notiz zur vorstehenden Anzeige:

Die Ortsgruppe Richrath-Reusrath der NSDAP veranstaltet morgen Sonnabend, abends 8 Uhr in der Wilhelmshalle einen deutschen Abend. Nach dem Einmarsch der SA und SS wird Ortsgruppenleiter Schreiner die Begrüßung vornehmen und anschließend wird Sturmführer Dr. Gerbel eine Ansprache halten. Aus der umfangreichen Vortragsfolge ist hervorzuheben:

"Die Toten maschieren" ein Zwiegespräch von Eberhard Wolfgang Möller und "Volk stehe auf" von Gert Ullrich Lübbert. Diesen Darbietungen folgte das Deutschlandlied.

Zwei weitere Vorträge "An die Reaktion" von Reichsjugendführer Baldur von Schirach und "Das Feuer" von H.Maas, Leverkusen, beschließt mit dem "Triumpf-Marsch" von Christian Krings, Langenfeld, den ersten Teil. Der zweite Teil bringt zum Gedenken Horst-Wessels ein ernstes Stück in zwei Aufführungen von Hans Sponholz. Der Aufführung folgt der Vortrag "Blutzeugen" von H.Maas, Leverkusen.

Als Abschluß der Darbietungen wartet die SA mit turnerischen Vorführungen auf.

## 2.2. GA

Jahreshauptversammlung der Jugendgruppe der DVP. Der Hindenburgbund, Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei, hielt am Dienstagabend im Lokale Wagner seine Jahreshauptversammlung ab. Nach kurzer Begrüßung durch den derzeitigen Vorsitzenden, Lothar Mader, gab dieser einen kurzen Überblick über das verflossene Jahr, der dann noch durch den Jahresbericht des Schriftführers ergänzt wurde.

## 3.2. GA

Vorsicht Grippe.

Weiteres Anschwellen der Epidemie.

Durch den Witterungsumschlag ist in allen Teilen des Deutschen Reiches ein jähes Ansteigen der Grippewelle eingetreten. Auch Langenfeld ist davon betroffen. Schulen müssen geschlossen werden.

3.2. GA

Leben und Sterben in der Gemeinde.

Die Einwohnerzahl der Gemeinde stellte sich am  
1. Februar = 16.024.

An Geburten waren im Monat Januar 10 zu verzeichnen.  
83 Personen zogen von auswärts zu.

12 Sterbefälle wurden registriert und 79 Personen ver-  
zogen nach auswärts.

79 Personen wechselten innerhalb der Gemeinde ihre  
Wohnung.

6.2. GA

Die Arbeitsgemeinschaft der militärischen Vereine tagte.

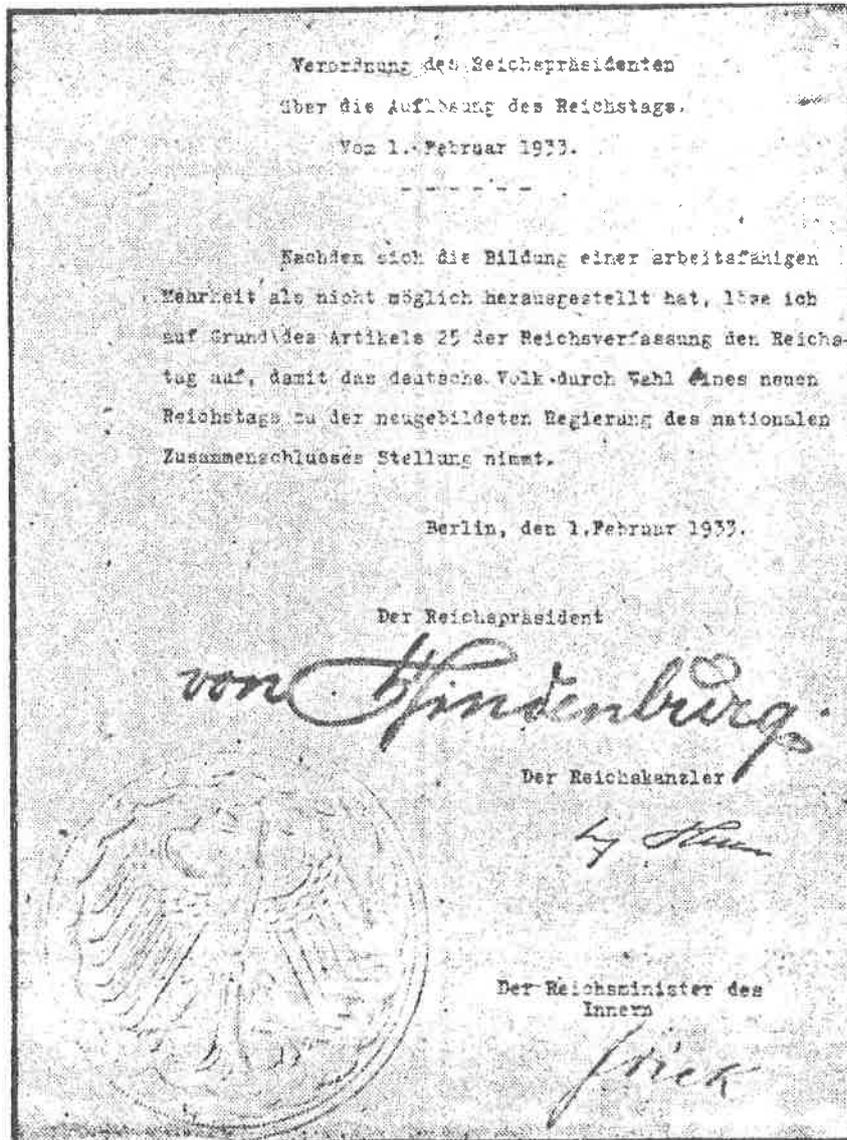
Am Freitagabend versammelten sich die Vertreter der  
in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen  
militärischen Vereine im Lokal Wieber zu einer ab-  
schließenden Versammlung über das vergangene Jahr.

9.2. BP



Langensfeld, den 9. Februar.  
Herr Isak Salomon, Langensfeld, Gans-  
hohlerstraße, konnte am 7. Februar in körper-  
licher und geistiger Rüstigkeit seinen 83. Ge-  
burtstag feiern. Wir gratulieren noch nach-  
träglich.

General-Anzeiger vom 4.2.1933



**Das schicksalsschwere Dokument der Reichstags-Auflösung**  
Die Urkunde, durch die der Reichstag aufgelöst wurde. Sie ist unterzeichnet vom Reichspräsidenten, vom Reichkanzler Hitler und Reichsinnenminister Dr. Brücker.

# Reichsgesetzblatt

45

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 7. Februar 1933	Nr. 10
<b>Inhalt:</b>		
Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags. Vom 1. Februar 1933.....		§ 45
Verordnung über die Neuwahl des Reichstags. Vom 1. Februar 1933.....		§ 45
Verordnung des Reichspräsidenten über Änderung des Reichswahlgesetzes. Vom 2. Februar 1933.....		§ 45
Verordnung zur Durchführung des Reichswahlgesetzes. Vom 3. Februar 1933.....		§ 46
Verordnung über die Auslegung der Stimmlisten. Vom 1. Februar 1933.....		§ 47
Verordnung zur Reichstagswahl. Vom 6. Februar 1933.....		§ 49
Verordnung über Änderungen der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs. Vom 3. Februar 1933.....		§ 52

### Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags. Vom 1. Februar 1933.

Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstags zu der ungebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.

Berlin, den 1. Februar 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Frick

### Verordnung über die Neuwahl des Reichstags. Vom 1. Februar 1933 \*).

Auf Grund des § 6 des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 159) wird verordnet: Die Hauptwahlen zum Reichstag finden am 5. März 1933 statt.

Berlin, den 1. Februar 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichsminister des Innern  
Frick

\*) Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 29 vom 3. Februar 1933.

### Verordnung des Reichspräsidenten über Änderung des Reichswahlgesetzes. Vom 2. Februar 1933 \*).

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

#### Artikel 1

Das Reichswahlgesetz vom 6. März 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 159) in der Änderung vom 13. März 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 173) ist in folgender Fassung anzuwenden:

- § 12 Ziffer II (Ausstellung von Wahlscheinen) erhält folgende neue Nummern 4 und 5:
  - wenn er Auslandsdeutscher ist und sich am Wahltag im Inland aufhält;
  - wenn er zur Besatzung von See- oder Binnenschiffen gehört und für seinen festen Pandwohnort polizeilich gemeldet ist.
- § 12 erhält folgenden neuen Abs. 2:

Als Auslandsdeutsche im Sinne des Abs. 1 gelten auch Reichsanghörige, die im Ausland als Beamte, Angestellte oder Arbeiter des Reichs, eines deutschen Landes oder der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft angestellt sind oder als Familienangehörige und Hausangestellte in ihrem Haushalt leben.

- § 15 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Die Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens so viel Wählern des Wahlkreisverbandes unterzeichnet sein, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes erforderlich sind. Hat eine Wählergruppe (Partei) diese Be-

\*) Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 30 vom 4. Februar 1933.

Bergische Post vom 7.2.1933

## Ausschreibung der Preußenwahlen

Berlin, 6. Febr. Auf Veranlassung des Präsidenten des Preussischen Landtages fand heute nachmittag im preussischen Staatsministerium eine Besprechung über die Auflösung des Preussischen Landtages gemäß Artikel 14 der preussischen Verfassung statt, an der der Präsident des Preussischen Staatsrates Dr. A d e n a u e r, der Präsident des Preussischen Landtages, K e r r l und der Reichskommissar für das Land Preußen, Vizekanzler von P a p e n, teilnahmen.

Nach längerer Aussprache über die politische Lage gab Präsident Adenauer folgende Erklärung ab: Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar widerspricht dem Artikel 17 der Reichsverfassung und den vom Staatsgerichtshof in dem Urteil vom 25. Oktober 1932 daraus gezogenen Folgerungen. Ich bin daher nicht in der Lage, anzuerkennen, daß der Herr Reichskommissar von Papen das nach Artikel 14 der preussischen Verfassung dem Ministerpräsidenten zustehende Recht auszuüben befugt ist. Ich lehne es daher ab, an der Abstimmung teilzunehmen, und verweise in sachlicher Hinsicht auf meine Erklärung vom 4. Februar. Die beiden anderen Herren nahmen von dieser Erklärung Kenntnis und beschlossen:

Gemäß Artikel 14 der preussischen Verfassung wird der Preussische Landtag mit Wirkung vom 4. März 1933 aufgelöst. Die Neuwahl soll gleichfalls am 5. März stattfinden.

7.2. GA

Deutscher Abend der NSDAP.

Ein machtvolles Bekenntnis deutscher Art.

Der Deutsche Abend, den die Ortsgruppe der NSDAP am Sonnabend in der Wilhelmshalle veranstaltete, reihte sich wirklich den bisherigen Veranstaltungen an, ja er übertraf hinsichtlich der Besucherzahl wohl noch beträchtlich den früheren Abend gleicher Art. Es würde zu einem machtvollen Bekenntnis deutscher Art durch den Ernst der Darbietungen und den unerschütterlichen Glauben, der aus ihnen sprach. Bis zum Beginn unterhielten die Weisen eines vorzüglichen Streichorchesters die Besucher.

Unter Beifall und Heilrufen gab Herr Felsing bekannt, daß ein Telegramm an den Führer gesandt wurde mit folgendem Wortlaut:

" Reichskanzler Adolf Hitler Berlin.

Die zum Deutschen Abend versammelten Nationalsozialisten von Richrath-Reusrath, Gau Düsseldorf, grüßen den Führer der deutschen Nation und geloben unverbrüchliche Treue und Pflichterfüllung.

Paul Schreiner Ortsgruppenleiter. "

7.2. GA

Übertritt zur NSDAP.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der bisherige Gemeindeverordnete der Volksrechts-Partei, Oskar Klix, der auf dem Wahlvorschlag der Bürgerlichen Parteien für den ausgeschiedenen GV. Dehnhard in den Gemeinderat eintrat, zur NSDAP übergetreten.

Anmerkung:

Die NSDAP war im Gemeinderat Richrath-Reusrath nicht vertreten.

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1933	Nr. 8
<b>Inhalt:</b>		
	Verordnung über den Reichskommissar für die Luftfahrt. Vom 2. Februar 1933.....	§. 35
	Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Vom 4. Februar 1933.....	§. 35
	Erste Verordnung zur Durchführung der Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes. Vom 4. Februar 1933.....	§. 41

In Teil II Nr. 4, ausgegeben am 2. Februar 1933, ist veröffentlicht: Bekanntmachungen über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. — Bekanntmachung über den Beitritt Neuseelands zu dem Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher Herkunftsbezeichnungen auf Waren in der im Haag am 6. November 1925 geänderten Fassung. — Bekanntmachung zu der dem Internationalen Abereinkommen über den Eisenbahnstraßenverkehr beigefügten Liste. — Bekanntmachung über das deutsch-österreichische Übernahmeabkommen. — Bekanntmachung über den Weltfunkvertrag.

### Verordnung über den Reichskommissar für die Luftfahrt. Vom 2. Februar 1933.

Für die Luftfahrt wird ein Reichskommissar für die Luftfahrt bestellt. Er untersteht dem Reichskanzler und hat seinen Sitz in Berlin. Er gilt als oberste Reichsbehörde.

Die Aufgaben des Reichsverkehrsministers, soweit sie die Luftfahrt betreffen, und die Aufgaben des Reichsministers des Innern, soweit sie den Luftschutz betreffen, gehen auf den Reichskommissar für die Luftfahrt über. Die Zentralstelle für Flugversicherung wird dem Reichskommissar für die Luftfahrt unterstellt.

Der Reichskommissar für die Luftfahrt erläßt die näheren Anordnungen. Er trifft diejenigen Maßnahmen, die zur Überleitung der Luftfahrt- und Luftschutzaufgaben aus den Geschäftsbereichen des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsministeriums des Innern sowie zur Übernahme des Personals erforderlich sind, im Einvernehmen mit den beiden Reichsministern.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. Januar 1933 in Kraft.

Berlin, den 2. Februar 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

### Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Vom 4. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

#### Abschnitt I

#### Versammlungen und Aufzüge

##### § 1

(1) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens achtundvierzig Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Ausgenommen sind Veranstaltungen nicht politischer Art.

(4) Eine Anordnung nach Abs. 2 kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

##### § 2

Öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden,

13.2. GA

Die Neuwahl zur Gemeindevertretung.

Bekanntlich finden die Neuwahlen zu den Amts- und Gemeindevertretungen am 12. März 1933 statt. Durch eine Bekanntmachung des Bürgermeisters wird zur Einreichung der Wahlvorschläge aufgefordert.

Letzter Einreichungstag ist der 25.2.1933.

Wegen der Voraussetzungen und Bestimmungen für die Einreichung der Wahlvorschläge, sei die Beachtung der Bekanntmachung besonders empfohlen.

13.2. GA

Ein lebhafter Sonntag.

Der SA und SS Aufmarsch der NSDAP in Hitdorf, Monheim und Baumberg machte sich auch in unserer Gemeinde durch lebhafteren Verkehr bemerkbar, da die von Hilden und aus der Solinger Gegend kommenden Formationen mit Kraftwagen unsere Gemeinde durchfuhren. Zum Schutze von Störungsversuchen waren aus den verschiedenen Orten die Landjäger aufgeboten und mit Karabiner bewaffnet. Sie begleiteten den Zug zu Fuß und mit Kraftwagen.

13.2. GA

Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei - Ortsgruppe Richrath-Reusrath - hält Dienstagabend 8 Uhr im Lokale Wieber, Langenfeld, eine Mitgliederversammlung ab. Mit dieser wird hauptsächlich zur kommenden Neuwahl der Amtsvertretung Stellung genommen werden. Ebenfalls soll die Aufstellung der Kandidaten für den Wahlvorschlag erfolgen.

Soweit wir unterrichtet sind, besteht Aussicht, daß die hier durch Ortsgruppen vertretenen bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen Wahlvorschlag für die Wahl zur Amtsvertretung aufstellen. Für die Mitglieder der Ortsgruppe ist somit die Wichtigkeit der Teilnahme an der Versammlung ohne weiteres gegeben.

15.2. GA

Offenlegung der Stimmkarteien.

Die Stimmkarten für die Reichstags- und Landtagswahl am 5. März und für die Provinzial- und Amtsvertreterwahl am 12. März liegen vom 19.2. bis 26.2., zur Einsicht während der Dienststunden im Rathaus, Zimmer 8, offen.

15.2. GA

Wieder Wahlplakatanschlagtafeln.

Mit dem Einsetzen der Wahlpropaganda hat die Gemeinde wiederum Holztafeln für das Anbringen der Wahlplakate aufgestellt. Die Einteilung dieser Tafeln bleibt wie bisher. Das rechte Feld ist Rechtsparteien, das mittlere für die Mittelparteien und das linke für die Linksparteien vorbehalten. Eine Bemalung bzw. Beschriftung der Straßen und Häuser ist nicht gestattet. Die Parteien können auch nach vorheriger Rücksprache mit den zuständigen Dienststellen eigene Plakattafeln aufstellen.

Bergische Post vom 15.2.1933

# Die junge Generation

## Mehr Persönlichkeiten in die Parlamente

### Eine Verfrachtung zu den kommenden Wahlen

Ueber die Wichtigkeit und die weittragende Bedeutung der kommenden Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Daß es in diesem Wahlkampf ganz besonders auf die Stellung und Geltendmachung des politischen Katholizismus ankommt, dürfte bei dem Kampfgeschrei, das von jenseits der Elbe zu uns herüberbringt, jedem einsichtigen Katholiken klar sein. Daher gilt es, die politische Vertretung der Katholiken, das Zentrum, nicht nur auf seinem alten Stand zu erhalten, sondern darüber hinaus weite Kreise derer, die mit uns zu einem gemeinsamen Glauben haben, hinzuzugewinnen.

Es ist daher nicht unangebracht, über die Art und Weise, wie das geschehen kann, meine Gedanken darzulegen. Wir müssen uns die Frage stellen: Wo fehlt es noch? Was muß besser gemacht werden? — Von einer anderen Frage aus kommen wir eher zu einer Lösung: Wodurch kann am besten auf den Willen der Masse eingewirkt werden? Nun, durch Persönlichkeiten! Persönlichkeiten sind es, die in der Vergangenheit das Geschehen bestimmend beeinflusst, die durch ihr Sein und Wollen auf Grund ihrer geistigen Überlegenheit Gesinnungsgemeinschaft hergestellt und somit einen ausnahmsfähigen Boden für ihre Ideen und Ideale geschaffen haben. Da der Zentrumspartei (neben der Bayerischen Volkspartei) die politische Vertretung der religiösen Interessen der deutschen Katholiken allein zukommt, da sie fast ausschließlich Katholiken als ihre Wähler hat, kommt es darauf an, solche katholischen Männer und Frauen in die Parlamente zu wählen, deren religiöses Leben und lautere Gesinnung die Gewähr dafür bieten, daß die religiös-kulturellen Grundzüge durch sie nachdrücklich und erfolgreich vertreten werden. Die katholischen Wähler müssen Vertrauen zu ihnen haben. Gerade hinsichtlich der Gemeinderatswahlen scheint uns dieser Punkt von großer Wichtigkeit zu sein. Es geht nicht an, daß den Wählern Jahr für

Jahr fast die nämliche Kandidatenliste serviert wird und daß Leute ihr Pöstchen mit allen Mitteln zu erhalten versuchen. Für solche Machenschaften hat gerade die Jugend nicht das geringste Verständnis.

Alle Katholiken sind geborene Mitglieder des Zentrums, da es als einzige Partei die katholischen Grundsätze und die Vertiefung des Glaubens auf politischem Boden übernimmt.

Wie kommt es nur, daß ein hoher Prozentsatz von Katholiken, die sich als solche ausdrücklich angesehen wissen wollen, am Wahltag einer anderen Partei, oft sogar den Lobseindern des Christentums ihre Stimme geben? Was ist die Schuld? Mangel an Persönlichkeiten, die die Partei mancherorts aufzuweisen hat. Ich denke hier nicht so sehr an die Vertreter im Reichsparlament — Männer wie Brüning, Kaas, Voß u. a., weiß ich wohl zu schätzen, als in den Gemeinderatsparlamenten. Männer müssen wir haben, die durch schlichte Hingabe an ihr Ziel, durch ihr Wollen und ihre ehrliche Arbeit am Gemeinwohl die Massen für sich gewinnen; Männer, die aus der Fülle und dem Reichtum ihrer geistigen Person schöpfen können. Guter Wille allein genügt nicht und mag er noch so ehrlich gemeint sein. Sagen wir nicht: Solche Männer stehen uns nicht zur Verfügung. Kräfte sind vorhanden, die viel stärker sind als wir denken. Diese gilt es einzusetzen! Es gibt genug Persönlichkeiten in jeder Stadt, in jedem Dorfe, die man in ihrer schlichten Selbstverständlichkeit übersteht. Ruft sie nur und sie werden sich freudig mit ihrer ganzen Kraft für die gute Sache einsetzen!

Gerade heute, da auf der einen Seite ein wahnwitziger Kollektivismus, auf der anderen ein übertriebener Diktatorakt herrscht, muß die Persönlichkeit auf den Plan treten und infolge ihrer geistigen Macht, die Idee der Volksgemeinschaft verwirklichen.

Ein Windthorstkinder.

15.2. GA

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Richrath-Reusrath

Am Donnerstag, dem 16. Februar,

abends 8 Uhr, in der Wilhelmshalle:

Große öffentliche Wahlkundgebung

Pg. Franke, Bremen, spricht über das Thema

Christentum und Nation

Eintritt 20 Pf. Erwerbslose nur an der

Abendkasse 10 Pf.

17.2. GA

Mitgliederversammlung der DVP (Deutsche Volkspartei).

Die durch die Auflösung aller Körperschaften des Reiches und des Landes Preußen neu geschaffene politische Lage veranlaßte die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei ihre Mitglieder für Dienstagabend in das Lokal Wieber einzuladen. Es ging darum, wie Herr Simons, der Vorsitzende der Ortsgruppe betonte, den Mitgliedern einen Überblick über die gesamte politische Lage zu verschaffen, zu welchem Zweck er Herrn Grell gebeten habe, an der Versammlung teilzunehmen. Weiter habe sich die Versammlung mit der Aufstellung des Wahlvorschlages für die Neuwahl der Amtsvertretung zu befassen.

Im Schlußabsatz heißt es:

Nach Dankesworten an den Redner gab Herr Simons bekannt, daß wegen der Wahlen zur Amtsvertretung bereits Verhandlungen über ein Zusammengehen mit den anderen bürgerlichen Parteien aufgenommen seien, die durchaus eine Einigung erwarten lassen. Die weitere Aussprache befaßte sich mit der Aufstellung der Kandidaten der Partei für den gemeinsamen Wahlvorschlag.

Bergische Arbeiterstimme vom 16.2.1933

## Zentrumspolitik in der Praxis

Bürgermeister Kreusch als ausführendes Organ der Nazi-Partei — Mit falschen Mitteln gegen die SPD.-Amtsvertreter — Werktätige Wähler, rechnet ab bei den Wahlen Wählt Kommunisten!

Auszug:

### Bürgermeister Kreusch ist Mitglied der Zentrumspartei

Mit seinen aggressiven Maßnahmen gegen die SPD-Vertreter hat er der Hitler-Diktatur bereits vorgegriffen. Er kann es anscheinend nicht abwarten, bis durch eine Verordnung der Naziminister die Mandate der SPD-Vertreter für ungültig erklärt werden. Daß die Absicht besteht, die Kommunisten von jeder Parlamentsstätigkeit auszuschalten, geht aus einem Erlass der Thüringer Naziregierung hervor, in dem angeordnet wird, daß es unzulässig ist, Kommunisten in die kommunalen Ausschüsse zu wählen. Erfolgt dennoch die Wahl von SPD-Vertretern in die Ausschüsse, so sind die Gemeindevorstände angewiesen, derartige Beschlüsse zu beanstanden.

Die werktätigen Wähler werden daran ganz klar erkennen, wohin der Kurs geht. Der Hauptschlag der Nazis wird gegen die Kommunisten geführt.

Am 5. März und 12. März finden Neuwahlen statt. Millionen Nutzfürher müssen den falschen Nazihabern mit der Wahl von Kommunisten antworten. Sagt den Nazi-Führern und ihren Bundgenossen, daß es ihnen nicht gelingen wird, den Kommunismus auszurotten. Vorwärts, kämpfende Einheitsfront, zum Siege.

Bergische Arbeiterstimme vom 17.2.1933

# Der Bolschewismus - die Hauptgefahr

Warnrufe der Zentrumsführer — Sie fordern auf, Dämme gegen den Bolschewismus zu bauen.  
Zentrumsarbeiter, wollt ihr da mitmachen? — Her zu kämpfenden Einheitsfront!

(Arbeiterkorrespondenz.)

Rangensfeld. Vor einigen Wochen fand in Leverkusen eine Kreis-Delegiertenversammlung der Zentrumspartei des Rhein-Wupper-Kreises statt. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen und der Scheinopposition, die das Zentrum gegen den faschistischen Regierungskurs betreibt, hatten wir es für angebracht, auf Einzelheiten dieser Versammlung zurückzukommen. Aus dem Hauptreferat, welches der Kreis-Parteivorstand, Rektor W. Deutsch, Leverkusen, hielt, sei hier ein kurzer Auschnitt wiedergegeben:

Der Bolschewismus hat in den letzten Jahren auch im Rheinland einen starken Auftrieb bekommen. Für den politischen Katholizismus entstehen da große und wichtige Aufgaben, um gegen den Bolschewismus einen Damm zu bauen. Die ideellen Grundlagen der Partei müssen nachgeprüft und der politische Katholizismus noch mehr als bisher gestärkt werden.

Rektor Deutsch unterstrich die Forderung, daß dafür gesorgt werden müsse, daß jede katholische Familie die katholische Heimatzeitung, die „Bergische Post“ und „Leverkusener Zeitung“ lese. Die Verbreitung der Zeitung vor den Wahlen habe allenthalben einen erheblichen Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt.

Für die Zentrumsführer ist der Hauptfeind nicht der Faschismus. Wenn sie in Scheinopposition zur Hitler-Diktatur stehen, so ist das nur auf tatsächliche Differenzen zurückzuführen. Die Zentrumsführer sind ebenso, wie unter der Demokratie, auch unter der faschistischen Diktatur bereit, die Kapitalinteressen wahrzunehmen. In einem weiteren Artikel werden wir das auf Grund von Ausführungen bekannter Zentrumsführer nachweisen.

Die Führer des Zentrums erblicken den Hauptfeind im Bolschewismus.

Sie warnen den Zentrumsarbeiter vor, daß der Bolschewismus Ihren religiösen Glauben rauben will. Das ist eine Lüge. Die Kommunisten bekämpfen nicht die religiöse Überzeugung. Sie fordern die Trennung von Kirche und Staat. Sie bekämpfen den Mißbrauch, den die kirchlichen Führer mit der religiösen Lehre betreiben, um die christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen vom Kampf gegen ihre Feinde, die kapitalistischen Ausbeuter, abzuhalten.

Christliche Klassengenossen, laßt euch von euren Führern nicht vom einheitlichen Kampf gegen die Volksfeinde abhalten. Angesichts der zugespitzten politischen Situation und der Gefahr neuer brutaler Angriffe auf die Lebenshaltung der breiten Massen ist es dringender denn je nötig, in einer Front zu marschieren.

Auch in die Wohnungen der christlichen Arbeiter gehört die kommunistische Tageszeitung oder ihre Wochenansgabe. Christliche Arbeiter und Arbeiterfrauen, wählt am 5. und 12. März die Partei, die gegenwärtig am stärksten verfolgt wird, weil sie die Interessen aller Unterdrückten vertritt. Gebt eure Stimme den Kommunisten.

Bergische Arbeiterstimme vom 18.2.1933

### „Zentrumspolitik in der Praxis“

Rangensfeld. In unserem Artikel in der Ausgabe vom Donnerstag, „Zentrumspolitik in der Praxis“, ist uns ein Irrtum unterlaufen. Wir schrieben, daß Bürgermeister Kreuzsch Mitglied der Zentrumspartei sei. Das trifft nicht zu. Kreuzsch gehört nicht mehr dem Zentrum an. Er ist Mitglied der Deutschen nationalen Volkspartei, steht also den Nazis nahe. Diese Feststellung ändert an sich nichts an der Tatsache, daß das Zentrum für die Vorkommnisse auf dem Rathaus, die in dem oben erwähnten Artikel von uns angeprangert wurden, voll verantwortlich ist.

Da das Zentrum ist im jetzigen Stadtparlament die stärkste Partei. Würden von ihm die Arbeiterinteressen wahrgenommen, wäre ein Willkürregiment Kreuzsch unmöglich. Die Mehrheit der Arbeiter Rangensfelds sind sich darüber vollständig im klaren. Sie werden das auch bei den kommenden Wahlen zum Ausdruck bringen, indem sie ihre Stimme für die Kommunisten abgeben.

### Nazidrohungen gegen die Redaktion der „Bergischen Post“

Dipladen. Vor einigen Tagen wurde in der „Bergischen Post“ mitgeteilt, daß etwa 30 Nationalsozialisten in Sittorf einen jungen Mann mit dem Gummiknüppel schwer verprügelt haben. Diese Notiz (der Sachverhalt wurde übrigens auch von uns publiziert), die eine einfache Feststellung von Tatsachen darstellte, hat bei den Nazis einen Mutanfall hervorgerufen. Wie wir in der „Bergischen Post“ lesen, wurde der Redaktion durch zwei Nazi-Boten ein Brief zugestellt, in dem es heißt, daß es die Nazis von Dipladen nicht länger dulden, daß die „Bergische Post“ die Dipladener Volksgenossen gegen die Nazis „aufzuheben“ versucht. Jackig wird am Schluß des Briefes versichert, daß die Nazis „in Zukunft eine deutlichere Sprache mit der Redaktion der „Post“ sprechen werden.“ Unterzeichnet ist das Schreiben von Jägerhut, der sich als Propagandaleiter der Nazis ausgibt.

Es ist bezeichnend, was sich die Nazis herauszunehmen wagen. Nach faschistischer Manier wollen sie mit Gewalt verhindern, daß ihre Schandtaten und Verbrechen angeprangert werden. Vor ihren Drohungen wird niemand zurückschrecken.

Das ist also die „Sauberkheit“, von der die Nazis immer schwätzen. Christliche Arbeiter, mit Rundspitzen ist hier nichts dran. Hier muß kräftig gepöblt werden. Die antifaschistische Verdämmerung kann sich der Terrorschritte der Nazis nur durch den antifaschistischen Massenseibtschutz erwehren.

- Auch ihr wertvolle Klassenossen müßt euch dem antifaschistischen Massenseibtschutz anschließen, um den Gewaltmethoden der Nazis begegnen zu können.

Bergische Post vom 18.2.1933

### Aus der Zentrumspartei

Zentrumspartei Immiqrath-Langensfeld.

Morgen nachmittag Generalversammlung.

!! Wir verweisen noch einmal auf die morgen nachmittag um 4.30 Uhr im Jugendheim Immiqrath stattfindende Generalversammlung. Da sehr wichtige Punkte zur Besprechung stehen, sind alle Mitglieder verpflichtet zu erscheinen.

Zentrumspartei Neuseath.

Am Montag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale Lörschen eine Versammlung zwecks Ausstellung der Kandidaten für die Gemeinderatswahl statt, wozu alle Parteimitglieder freundlichst eingeladen sind.

\*

Zentrumspartei Alhrath.

Größe Wählerversammlung. Zweck: Stellungnahme zu den Gemeinderatswahlen. Inbetreff der Windthorstbund und der Arbeiterbeirat der Zentrumspartei zu einer Wahlversammlung ins Jugendheim ein. Versammlungsbeginn Sonntagnachmittag 2. Uhr. Alle, die Interesse an der Kommunalpolitik haben, sind zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen.

!! Der Windthorstbund Immiqrath-Langensfeld hält am Montag, den 20. Febr., abends 8 Uhr, im Jugendheim eine außerordentliche Versammlung ab. Es sollen die Vorbereitungen zu den kommenden Wahlen getroffen werden. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

18.2. GA

Für Christentum und Nation.  
Nationalsozialistische Wahlkundgebung.

Für Christentum und Nation lautete das Thema der ersten Wahlkundgebung, die die NSDAP am Donnerstagabend in der Wilhelmshalle veranstaltete. Wiederum war der Saal vollbesetzt. Ortsgruppenleiter Schreiner eröffnete die Kundgebung und erteilte zunächst Pg. Benzing das Wort, der über die Kriegsbeschädigtenfrage sprach. Das geflügelte Wort: "Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß" werde die NSDAP in die Tat umsetzen. Dann erhielt Pg. Franke, Bremen, ein außerordentlich temperamentvoller Redner, das Wort. Seine Ausführungen zum Thema bedeuteten eine Abrechnung mit dem Zentrum und dem Marxismus.

20.2. GA

Der Wahlausschuß für die Wahl der Amtsvertretung.  
Der nunmehr gebildete Wahlausschuß für die Wahl zur  
Amtsvertretung setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender:           Bürgermeister Kreusch  
Stellvertreter:        Beigeordneter van Heukelum  
Schriftführer:         Hilfsdezernent Dr.Krischer

1. Beisitzer:           Hauptlehrer Max Thiek, Immigrath  
  Stellv.:             Obermeister Anton Lohr, Immigrath
2. Beisitzer:           Hauptlehrer Johannes Boennecke, Reusrath  
  Stellv.:             Landwirt Theisen, Reusrath
3. Beisitzer:           Kaufmann Ernst Felsing, Langenfeld  
  Stellv.:             Friseur Albert Jacobs, Langenfeld
4. Beisitzer:           Arbeiter Karl Bick, Immigrath  
  Stellv.:             Bauarbeiter Michael Lambertz, Langenfeld.

20.2. GA

Die Anmeldung politischer Versammlungen.

Es sei daran erinnert, daß alle öffentlichen politischen Versammlungen pp. mindestens 48 Stunden vorher bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden müssen.

Bergische Arbeiterstimme vom 19./20. 1933

# Schluß mit dieser Politik

## Fünf Jahre Zentrumspolitik im Langensfelder Gemeinderat — Fünf Jahre Elend und Not Schlag damit — Wählt Kommunisten!

(Arbeiterkorrespondenz.)

Langensfeld. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten würde der Reichstag aufgelöst. Gleichzeitig erfolgte die Auflösung der Länder- und Kommunalparlamente. Der Führer der „Braunen Front“, Hitler und sein Bundesgenosse, der „keine Wana“ aus dem Herrenklub, Papen, sowie Eugenberg, gläubig bei den kommenden Wahlen 51 Prozent aller Stimmen auf die „nationalen“ Parteien vereinigen zu können.

Die SPD und die revolutionäre Arbeiterschaft wird in der brutalsten Weise unterdrückt und geknebelt. Der Rundfunk steht nur faschistischen Rednern zur Verfügung. Über 20 kommunalpolitische Parteien sind verboten. Gleichzeitig hat ein ungeheurer Mitterror seitens der braunen SA-Banden gegen die antifaschistische Arbeiterschaft eingesetzt.

Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Faschisten bei den kommenden Wahlen den Erfolg zu sichern. Die Hitler, Papen und Eugenbergs werden sich jedoch verrechnen. Sie wollen den Kommunismus austrotten. Ihr Plan wird nicht gelingen.

Angeichts der jetzigen Situation sind die Kommunalwahlen für alle Arbeiter, Mittelständler und Kleinbauern von ganz besonderer Bedeutung. Im Langensfelder Gemeinderat hatte das Zentrum bisher die absolute Mehrheit. Durch die Zustimmung der Zentrumsvertreter alle Notverordnungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchgeführt.

Nur die vier kommunistischen Vertreter im Gemeindeparlament waren es, die mit rund 110 Anträgen während der verstrichenen Legislaturperiode die Interessen der Einwohner wahrzunehmen versuchten.

Die Kommunisten kämpften für ausreichende Unterstützung, für Winterhilfsmassnahmen für die Hungernden, für die Verpflegung freier Lehr- und Fernmittel sowie für Schulkinderbetreuung für sämtliche Schulkinder. Sie beantragten kostenlose Schulleistungen für die Unterstützungsbedürftigen und den Abbau der hohen Gaspreise. Sie kämpften für Mietzuschüsse und für Erabsetzung der hohen Gehälter der Verwaltungsbürokratie.

Gegenüber diesen berechtigten Forderungen setzte das Zentrum, die Sozialdemokratie und die gesamte Rechte stets die kalte Schulter. Bis zum Überdruß erklärten sie, es sei kein Geld da, es war genug vorhanden, für andere Zwecke, wie z. B. für den Unterhalt der Polizei und ähnliche Einrichtungen zur Abschaltung der Arbeiterschaft.

Der SPD-Vertreter im Langensfelder Gemeindeparlament, nennt der „Stimme Wilhelm“, hat ein einziges Mal im Gemeinderat gesprochen, und zwar beschwerte er sich darüber, daß er wolle Kaninchen auf dem kommunalen Friedhof alles verkaufen! (!)

Vertreter von Althaus-Reusrath! Fünf Jahre Zentrums- und fünf Jahre Politik der bürgerlich-sozialdemokratischen Herrschaft im Langensfelder Gemeindeparlament haben, auch wenn dies eine Politik war, die den Interessen der Besitzenden dient. Ihr wollt, daß es anders wird. Ihr

fordert ausreichende Unterstützung und Hilfe in eurer Not. Ihr verlangt, daß im Gemeindeparlament eine Politik betrieben wird, die in erster Linie die Bedürfnisse der Besitzlosen berücksichtigt.

Wollt ihr das, dann ist es unmöglich, daß ihr am 12. März erneut eine völkseindliche Partei wählt. Eure Stimme gehört den Kommunisten, der einzigen antifaschistischen und antifaschistischen Arbeiterpartei, die euch auffordert, die Einheitsfront der Tat herzustellen, um im einheitlichen Vorgehen alle lebensnotwendigen Forderungen durchzusetzen und den Faschismus zu überwinden.

## Wählt Kommunisten Liste 3!

# Bergische Arbeiter-Zeitung

**Heute 1. Grob-Sammel- und Werbelag**  
 aller roten Wahlhelfer und Antifaschisten  
**Sammelt für den Kampfzettel!**

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands / Sektion der Kommunistischen Internationale

Erscheint täglich außer an Feiertagen und gesetzlichen Feiertagen  
 Bezugspreis wöchentlich 50 Pfennig - Anzeigenpreis pro Millimeter im  
 Verbandsorgan 30 Pfennig - Einzelorgan 40 Pfennig - Kleinanzeigen  
 20 Pfennig - Einzelorgan 10 Pfennig - Druck und Verlag: Prof. Dr.  
 Carl Paulsen, Essen Nr. 1247 - Druck und Verlag: Prof.  
 Verlag GubH Düsseldorf Kaiser Straße 44

Sonntag-Montag, den 19.-20 Februar 1933

Haupt-Expeditoren: ...  
 Filial-Expeditoren: ...  
 ...

## Regierungspräsident Bergemann

das Vorbild für die Düsseldorf SPD-Führer

SPD-Sekretär Richter und Berten versuchen die Einheitsfront zu sprengen und fordern: Strafe frei für den SA- und SS-Aufmarsch im roten Oberbilk - Sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbannerkameraden, steht mit uns zusammen zur Verteidigung des Lebens der Oberbilker Arbeiter und zum Schutz der Arbeiterlokale und Wohnungen!

Düsseldorf, 18. Februar. (Gg. West.) In allen Düsseldorf-Bezirken, an den Stempelstellen, in den Arbeiterstraßen, besonders aber im roten Oberbilk, überschallten die Arbeiter, Knechtchen und kleinen Geschäftslente über den heute geführten SA- und SS-Aufmarsch in Oberbilk. Dieser Aufmarsch wird als eines der schlimmsten Provokationen der gesamten Arbeiterschaft Düsseldorf angesehen. Oberbilk ist das rote Herz der Düsseldorfer Stadt-Neopolis. Der Oberbilk-Markt ist für die Düsseldorfer Arbeiter daselbst, wie der Platz für die Berliner Arbeiter. Bereits am vergangenen Sonntag plante die SA- und SS. ihren provokatorischen Aufmarsch durch Oberbilk. Wie uns mitgeteilt wurde, sollen vor allem durch die wachsende Erregung der Bevölkerung bei der Polizei Schmutzungen aufkommen sein, in denen zum Ausdruck kam, daß man eine solche Provokation der SA- und SS. gegenüber im Gegenfall der Oberbilker Einwohner nicht dulden würde.

ober am besten ihr verbrüht euch ganz aus 'Oberbilk' - und macht es so wie Richter selbst, der sich außerdem mit seinem Rufensound Bergemann in Regimentsgebäude aufhält oder mit seiner schönen Emouline ins Freie löst.  
 Sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbanner, steht mit uns zusammen! Ihr müßt genau so euer Leben, eure Familie, eure Wohnungen verteidigen wie die kommunistischen Arbeiter.  
 Denkt an Glöselchen, denkt an Ebbich, denkt jetzt an Siegburg, wo man einst sozialdemokratischen Funktionäre aus dem Betteln holte und hat sie geschlachtet.  
 Denkt aber vor allem an Berlin, an den Palast-Platz, wo zehntausende sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannerkameraden gemeinsam mit ihren kommunistischen Kampfgenossen die Ehre des roten Berlin verteidigten und erlitten. Die SA-Banden wollten den Palast-Platz erobert, als dem Ergebnis, daß hunderttausende Berliner Arbeiter ihre Güter und

Ihre Kraft bewiesen, daß sie aus dem Stützpunkt der Nazis eine Niederlage und einen Sieg der kämpfenden Einheitsfront machten.  
 Denkt auch an die Erfolge der Einheitsfrontkämpfe. Dieser Einheitskampf ist die einzige Gewinnchance für den Arbeiterblut vergießen wird.  
 Die Richter, Berten und Berich folgen den Forderungen Bergemanns, dem Sozialdemokrat bereits sehr persönliche Verurteilungen ausgesprochen hat. Es sind die bewährten Herrgotts, die schon noch hierher Welt der schiffeligen Diktatur zu öffnen überlassen werden.  
 Amlet deutlich zeigt sich, wie die Führer der SPD, Richter, Berten, während die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter den erfolgreichen Weg zur kommunistischen Einheitsfront verfolgen, dem einzigen Weg, der zum Siege über die faschistische Diktatur führt!

## Go haufen sie!

Zürückbarer Mord einer SA-Bande in Chemnitz - „Läter unerkannt entkommen“ - Unerhört die Einheitsfrontsabotage der SPD- und ADGB-Führer, um euer Leben zu schliken!

Heute soll nun der Aufmarsch offiziell durchgeführt werden. Mitbestimmend dafür war die Tatsache, daß der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann den Aufmarsch genehmigte, obwohl ihm zweifellos bekannt ist, welchen Charakter die SA- und SS-Banden in Oberbilk tragen soll. Die Oberbilker Arbeiterschaft, in das ganze merkwürdige Düsseldorf ist in heller Empörung.

Wachem die letzten Wähler ihr erteiltes Mandat vollbringt

Bergische Post vom 20.2.1933

# Ami Richrath-Reusrath

## Zentrumspartei Immigrath-Langensfeld

### Generalversammlung im Jugendheim

Die Generalversammlung der Zentrums-  
partei Immigrath-Langensfeld, die gestern nach-  
mittag unter starker Beteiligung stattfand, be-  
faßte sich nach einem einleitenden kurzen Ue-  
berblick über die augenblickliche politische La-  
ge durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Prigge  
zunächst mit der Neuwahl des Vorstandes. Die  
Partei bewies ihr uneingeschränktes Ver-  
trauen zur bisherigen Führung durch die ein-  
stimmige Wiederwahl ihres bisherigen be-  
währten Vorsitzenden Dr. Prigge. Der  
übrige Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:  
Stellvertretender Vorsitzender A. Lohr, 1.  
Schriftführer Lothar Rückert, stellw. Schrift-  
führer Wilh. Weidensfeld, 1. Kassierer  
Theob. Weller, stellw. Kassierer Hans  
Reischl. Geistlicher Beirat bleibt Prälat  
Kohbe. Beisitzer sind Winand Pröpper,  
Wilh. Herberich, Herm. Willen, Wilh.  
Orth, W. Schulte, Fri. Esser. Dele-  
gierte zum Bürgermeistereiauschuß: Dr. Prig-  
ge, A. Lohr, Lothar Rückert, Theob. Weller,  
P. Wimmer, Gerh. Pröpper, Wilhelm Her-  
berich, P. Eich, Prälat Kohbe, Herm. Willen,  
M. Blossowall, Hans Reischl. In Delegationen  
zum Kreispartei-tag wurden ernannt: Dr.  
Prigge, A. Lohr, Gerh. Pröpper, Theob. Wel-  
ler, Josef Schobhosen, Wilh. Herberich, Hans  
Reischl. Als Stellvertreter W. Sebenich,  
Herm. Willen, Wilh. Schulte, Rob. Weiden-  
müller, A. Feilhoff und P. Kemmerl.

Nach längerer Aussprache wurden von der  
Partei die bisherigen Zentrumsvertreter im  
Gemeinberath wiederum einstimmig vorgeschla-  
gen. Das sind Dr. Prigge, P. Eich,  
Gerh. Pröpper, Willen und van  
Haukelum. Herr Dr. Prigge sprach die  
Generalversammlung ihren herzlichsten Dank  
aus für die außerordentlich gute Leitung sei-  
ner Arbeit und vielen Bemühungen im Inter-  
esse der gesamten Zentrumsbewegung und  
insbesondere der Partei Immigrath-Langen-  
feld.

Den Schluß der Generalversammlung bil-  
dete eine Besprechung über die Vorbereitungen  
zur Reichs-, Landtags- und Gemeinbewahl.

20.2. GA

Überwachung des Fernkabels.

Gewitzt durch die Zwischenfälle in Stuttgart wurde für die Übertragung der Rede des Reichskanzlers am Sonntag in Köln eine Überwachung des Fernkabels angeordnet. Nachdem schon einige Tage vorher die örtliche Polizei und Landjägereibeame diesen Überwachungsdienst ausführen mußten, wurden am Sonntagabend Verstärkungen durch die Wuppertaler Polizei eingesetzt, die mit Lastkraftwagen und Polizeihunden eintrafen. Alle vierhundert Meter wurde auf der Fernkabelstrecke eine Schupo-Kontrolle eingesetzt. Durch die Reichskanzlerrede in Köln war auch der Verkehr auf den Straßen lebhaft. Viele Personenwagen und Lastwagen mit SA der NSDAP fuhren in den Nachmittagsstunden und frühen Abendstunden in Richtung Köln.

21.2. GA

Nicht wahllos plakatieren.

Die Ortspolizeibehörde bittet nochmals, bei der Wahlpropaganda das Ankleben an Häusern und Telegraphenstangen zu unterlassen. In allen Ortsteilen sind Plakatafeln zur Benutzung aufgestellt.

22.2. GA

Um die Wahl zur Amtsvertretung.

Wie schon jetzt feststeht, werden sich mindestens fünf Parteien um die Sitze in der Amtsvertretung bewerben. Als neu für die Amtsvertretung tritt zum ersten Mal die NSDAP auf den Plan, die sicher eine entsprechende Anzahl von Sitzen erobern wird, wodurch auch die Mehrheitsverhältnisse ein anderes Bild zeigen werden. Die Zentrumsparlei, als bisher stärkste Fraktion im Gemeinderat, hat nach Verlautbarungen ihre bisherigen Gemeindevetreter wieder aufgestellt. Von den Mittelparteien

waren aussichtsreiche Verhandlungen mit der Deutsch-nationalen Volkspartei eingeleitet worden, die eine Gemeinde-Sammelliste zum Ziele hatte. Obwohl die Verhandlungen nahe zum Abschluß waren, hat sich die Deutsch-nationale Volkspartei nunmehr doch entschlossen, eine eigene Liste aufzustellen. Es folgen die Mittelparteien, die nun ebenfalls einen gemeinsamen Vorschlag einreichen werden. Die fünfte Liste ist dann von der KPD zu erwarten. Stellen noch SPD und Kommunistische Opposition je eine Liste auf, so sind dann glücklich sieben Vorschläge um 24 Sitze in der Gemeindevertretung.

22.2. GA

Kriegsopferversorgung.

Von der Ortsgruppe der NSDAP - Kriegsopferversorgung - werden Auskünfte, die im Interesse aller Kriegsopfer liegen, veröffentlicht.

22.2. GA

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Richrath-Reusrath

Mittwoch, den 22.2. in den Gemeinde-Lichtspielen

Große nationale Film-Vorstellung

Adolf Hitler, Tonfilm vom Aufmarsch  
der 200 000 in Berlin.

Das junge Deutschland marschiert.  
Tonfilm vom Reichsjugendtreffen.

Die letzte Kompanie.

Tonfilm aus Deutschlands schwerster Zeit.

Vorführungen für Erwerbslose u. Jugendliche  
nachmittags 4 Uhr.

Preis 30 Pf. abends 7,30 Uhr 50 Pf. und 1,-- Mark

Anmerkung:

Eine Lokal-Notiz in der gleichen Ausgabe weist ebenfalls  
auf diese Filmvorführungen hin.

22.2.1933

Verordnung Görings über Bildung einer Hilfspolizei aus SA-, SS- und Stahlhelm-Mitgliedern in Preußen.

23.2. GA

Opladener Zeitung:

Hilferding-Versammlung aufgelöst.

Lebhafte Unruhe im Versammlungssaal.

Einige Verletzte.

Ein kritischer Tag erster Ordnung war gestern in Opladen zu verzeichnen. Die Sozialdemokratische Partei hatte zu einer öffentlichen Wählerversammlung im Saal von Jünemann aufgerufen, in der der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Referat halten sollte. Von nationalsozialistischer Seite war in jenen Tagen bereits Protest bei den behördlichen Stellen erhoben worden. Dieser Protest richtete sich nicht gegen die Versammlung an sich, sondern einzig gegen die Person des Redners. Die Versammlung selbst war sehr stark besucht, vor allem durch die hiesigen und auswärtigen Reichsbannerleute, die den Saalschutz ausübten. Die Versammlungsleitung hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen, unter anderem war ein Kommando Schutzpolizei aus Elberfeld unter Führung eines Polizei-Hauptmannes erschienen. Jeder Versammlungsbesucher wurde beim Eintritt in den Jünemann'schen Saal nach Waffen untersucht. Dabei wurden Gummiknüppel und Schlagringe gefunden. Schußwaffen dagegen nicht. Auf Anordnung des Landrats (Trimborn) war die Versammlung mit der Auflage zugelassen worden, daß Mitglieder der NSDAP keinen Zutritt hatten.

Bergische Post vom 23.2.1933

### Die Kandidaten des Zentrums für die Amtsvertretung.

1) In der Hauptvertreterversammlung der Zentrumspartei Altrath-Neustrath wurde am Dienstag abend die Kandidatenliste zum Gemeinderat fertiggestellt. Durch die Vorarbeit in den einzelnen Bezirksgruppen, die erfreulicherweise überall in festener Einmütigkeit vonstatten gegangen war, konnte die Vertreterversammlung in kürzester Zeit die Liste in ihrer Gesamtheit zum Abschluß bringen. Es ist erfreulich, daß durchweg in allen Bezirksgruppen die bisherigen Vertreter wieder nominiert wurden, ein Zeichen des gegenseitigen Vertrauens, daß als gutes Vorzeichen für den Ausgang der Wahl zu werten ist.

Unsern Lesern gehen wir nachstehend die Kandidaten bekannt:

1. Eich Peter, Angestellter, Immlgrath;
2. Thelsen Hermann, Landwirt, Neustrath;
3. Wöppler Gerh., Schmiedem., Langensfeld;
4. Wollß Johann, Schmied, Altrath;
5. Dr. Prißge Oskar, Arzt, Immlgrath;
6. Witten W., Ladenschaffner a.D., Mehlbruch;
7. van Heulelum J., Hauptlehrer, Altrath;
8. Herberich F., Schreinermeister, Altrath;
9. Korfmacher Philipp, Landw., Berghausen;
10. Witten Herm., Schmiedem., Immlgrath;
11. Brodel Johann, Arbeiter, Neustrath;
12. Stralowski Pet., Arbeiter, Landwehr;
13. Spennes Heinz, Landwirt, Wollhagen;
14. Wiler Heinz, Kleintiermacher, Immlgrath;
15. Gladbach Fritz, Arbeiter, Altrath;
16. Thelsen Wilhelm, Landwirt, Neustrath;
17. Klein Josef, Vorarbeiter, Langensfeld;
18. Esser Marta, Konzeptionist, Immlgrath;
19. Krieger Josef, Weichensteller, Mehlbruch;
20. Engels Hubert, Landwirt, Stefenshoven;
21. Spanner Josef, Gärtner, Langensfeld;
22. Böhling Bernhard, Hilfsarbeiter, Altrath;
23. Spieth W., Bürovorst., Immlgrath-Gardt;
24. Sonnenschein R., Versammler, Wiesfeld;
25. Geuß Christ., Amts-Sekretär, Langensfeld;
26. Thüßling Bernh., Arbeiter, Glesenberg;
27. Busch Josef, Fabrikmeister, Immlgrath;
28. Kuppels Stephan, Arbeiter, Altrath;
29. Frau Ph. Melzenbach, Hausfr., Immlgrath;
30. Messgen Wilhelm, Landwirt, Neustrath;
31. Hansen J., Oberbedienst. a. D. Langfort;
32. Hense J., Buchdruckerelbesitzer, Langensfeld;
33. Schobhosen Pet., Eisenbahner, Mehlbruch;
34. Keller Theodor, Architekt, Immlgrath;
35. Schlösser Peter, Arbeiter, Altrath;
36. Stoffels Robert, Bahnarbeiter, Neustrath;
37. Wimmer P., Dipl.-Handelsl., Immlgrath;
38. Weller Jakob, Arbeiter, Berghausen;

24.2. GA

Nationaler Filmabend der Ortsgruppe der NSDAP.

Die von der Ortsgruppe der NSDAP am Mittwoch durchgeführte nationale Film-Veranstaltung erwies sich als ein voller Erfolg, denn die Lichtspiele zeigten zur Abendveranstaltung ein volles besetztes Haus. Auch die Nachmittagsvorstellung für Erwerbslose und für unsere Jugend konnte sich eines sehr guten Besuches erfreuen.

24.2. GA

Landrat Trimborn wird abberufen.

Landrat Trimborn wird einweilen beurlaubt. Was nach den Vorgängen um die Opladener Hilferding-Versammlung zu erwarten stand, ist bereits am Mittwochabend zur Tatsache geworden:

Landrat Trimborn ist durch ein Telegramm aus dem Preuß.-Innenministerium mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Das die Beurlaubung der Vorläufer der endgültigen Abberufung darstellt, darf als feststehend angenommen werden.

27.2. GA

Die Hilfspolizei.

Zum Erlaß Görings über die Hilfspolizei heißt es, daß die Hilfspolizisten keine dauernde Besoldung erhalten, sondern eine tägliche Aufwandsentschädigung von drei Mark. Die Hilfspolizisten sollen auch bewaffnet werden mit Gummiknüppeln und Pistolen. Die Pistolen müssen nach Beendigung des Dienstes abgegeben werden. Die Einzustellenden werden durch Handschlag verpflichtet.

Bergische Post vom 25.2.1933

# Landrat Trimborn hat das Wort!

## Warum er die Silberding-Versammlung nicht verbot — „Ein Beamter muß mit absoluter Neutralität das Recht schützen und das Unrecht bekämpfen“

Opladen, den 25. Febr.

Von Landrat Trimborn wird uns geschrieben: Ueber die Vorgänge, die vor dem Stattfinden der Silberding-Versammlung, die am Dienstagabend ausgelöst wurde, kullieren die verschiedensten Gerüchte im Rhein-Wupper-Kreis. Es ist daher angebracht, an dieser Stelle die Öffentlichkeit über die wesentlichsten Zusammenhänge, die mein amtliches Verhalten bestimmten, zu informieren.

Am Montagvormittag wurde von der kommunalen Polizei Opladen mitgeteilt, daß Opladener S. N.-Führer der Polizeiverwaltung erklärt hätten, daß die für Dienstagabend vorgesehene Versammlung der Eisernen Front mit Herrn Reichsminister a. D. Silberding als Redner unter keinen Umständen stattfinden dürfe. Sie müsse von der Polizei verboten werden, weil andernfalls die S. N. die Versammlung mit Hilfe von auswärtig herbeigeholten Kräften sprengen werde. Ich erklärte der Polizeiverwaltung Opladen, daß ich mich nicht dazu hergeben werde, die Freiheit der Wahlpropaganda zu beschränken. Die Androhung einer politischen Partei, eine Veranstaltung einer anderen Partei mit Gewalt zu verhindern, stelle den Tatbestand der Nötigung dar und sei strafbar. Die Versammlung müsse, wenn keine anderen Gründe gegen ihr Stattfinden sprächen, genehmigt werden.

Im Laufe des Montag-nachmittag wurde ich dann von der nationalsozialistischen Propagandaleitung in Düsseldorf telefonisch angerufen, die an mich erneut in Schroffer Form das Ansuchen stellte, die Silberding-Versammlung zu verbieten. Wenn ich dieser Aufforderung nicht nachkomme, wolle man sich bei Herrn Minister Göring über mich beschweren. Als pflichtbewußter preussischer Staatsbeamter habe ich auch dieses Ansuchen ablehnen müssen. Ich trug nunmehr die ganze Angelegenheit dem Polyzellsachbearbeiter der Regierung Düsseldorf vor und bat ihn, meine Auffassung dem Herrn Regierungspräsidenten persönlich bekannt zu geben. Nach kurzer Zeit wurde mir mitgeteilt, daß der Herr Regierungspräsident von meinem Bericht Kenntnis genommen habe und sich meiner Auffassung vollkommen anschlehe.

Meine Aufgabe bestand nunmehr darin, für den notwendigen Schutz der Versammlung zu sorgen. Zu diesem Zweck forderte ich zunächst Schutzpolizei in entsprechender Stärke an, ferner ließ ich der Versammlungskleitung mitteilen, daß mit Rücksicht auf die von nationalsozialistischer Seite ausgesprochene Drohung, die Versammlung unter keinen Umständen stattfinden zu lassen, die Auflage gemacht werden müsse, durch Abzeichen oder Uniform kenntliche Mitglieder der N. S. D. A. B. zu der Versammlung nicht zuzulassen. Ueber die weiteren Vorgänge ist in der Tagespresse berichtet worden.

Nachdrücklich sei festgestellt, daß die Auffassung, die Versammlung sei vom Oberen Polizeikommandeur West bereits verboten gewesen, als sie eröffnet wurde, unzutreffend ist. Die Versammlung war genehmigt, sie ist erst durch Funkpruch, der gegen mich in Opladen eintraf, verboten worden. Das Verbot stützte sich auf Vorkommnisse, die unmittelbar vor Beginn der Versammlung lagen und die mit dem Anmarsch der Versammlung in Zusammenhang zu bringen sind.

Zusammenfassend darf daher nochmals gesagt werden, daß keinerlei politische Motive pro oder contra mit der Genehmigung der Versammlung etwas zu tun haben, sondern daß mein Vorgehen lediglich von der Absicht diktiert war, Terrormaßnahmen gegen eine einzelne Partei abzulehnen und die Freiheit der Propaganda für die bevorstehenden Wahlen zu garantieren. Ich habe wiederholt in meiner fünfzehnjährigen Amtstätigkeit bewiesen, daß ich mit der gleichen Entschiedenheit auch gegen Terrorversuche und ungeheuerliche Bestrebungen eingeschritten bin, die von Linksradikaler Seite geplant und beschützt waren. Ein Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, muß von seinen verantwortlichen Beamten verlangen, daß sie mit absoluter Neutralität das Recht schützen und das Unrecht bekämpfen, gleichgültig, auf welcher Seite die Rechtsbrecher politisch stehen. Mehr denn je hat die alte lateinische Weisheit: *Iustitia fundamentum regnorum* — Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates — in diesen unruhigen Zeiten Geltung. Ich darf erwidern, daß Jeder, der unberechtigtenmaßen zu den Vorkommnissen in Opladen am vergangenen Dienstag Stellung nimmt und der wirkliche autoritative, auf dem Recht aufgebaute Staatsführung fordert, mir zugestehet, daß ich mich hierzu habe, diesem alten Rechtsgrundsatz Rechnung zu tragen.

\*

Landrat Trimborn hat dem nationalsozialistischen Bergischen Beobachter eine Berichtigung zugesandt, die sich gegen Behauptungen dieser Zeitung wendet und in der es heißt:

„1. Es ist unwahr, daß die Versammlung der „Eisernen Front“ in Opladen von mir zugelassen wurde, obwohl sie von dem Polizeikommandeur West verboten war.“

„Wichtig ist, daß die Versammlung erst verboten wurde, nachdem sie bereits eröffnet worden war.“

„2. Es ist unrichtig, daß ich erklärt habe: „Wir wollen doch mal sehen, wer in Opladen stärker ist, die S. P. D. oder die N. S. D. A. B.““

„Wichtig ist, daß eine derartige oder ähnlich lautende Bemerkung von mir nicht gemacht worden ist.“

gez. Trimborn.“

Durch die Ausführungen in den schon erwähnten Lebenserinnerungen von Wilhelm Helf wird die Berichterstattung über die gestörte SPD-Wahlkundgebung in Opladen ergänzt:

" Dann entbrannte der Wahlkampf. Im Februar hielt ich meine letzte Rede in einer Jungwählerversammlung in Moers unter der Leitung meines Freundes Hermann Runge. Die Versammlung wurde nicht gestört. Die letzte große SPD-Versammlung fand im Paulushaus Düsseldorf statt. Es sprach Ernst Heilmann. Er schloß seine Rede mit den Worten Dantons, welche dieser den Parisern auf der Fahrt zum Schafott zugerufen hatte: "Bürger, Mut, nur Mut !" Im allgemeinen verlief keine SPD-Versammlung in diesem Wahlkampf ohne Terror.

Hierher gehört folgendes Erlebnis des Februar 1933. Ich saß am Spätnachmittag in meiner Buchhandlung am Arbeitstisch, als sich die Ladentür öffnete und zwei Männer eintraten. Ich stand auf und erkannte den einen sofort: Es war der ehemalige Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding. Der andere stellte sich als Landrat Trimborn aus Opladen vor. Sie kamen aus einer von der SA gesprengten Versammlung in Opladen, bei der die SA des Juden Hilferding habhaft werden wollte. Mit knapper Not waren die Herren auf Schleichwegen mit Hilfe des Lokalinhabers entronnen. Beide waren von der Schockwirkung noch ganz erschöpft. Ich verschloß erstmal die Ladentür und bat die Herren, zunächst einmal Platz zu nehmen und sich zu erholen. Dann verständigte ich die Redaktion unserer Zeitung. In der gleichen Nacht wurde Hilferding noch über die Reichsgrenze in Sicherheit gebracht. "

General-Anzeiger vom 25.2.1933

## LANGENFELD

### Die Wahl der Amtsvertretung

#### Der Wahlvorschlag der NSDAP.

Die Ortsgruppe der NSDAP. hat nun ebenfalls ihren Wahlvorschlag für die Wahl zur Amtsvertretung eingereicht, den wir nachstehend bekannt geben können: 1. Staller Ernst, Bürovorsteher, Immlarath; 2. Schreiner Paul, Fabrikant, Landwehr; 3. Müller Karl, Bahnarbeiter, Immlarath; 4. Wlassed Eduard, Postsekretär Langensfeld; 5. Gierlich, Richard, Landwirt, Neusrath; 6. Marscheldt Josef, Konditormeister, Langensfeld; 7. Luig Peter, Lehrer, Langensfeld; 8. Kloos, Karl, Fabrikant, Landwehr; 9. Woll Rudolf Angestellter, Immlarath; 10. Klar Frh., Austreichermeister, Immlarath; 11. Ebert Hermann, Schreiner, Langensfeld; 12. Bunte Helmuth, Staatl. gepr. Landwirt, Neusrath; 13. Kessing Ernst, Geschäftsführer, Langensfeld; 14. Emonts Peter, Angestellter, Landwehr; 15. Förster Waldemar, Kaufmann, Immlarath; 16. Nibel Hans, Ingenieur, Langensfeld; 17. Hlsgen Paul, Hilfsarbeiter, Immlarath; 18. Rothle, Frh. Architekt, Immlarath; 19. Schäfer Heinrich, Postschaffner, Immlarath; 20. Kramer Arnold, Klempnermeister, Langensfeld; 21. Stod. Paul Gerhard, Gemüthshauer, Berghausen; 22. Neteler, Wilhelm, Malermeister, Langensfeld; 23. Jacobs, Karl Kaufmann, Langensfeld; 24. Maack Arthur, Schlosser, Immlarath.

### Kriegergedächtnisfeier in Landwehr

Vor einiger Zeit hatte der Denkmalsauschuß die Vertreter der Vereine zu einer Sitzung eingeladen, um die Ausgestaltung der diesjährigen Kriegergedächtnisfeier zu beraten. Alle Vereine fanden sich wiederum bereit, zu einer würdigen Gestaltung dieser Weltstunde beizutragen. Besonders sei hier der örtlichen Gesangsvereine gedacht, die sich alljährlich zur gesanglichen Mitwirkung zur Verfügung stellen. Einige Schwierigkeiten bereitete diesmal die Festlegung des Tages für die Gedächtnisfeier. Zunächst war die Durchführung des ursprünglichen Planes wegen der am 5. und 12. März stattfindenden Wahlen unmöglich geworden. Des weiteren wurde aus der Verlesung der Vorschlag gemacht, die Feier von diesem Jahre ab in den August zu verlegen, besonders mit Rücksicht auf die im Monat März meist herrschenden schlechten Witterungsverhältnisse, die es vielen älteren Leuten unmöglich machen, an der Gedächtnisstunde teilzunehmen. Ein endgültiger Beschluß wurde nicht gefaßt. Der Ausschuß wird sich hiermit in einer besonderen Sitzung noch einmal zu beschäftigen haben.

Begrüßenswert ist der Beschluß bezüglich der übrigen Gestaltung des Programms. Dieses soll, der Würde der Gedächtnisstunde entsprechend, nur wenige, aber geübene Darbietungen aufweisen. Insbesondere sollen die Gesangsvorträge der Vereine, die bisher immer eine Art örtlichen Gesangswettstreits darstellten, eingeschränkt werden. Es ist vorgezogen, in dem Jahre, wenn der katholische Geistliche die Weiherrede hält, den Quartettverein „Einigkeit“ zwei Lieder und im nächsten Jahre, wenn der protestantische Geistliche redet, die beiden katholischen Gesangsvereine (Kath. Männergesangsverein und Kirchenchor „Cäcilia“) je ein Lied singen zu lassen. Dadurch ist man einem Wunsche, der von dieser Stelle aus bereits öfter zum Ausdruck gebracht wurde, nunmehr nachgekommen. Und diese Regelung wird sicherlich von der gesamten Bevölkerung begrüßt werden.

Bergische Post vom 27.2.1933

## Umt Richrath-Reusrath

);( Zentrumswähler! Aufgepaßt! In Richrath-Reusrath kam in den letzten Tagen ein Flugblatt heraus, das sich an die Zentrumswähler richtet. Das Flugblatt trägt als Unterschrift nicht den Namen einer Partei, sondern „Liste 1“. Zentrumswähler! Wir wählen aber Liste 4!

Zu dem Inhalt des Flugblattes sei festgesetzt:

Dem Zentrum kann niemand wahres Nationalgefühl abprechen!

Das Zentrum ist stets bereit gewesen, mit allen aufbauwilligen Kräften zusammenzuarbeiten.

Das Zentrum hat sich seit seiner Gründung als wahrer Hort der Religion erwiesen und stets die Religionsfeinde bekämpft!

Sicherlich gibt es eine katholische Presse in Deutschland (es sei nur an die Kirchenzeitungen erinnert). Wie sollten sonst die deutschen Bischöfe sagen können: „Schöpft euere Belehrung aus bewährten katholischen Blättern!“

Und nochmals sei darauf hingewiesen, das Zentrum führt bei der kommenden Wahl nicht Liste 1, sondern:

Liste 4

General-Anzeiger vom 27.2.1933

## LANGENFELD

### Die Wahl der Amtsvertretung

Sechs Listen werden am Stimmen

Nachdem sich die anfangs ausichtsreichen Verhandlungen über einen gemeinsamen Wahlvorschlag aller bürgerlichen Parteien für die Wahl zur Amtsvertretung durch den plötzlichen Entschluß der Deutschnationalen Volkspartei eine eigene Liste aufzustellen, zerfallen hatten, haben nun Deutsche Volkspartei, Stahlhelm, Volksrecht-Partei und Wirtschaftspartei einen gemeinsamen Wahlvorschlag unter dem Reanwort „Nationale Bürgerliste“ eingereicht. Der Alleingang der Deutschnationalen Volkspartei ist unbedenklich bedauerlich, weil die Gefahr einer Stimmenzersplitterung besteht, die mit dem Verlust eines Sitzes gleichbedeutend sein kann. Für die Erreichung eines Mandates in der Amtsvertretung werden diesmal je nach Wahlbeteiligung bis zu 130 Stimmen notwendig sein. Die Deutschnationalen Volkspartei brachte bei der Reichstagswahl am 4. November 218 Stimmen auf, so daß also noch mindestens 110 Stimmen mehr notwendig sind, um ein Mandat zu erlangen. Ein Zusammengehen mit den anderen bürgerlichen Parteien hätte aber von vornherein den Gewinn von zwei Mandaten gesichert, da eine solche gemeinsame Liste zweifellos bei der Wählerschaft eine noch größere Zugkraft besessen hätte.

Wir lassen nun die Wahlvorschläge folgen:  
Nationale Bürgerliste (D.V.P., Stahlhelm, Volksrecht- und Wirtschaftspartei): 1. Hundhausen, Eduard, Lehrer, Nr. 1. 2. Steiniger, Eugen, Kaufmann, Inh. der Firma Friedr. Joh. Vogel, Langensfeld. 3. Kost, Karl, Landwirt, Neusrath. 4. Asbed, Wilhelm, Schlosser, Immigrath. 5. Schmütter, Karl, Oberpostsekretär a. D., Langensfeld. 6. Schr. Karl, Galtwirt, Bergäusen. 7. Anierlem, Wilhelm, Rektor i. R., Langensfeld. 8. Rohloff, Arthur, Kaufmann, Immigrath. 9. Daneser, Hermann, Fliesenleger, Nr. 1. 10. Schale, Heinrich, Rentner, Immigrath. 11. Gelissen, Anton, Kriegermeister, Langensfeld. 12. Wader, Vothar, Kaufm., Angestellter, Immigrath. 13. Flescher, Louis, Gärtner, Langensfeld. 14. Neuloh, Ernst, Hauptlehrer a. D., Immigrath. 15. Stiehl, Otto, Lohnbuchhalter, Langensfeld. 16. Glnz, Ella, Kontoristin, Langensfeld. 17. Simons, Johann Wilhelm, Fabrikant, Langensfeld.

Kampffront Schwarz-Weiß-Liste (Deutschnationale Volkspartei): 1. Giebler, Robert, Fabrikant, Langensfeld. 2. Busch, Hugo, Gutsbesitzer, Widdauen. 3. Tenten, Karl, Arbeiter, Immigrath. 4. Kellermann, Arthur, Pfleger, Walthausen. 5. Kosterkamp, Heinrich, Maler und Anstreicher, Immigrath.

Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge war am Sonnabend abgelaufen. Beim Wahlbüro der Gemeinde sind für die Amtsvertretung termingemäß sechs Wahlvorschläge eingereicht worden und zwar von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, Stahlhelm, Volksrecht-Partei und Wirtschaftspartei (gemeinsamer Wahlvorschlag), der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei.

27.2. GA

Anzeige:

Erste große Frauenkundgebung  
der NS-Frauenschaft Ortsgruppe Richrath-Reusrath.  
Am Dienstag, dem 28. Februar, abends 8 Uhr,  
im Saale Richter, Immigrath.

Es spricht:

Gauleiterin Paula Siber,

über das Thema:

" Der Aufbruch der Deutschen Seele ! "

NS-Frauenschaft - Richrath-Reusrath.

Unkostenbeitrag 10 Pfg.

27.2.1933

Reichstagsbrand.

Vorwand für blutige Terrorwelle gegen Kommunisten.  
Sozialdemokraten und andere Hitlergegner. Bei Massen-  
verhaftungen werden in Berlin allein 1500 und im  
ganzen Reichsgebiet über 10 000 Antifaschisten fest-  
genommen. Faktisch ist die KPD verboten.

28.2.1933

Hindenburg erläßt Verordnung zum Schutz von Volk und  
Staat. Die Grundrechte der Weimarer Verfassung werden  
aufgehoben, verschärfte Strafbestimmungen und die  
"Schutzhaft" eingeführt.

# Reichsgesetzblatt

83

## Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933

Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933. .... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewalttätigkeiten folgendes verordnet:

### § 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtageheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

### § 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

### § 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

### § 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

### § 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 321 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 230) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich der der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

### § 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Fried

Der Reichsminister der Justiz  
Dr. Görtner

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 1. März 1933	Nr. 18
------	--	--------

**Inhalt:** Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe. Vom 28. Februar 1933. . . . . 85  
 Dritte Verordnung über den Reichskommissar für die Luftfahrt. Vom 28. Februar 1933. . . . . 87  
 Verordnung über die fünfte Änderung des Weisungsrechts vom 16. Dezember 1927. Vom 27. Februar 1933. . . . . 88  
 Verordnung zur Ergänzung und Durchführung des Kapitels V des Vierten Teiles der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932. Vom 27. Februar 1933. . . . . 89  
 Strafsühne Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf den Reichsfinanzhof. Vom 21. Februar 1933. 89  
 Verordnung über die Gültigkeitsdauer von Marken der Angestelltenversicherung. Vom 21. Februar 1933. 93  
 Verordnung über die Verwendung inländischer Ölsänten. Vom 24. Februar 1933. . . . . 93  
 Verordnung über Ausfuhrschleue. Vom 25. Februar 1933. . . . . 94  
 Bekanntmachung einer Entscheidung des Reichsgerichts auf Grund des Artikels 13 Abs 2 der Verfassung des Deutschen Reichs. Vom 21. Februar 1933. . . . . 95

**Zu Teil II Nr. 7,** ausgegeben am 27. Februar 1933, ist veröffentlicht: Verordnung der Reichsregierung über die vorläufige Anwendung einer Zusatzvereinbarung zum deutsch-spanischen Handelsabkommen. — Bekanntmachung über das Internationale Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels. — Bekanntmachung über die Kündigung einzelner Zollbindungen und Zollermäßigungen auf Grund des Zusatzabkommens zum deutsch-französischen Handelsabkommen. — Bekanntmachung über die Ratifikation des Abkommens über internationale Ausstellungen durch die Niederlande. — Bekanntmachung über den Beitritt von Australien, Papua und dem von Australien verwalteten Mandatsgebiet von Neu Guinea zur Pariser Verbandsaberkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der im Haag am 6. November 1925 geschlossenen Fassung. — Bekanntmachung über den Beitritt Lettlands zu den Vereinbarungen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen sowie über die Hilfsleistung und Vergütung in Seenot. — Drei Bekanntmachungen über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung.

**Zu Teil II Nr. 8,** ausgegeben am 28. Februar 1933, ist veröffentlicht: Verordnung der Reichsregierung über die vorläufige Anwendung des Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Costa Rica vom 26. Oktober 1932.

**Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe.**  
 Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

**I. Abschnitt**

**Verstärkung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse**

**§ 1**

Wer Landesverrat oder Verrat oder Auspähung militärischer Geheimnisse begeht, kann bestraft werden

1. bei schwerem Verrat militärischer Geheimnisse (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) mit dem Tode;

Reichsgesetzbl. 1933 I

2. bei Landesverrat nach § 92 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs und bei Verrat militärischer Geheimnisse nach § 1 Abs. 1, 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus;
3. bei Auspähung militärischer Geheimnisse (§ 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren.

**§ 2**

(1) Wer durch Fälschung oder Verfälschung Gegenstände, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, in der Absicht herstellt, sie einer ausländischen Regierung bekanntzumachen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

1.3.1933 GA

Anzeige:

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Richrath-Reusrath

Am Donnerstag, dem 2. März 1933,  
abends 7.30 Uhr, in der Wilhelmshalle  
Langenfeld

Große öffentliche Wahlkundgebung

Redner: Pfarrer Münchmeyer

"Verbrechen des Marxismus an der deutschen Seele."

Pg. Ilbertz

"Mit Hitler für ein freies, starkes Bauerntum."

Anfangspunkt 7.30 Uhr.

Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

Anmerkung:

Eine Lokal-Notiz in der gleichen Ausgabe weist ebenfalls auf diese Wahlkundgebung hin.

2.3. GA

Anzeige:

Wahlkundgebung

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

Am Freitag, dem 3. März, abends 8 Uhr in der  
Wilhelmshalle.

Karl Langendörfer, Düsseldorf,  
spricht zum Thema:

"Aufbruch der Nation"

Bürger aller Berufsstände erscheint in Massen.

Deutschnationale Volkspartei Ortsgruppe

Langenfeld-Immigrath.

Eintritt frei.

General-Anzeiger vom 3.3.1933

# Liste 7

mit Hindenburg unter Schwarz-weiß-rot  
den Farben des alten Reiches von Bismarck geschaffen  
mit der

## National-liberalen Partei

Freitag, den 3. März, abends 8 Uhr in der Gaststätte  
Wieber, Langenfeld

öffentliche  
**Wahlkundgebung**

Redner Dr. h. c. **Königter**, Düsseldorf

Eintritt frei. **Deutsche Volkspartei**



**NATIONALER EINHEITSBLOCK**  
51%

DKZD ZUPDA

**BÜRGER**  
hierhin gehört der

**ECKPFEILER**

**DEUTSCHE  
VOLKSPARTEI**

**Liste 7**

3.3. GA

Erste Frauenkundgebung der NS-Frauenschaft.

Zu einer ersten großen Frauenkundgebung hatte die NS-Frauenschaft Richrath-Reusrath am Dienstagabend, in den Saal von August Richter, Immigrath, eingeladen. Welches Interesse die Frau dem politischen Geschehen der Gegenwart entgegen-bringt, bewies der vollbesetzte Saal. Den guten Besuch rechtfertigte die Rednerin Frau Paula Siber, die in einfach schlichter Weise, aber packend und aufrüttelnd von Herz zu Herzen sprach. Das Thema: "Der Aufbau der deutschen Seele", entsprach dem Gemütsempfinden der Frau und Mutter, die in das Geschehen hineingestellt ist und nun recht erkennt, vor welchem Abgrund sie und ihre Kinder standen.

3.3. GA

Prüfung der Wahlvorschläge für die Amtsvertretung. Für die Prüfung und Festsetzung der Wahlvorschläge zu der Wahl der Amtsvertretung, findet am Montag, dem 6. März, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses eine öffentliche Sitzung des Wahlausschusses statt.

- Der zum Mitglied des Wahlausschusses ernannte Arbeiter Karl Bick, Immigrath, sowie dessen Vertreter Bauarbeiter Michael Lambertz, Langenfeld, sind abberufen worden. An deren Stelle sind ernannt zum Beisitzer Lehrer Heinrich Sandrock und dessen Stellvertreter Lehrer Heinz Müller, beide Langenfeld.

General-Anzeiger vom 3.3.1933

# Einheits-Stimmzettel

für die Reichstags- und für die Landtagswahl

Wir veröffentlichen nachstehend die bei der Reichstagswahl und bei der Landtagswahl am

## Reichstagswahl

Wahlkreis Düsseldorf-Dst

1	Arbeiterpart. (Hitlerbewegung) Nationalsozialistische Deutsche Hitler — Dr. Fried — Göring Florian	1	○
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. Silberding — Agnes — Baum Richter	2	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Thälmann — Horn — Pennig Overlach	3	○
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning — Kaiser Dr. Weber — Schlad	4	○
5	Kampffront Schwarz-weiß-rot Dr. Hugenberg — Dr. Koch D. von Tilling — Dr. Ostholz	5	○
7	Deutsche Volkspartei Dr. Königeter — Dr. Boehm Dr. Weller-Jaertling — König	7	○
8	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Dr. Schröder — Korte — Spieder Dannert	8	○
9	Deutsche Staatspartei Gresler — Kump — Kolling Hollenber	9	○
10	Deutsche Bauernpartei Dr. Fehr	10	○
15	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Scheer — Vorscheib — Sellak Richter	15	○

5. März d. J. im Wahlkreis Nr. 22 Düsseldorf-Dst zugelassenen beiden Einheitsstim-

zetteln. Die Stimmzettel für die Reichstagswahl wie für die Landtagswahl werden amtlich hergestellt und am Wahltag während der Wahl nur in den Wahllokalen ausgegeben, in gleicher Weise wie der amtlich hergestellte Stimmzettelmuschlag. Diese Größe beider Stimmzettel ist so eingerichtet, daß sie einmal gefaltet und in den Umschlag gesteckt werden können.

## Landtagswahl

Wahlkreis Düsseldorf-Dst

1	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpart. (Hitlerbewegung) Florian — Schumann — Hilbert Hedrich	1	○
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Berten — Christmann — Meyer Wernelskirchen	2	○
3	Kommunistische Partei Deutschlands Horn — Krentsch — Dbusch Straubes	3	○
4	Zentrumspartei Klop — Bettechhaus — Dr. Weinaw Weistermann	4	○
5	Kampffront Schwarz-weiß-rot Dr. Weisenmann — Janssen — Dahm Lullmien	5	○
7	Deutsche Volkspartei Dr. Boehm — Thöne — Schuler Kreule	7	○
8	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Dr. Schröder — Pilger — Gresroth Kery	8	○
9	Deutsche Staatspartei Dr. Krombach — Neschke — Altena Müller	9	○
16	Polentisse Dr. Domanski — Dr. Kaczmarek Dielniczak — Kwiatkowski	16	○

4.3. GA

Anzeige:



4.3. BP

Aus Anlaß der Wahlen darf heute und morgen kein Ausschank von Branntwein stattfinden. Ebenfalls ist der Kleinhandel mit Trinkbranntwein an beiden Tagen verboten. Wer diese Anordnung überschreitet, kann mit einer Haft- bzw. einer Geldstrafe bis zu 150.- Mark bestraft werden.

Öffentliche Tanzveranstaltungen dürfen erst um 20 Uhr beginnen.

Anmerkung:

Diese Anordnung galt auch für den nächsten Wahltag, Sonntag, den 12. März 1933.

4.3. GA

Der letzte Appell.

Gewaltige Kundgebung der NSDAP.

Als Abschluß für den entscheidenden Wahlkampf des deutschen Volkes am morigen Sonntag hatte die Ortsgruppe der NSDAP am Donnerstagabend die Bevölkerung noch einmal aufgerufen, In der Erwartung, daß die Wilhelmshalle bei Tischbesetzung für die Besucherzahl nicht ausreichen würde, hatte man Stuhlreihen gesetzt und diese Vorsorge erwies sich als richtig.

Bis die Kundgebung ihren Anfang nahm, verkürzte die Kapelle Geuer die Zeit durch alte Marschweisen, die begeisterte Aufnahme fanden.

Bei Eröffnung durch Ortsgruppenleiter Schreiner war trotz des schlechten Wetters die Halle bis auf den letzten Platz besetzt. Es erhielt sofort das Wort Pfarrer Münchmeyer, der erste Redner des Abends.

4.3. GA

Königeter in Langenfeld.

Volksparteiliche Wahlkundgebung.

In einer gut besuchten Versammlung der Deutschen Volkspartei, sprach am Freitagabend der Spitzenkandidat des Wahlkreises Düsseldorf-Ost, Dr. h.c. Königeter. In seinen außerordentlich interessanten, sachlichen Ausführungen betonte der Redner, daß sich die Deutsche Volkspartei in die nationale Front einordne.

4.3. GA

Aufmarsch der NSDAP.

In einem Aufruf der vorliegenden Nummer gibt die Ortsgruppe der NSDAP einen Aufmarsch für heute Nachmittag, am Vortag der Entscheidung über das deutsche Schicksal,

bekannt. Nach Beendigung des Aufmarsches gegen 7 Uhr wird auf dem Gemeindeplatz am Ganspohl ein großes Feuer angezündet, bei dem Pg. Neufang abschließende Worte spricht. An die Bevölkerung ergeht die Bitte, die Häuser mit der alten ruhmreichen Fahne schwarz-weiß-rot, oder mit dem Hakenkreuzbanner zu beflaggen.

Dieser Aufruf lautet wörtlich:

" Am Tage des deutschen Erwachens am Sonnabend, dem 4.3., veranstaltet die Freiheitsbewegung Adolf-Hitlers im ganzen deutschen Vaterlande Aufmärsche und Kundgebungen. Auch in Richrath-Reusrath marschiert das junge Deutschland. Nach Beendigung des Aufmarsches, gegen 7 Uhr wird auf dem Gemeindeplatz am Ganspohl ein großes Feuer entfacht. Pg. Neufang, Düsseldorf, wird dort über die Bedeutung des 5. März sprechen.

Deutsche Volksgenossen !

Grüßt die Kämpfer für Deutschlands Ehre und Freiheit!

Grüßt die Kämpfer gegen den bolschewistischen Terror!

Grüßt sie, in dem Ihr Euere Häuser beflaggt mit dem Hakenkreuzbanner oder den alten ruhmreichen Farben schwarz-weiß-rot.

Um 8 Uhr wird der Führer des deutschen Volkes und Reichskanzler Adolf Hitler noch einmal vor der letzten großen Entscheidung einen Appell an das deutsche Volk richten. Allen denen, die kein Radio besitzen, wird Gelegenheit geboten, die Rede des Reichskanzlers im Saale Richter in Immigrath und im Lokale Wagner in Langenfeld zu hören.

Eintritt frei !

Auf zum letzten Sturm ! Wählt Liste 1 ! "

General-Anzeiger vom 5.3.1933

## LANGENFELD

### Die Reichs- und Landtagswahlen am 5. März 1933

Die Abstimmungszeiten für die Reichs- und Landtagswahlen am 5. März dauern von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und am Abstimmungstage im Abstimmungsraume den Stimmberechtigten ausgehändigt. Die Stimmabgabe erfolgt in der bisherigen Weise durch das Einzeichnen eines Kreuzes in den Wahlvorschlag, dem der Wähler seine Stimme geben will.

Für die Wahlen ist die Gemeinde wieder in 11 Stimmbezirke eingeteilt:

Berghausen, kath. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Paul Basum, Berghausen, Stellvertreter  
Adam Schott, Wollshagen;

Klithrath, kath. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Rochus Michel, Stellvertreter Friedr. Klop-  
haus Jun., beide Klithrath;

Wiescheid, evangel. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Karl Kloos, Stellvertreter Rud. Lis-  
sam, beide Landwehr;

Zimmigrath I, evangel. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Ernst Staller, Stellvertreter Karl Vld.,  
beide Zimmigrath;

Zimmigrath II, kath. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Hermann Wilten, Stellvertreter Dr.  
Otto Kohnmann, beide Zimmigrath;

Langensfeld I, kath. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Artur Paas, Stellvertreter Michael  
Lambeck, beide Langensfeld;

Langensfeld II, evangel. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Ernst Felsing, Stellvertreter Christian  
Geuß, beide Langensfeld;

Neusrath, kath. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Johannes Boennede, Stellvertreter Richard  
Gierlich, beide Neusrath;

Gieslenberg, kath. Schule. Abstimmungs-  
vorsteher Wilhelm Willems, Stellvertreter Jacob  
Beder, beide Gieslenberg;

Gasthausen, Anstalt. Abstimmungs-  
vorsteher Dr. Richard Seltels, Stellvertreter Dilo Schaum-  
burg, beide Gasthausen;

Krankenhaus Klithrath. Abstimmungs-  
vorsteher Jakob Rotterdam, Stellvertreter Josef Kruchen,  
beide Klithrath.

In der Abgrenzung der Stimmbezirke sind  
Veränderungen nicht eingetreten, so daß diese als  
bekannt voraus gesetzt werden kann. Jeder  
Wahlberechtigte hat außerdem seine Benachrich-  
tigungskarte über die Eintragung in die Wähler-  
liste erhalten, die ja zugleich als Ausweis bei  
der Wahl dient. Auf dieser Karte ist das Wahl-  
lokal vermerkt, in dem die Stimmabgabe zu er-  
folgen hat.

Durch die weiter unten gemeldete Festnahme  
kommunistischer Funktionäre ergeben sich auch  
Veränderungen im Wahlvorstand bei den Stell-  
vertretern der Wahlvorsteher und zwar wie folgt:

Berghausen nunmehr Gerh. Stod; Wiescheid  
nunmehr P. Stralkowski; Zimmigrath, evang.  
Schule nunmehr Friedr. Godel und Langensfeld,  
kath. Schule nunmehr Jos. Warscheid.

△ Festnahme kommunistischer Funktionäre.  
So weit wir in Erfahrung bringen konnten,  
ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch  
auch in unserer Gemeinde eine Anzahl kommunistischer Funktionäre festgenommen und dem  
Amtsgericht Opladen zugeführt worden. Wie  
weit verbotenes Schriften- und Propaganda-  
material von der KPd bei ihnen vorgefunden  
wurde, war nicht zu ermitteln.

△ Inzidentstellung von Hilfspolizei auch in  
unserer Gemeinde. Aufgrund des ministeriellen  
Erlasses ist auch in unserer Gemeinde eine In-  
zidentstellung von Hilfspolizei erfolgt, und zwar  
in einer Stärke von 15 Mann, soweit wir dar-  
über näheres erfahren konnten. Ein Teil dieser  
Hilfspolizei ist am Mittwoch verpflichtet wor-  
den.

△ Wesentliche Wählerversammlung der D.  
P. K. Wie bereits durch Anzeige bekannt ge-  
macht, ladet die Deutsche Volkspartei für Frei-  
tag, dem 3. März, abends 8 Uhr zu einer öffent-  
lichen Wählerversammlung in die Gaststätte  
Wieber ein. Es spricht in dieser Dr. h. c. Eu-  
gen Königeler, der Spitzenkandidat des  
Wahlvorschlages Düsseldorf-Ost zum Reichstag  
über das Thema: „Die Deutsche Volkspartei und  
die Reichstagswahl“. Der Eintritt ist frei.

○ Rund 100 Festnahmen im Rhein-Wupper-  
kreis. Im Opladener Gefängnis befanden sich  
zur Zeit rd. 100 kommunistische Funktionäre und  
Stadivorderordnete aus dem ganzen Rhein-Wupper-  
kreis, die im Verlauf der polizeilichen Aktion  
gegen die KPd am Dienstag abend und Mitt-  
woch in Schutzhaft genommen wurden. Wegen  
Überfüllung der Opladener Gefängnisräume  
sind gestern einzelne Strafgefangene nach  
Düsseldorf überführt worden.

5. März 1933

- a) Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933  
in der Gemeinde Richrath-Reusrath.  
b) Daneben das Ergebnis im gesamten Deutschen Reich.

	Richrath- Reusrath:	Deutsches Reich Stimmenanteil in %:
Gültige Stimmen	9.085	
NSDAP	3.096 = 34,1 %	43,9 %
SPD	347 = 3,8 %	18,3 %
KPD	1.941 = 21,4 %	12,3 %
Zentrum	3.343 = 36,8 %	11,2 %
Kampf-Front Schwarz-Weiß-Rot	214 = 2,4 %	8,0 %
DVP	87 = 0,9 %	1,1 %
Christl-sozialer Volksdienst	29 = 0,3 %	1,0 %
Andere Parteien	28 = 0,3 %	4,2 %

Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist, daß sich in der Gemeinde Richrath-Reusrath das Zentrum als stärkste Partei durchzusetzen vermochte.

6.3. GA

Wahlergebnis des 5.März.

Noch einmal vor den entscheidungsvollen Stunden wurde das deutsche Volk aufgerufen, um seinen Willen zur Einheit, zur Selbsterhaltung und zur Rettung aus Not und Bedrängnis zu bekunden. Überall in deutschen Landen marschierte das junge Deutsöhländ mit der Frontgeneration und von den Höhen in West und Ost, Süd und Nord leuchteten die Feuer als Fanale gegen den nächtlichen Himmel, kündeten, daß nun eine neue Zeit anbrechen soll. Von den Häusern wehen die Fahnen in den alten ruhmreichen Farben schwarz-weiß-rot oder das Hakenkreuzbanner in den gleichen Farben.

Und dann marschierten Millionen beseelt von dem einen Gedanken, deutsches Schicksal zum Besseren zu wenden. So auch in unserer Gemeinde.

- Auf dem Gemeindeplatz letzte mahnende Worte zur Pflichterfüllung an jeden in diesen entscheidenden Stunden - Nation im Aufbruch.

Das Volk hat die Bedeutung dieser Wahl erkannt, denn schon in den Vormittagsstunden zeigte es sich, daß mit einer außerordentlichen Wahlbeteiligung gerechnet werden konnte. Bis in die Mittagsstunden hatten bereits 50% der Wähler ihre Pflicht erfüllt und auch die Lauen und Unentschiedenen dürften diesmal den Weg zur Wahlurne gefunden haben.

Der Wahltag selbst ist in unserer Gemeinde ruhig verlaufen. Polizei und Hilfspolizei waren restlos eingesetzt und dürften allen dunklen Elementen die Lust zu Unruhestiftungen genommen haben. Durch die starke Wahlbeteiligung war der Verkehr auf den Straßen außerordentlich lebhaft.

Da diesmal zwei Wahlen auszuzählen waren, verzögerte sich die Feststellung der Ergebnisse, was bei der verständlichen Spannung keine geringe Geduldsprobe bedeutete.

### 6.3.

Reichsbanner und Eiserne Front werden in Thüringen verboten. Verbote dieser Organisationen in anderen Ländern folgen.

### 6.3. GA

Nationalsozialistische Beamtenarbeitsgemeinschaft gegründet.

In einer am Freitagabend im Lokale Wagner stattgefundenen Versammlung der Beamten in unserer Gemeinde hielt Oberpostsekretär Wagner, Düsseldorf, einen Vortrag über "Nationalsozialismus und Berufsbeamtentum", der von den zahlreichen anwesenden Beamten aller Kategorien mit großem Interesse verfolgt wurde. Der Redner führte aus, daß das Beamtentum unter den bisherigen Machthabern zum Prügelknaben deklariert worden sei. Das werde unter nationalsozialistischer Führung anders werden.

Der Eindruck des Vortrages und der Aussprache geht am besten daraus hervor, daß sich am Schlusse 33 neue Mitglieder zur Aufnahme anmeldeten, so daß nunmehr eine eigene örtliche Beamtenarbeitsgemeinschaft für die Gemeinde mit einem Gesamtmitgliederbestand von 39 Mitgliedern gebildet werden konnte.

8.3. GA

Vom Rathaus und von der Gasanstalt wehen Hakenkreuzfahnen. Am Dienstagnachmittag marschierten SA und SS in geschlossenem Zuge vor dem Rathaus auf, wo sich bereits die Amtsleiter, Mitglieder der NSDAP und eine große Menschenmenge eingefunden hatten. Mit dem Absingen der ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes und des Deutschland-Liedes ging das Hakenkreuzbanner an der Fahnenstange auf dem Dache des Rathauses hoch. Vom Rathaus erfolgte dann geschlossener Abmarsch zum Gaswerk, wo die Hissung des Banners am großen Gaskessel in der gleichen Weise erfolgte.

9.3. GA

Polizeimeister Holtschneider tritt in den Ruhestand. Am 1. April ds. Js. tritt der Polizeimeister Heinrich Holtschneider wegen Erreichung der Altersgrenze nach 33<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren Gesamtdienstzeit, davon 32 Jahre in Richrath-Reusrath, in den Ruhestand. Mit ihm scheidet ein zuverlässiger und tüchtiger Beamter aus dem Dienst. Zu seinem Nachfolger ist der Oberwachtmeister der Essener Schupo, Gottlieb Köppel, einberufen. Aus Sparsamkeitsgründen wird die Polizeimeisterstelle gleichzeitig in eine Hauptwachtmeisterstelle umgewandelt.

9.3. GA

Anzeige:

N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Richrath-Reusrath

Am Donnerstag, dem 9. März 1933,

abends 8 Uhr in der Wilhelmshalle

Große öffentliche Wahlkundgebung

Kreisleiter Straßweg M.d.L. spricht:

"Wir erobern die Rathäuser"

Ebenfalls sprechen eine Anzahl unserer Kandidaten.

Unkostenbeitrag 20 Pfg. Erwerbslose frei.

9.3.1933

Hitlers Regierung läßt im Reichstag die Mandate der KPD annullieren. Nur dadurch verfügt die NSDAP mit ihren 288 Sitzen über die absolute Mehrheit von jetzt nur noch 566 Reichstagsabgeordneten. Die Annullierungen der Land- und Kreistagsmandate der KPD folgen. Gegen alle Abgeordneten der KPD werden Haftbefehle erlassen.

10.3. GA

Das Hakenkreuzbanner auf dem kommunistischen Jugendheim im Block.

Am Donnerstagnachmittag wurde das kommunistische Jugendheim im Block von der SS der NSDAP besetzt und in Besitz genommen. Vom Gebäude weht nun das Hakenkreuzbanner. Bei der Inbetriebnahme wurden in den oberen Räumen drei fertige Säрге gefunden. Da das Auffinden von Särgen in kommunistischen Gebäuden auch aus anderen Orten gemeldet wurde, ist wohl anzunehmen, daß hier nach ganz bestimmten Anweisungen einer Zentrale gehandelt worden ist. Dieser Fund berechtigt zu allen möglichen Schlüssen.

10.3. GA

N.S.D.A.P.  
Ortsgruppe Richrath-Reusrath

Am Sonnabend, dem 11. März 1933, abends 8.30 Uhr:

"Große Mittelstandskundgebung"

in Langenfeld im Hause Wagner.

Pg. Neufang, Düsseldorf, spricht über

"Die Wahl am 12. März und ihre Bedeutung für  
Handel und Gewerbe."

Bei der Wichtigkeit liegt das Erscheinen im eigenen Interesse einen jeden Mittelständlers.

Kampfbund für den deutschen Mittelstand.

Bergische Post vom 10.3.1933

## Umt. Richrath-Neusrath

An alle unsere kath. Mitbürger  
der Gemeinde Richrath-Neusrath.

Als Gemeindebürger, vor allem als katholische Bürger, haben wir die ernste Pflicht, nicht bloß das Wahlrecht auszuüben, sondern katholische Volksvertreter zu wählen, die gewillt und befähigt sind, die Gemeindepolitik nach katholischer Welt- und Lebensauffassung zu gestalten. Es gibt aber nur eine Partei, in deren Programm die Vertretung der katholischen Belange einen wesentlichen Bestandteil darstellt.

Das ist die Zentrums-Partei, deren weltanschauliche Linie von den Tagen unseres Windthorst bis auf Brüning und Kaas ganz konsequent in ein und derselben Richtung verläuft. Wir leben in einer außerordentlich schweren und besorgten Zeit, der gegenüber der katholische Mensch im öffentlichen und namentlich im gemeindlichen Leben eine schwere Verantwortung zu tragen hat, aber auch echten und rechten Bekennermut zu zeigen verpflichtet ist. Jede Gemeinde hat Aufgaben zu erledigen, die der Katholik nur im Geiste seiner Weltanschauung lösen helfen darf. Darum darf er auch nur einer solchen Partei seine Stimme geben, die ihren Kandidaten die Ver-

tretung christlicher und katholischer Belange ausdrücklich zur Pflicht macht. Auch in der kleinsten Gemeinde kommen neben den Fragen, die mit Politik nichts zu tun haben, gar manche zur Entscheidung, die mit der Parteilassung und der Weltanschauung des einzelnen, d. h. mit der Religion aufs engste zusammenhängen. Es gilt auch in der kleinsten Gemeinde in Angelegenheiten, worüber der Gemeinderat zu beschließen hat (Schule, Jugendfürsorge, Kranken-, Wohlfahrts- und Waisenfürsorge usw.), die christlichen, katholischen Grundsätze zu vertreten und zu verteidigen.

Mit Christus oder ohne Christus?

Das ist die Frage, die wir auch bei den Gemeindevahlen zu entscheiden haben und die uns mit zwingender Notwendigkeit den Weg weist zur christlichen Volkspartei, zum Zentrum. Drum: Katholische Männer und Frauen! Katholisches Jungvolk!

Heraus zur Wahl am 12. März!

Werbt für die Liste des Zentrums in Euren Freundes- und Bekanntenkreisen; vor allem aber wählt selber diese Listen mit allen Euren Angehörigen!

Kein verantwortungsbewusster Katholik darf deshalb zurückbleiben!

10.3. GA

Wir erobern die Rathäuser.

Kundgebung der NSDAP.

Wer geglaubt hatte, daß die Kommunalwahl nicht das Interesse finden würde wie die großen politischen Wahlen, wurde am Donnerstagabend in der Kundgebung der NSDAP eines anderen belehrt. Bei Stuhlreihen, da anders dieser Platz nicht mehr ausreichte, um die Menge zu fassen. Ortsgruppenleiter Schreiner eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß der 7. März ein historischer Tag für die Gemeinde gewesen sei, da an diesem Tag das Hakenkreuzbanner auf dem Rathaus gehißt wurde. Die Schmach von 14 Jahren sei nun vorbei.

Anschließend erhielt Kreisleiter Straßweg, der hier schon bekannt ist, das Wort. Seine volkstümlichen und klaren Ausführungen fanden die Zustimmung der Versammlung, das die Beifallsäußerungen während der Rede zu erkennen gaben. Wie er selbst sagte, wolle er nicht viel über Kommunalpolitik reden, weil er nicht liberal-bürgerlich denke.

10.3. GA

Unter der Bürgerliste vereinigten Gruppen:

DVP., Hindenburgbund, Stahlhelm B.d.F., V.R.F., W.P. veröffentlichen folgende Erklärung, in der sie die Wähler bitten, für die Wahl zur Amtsvertretung Richrath-Reusrath ihre Liste Nr. 29 nicht zu wählen. Alle Versuche, mit der Deutsch-Nationalen-Partei zu einer Einigung für eine gemeinsame Liste zu kommen, um dadurch der Gesamtheit der bürgerlichen Wähler ein Mandat in der Amtsvertretung zu sichern, seien gescheitert.

Ergebnis der Wahl zur Amtsvertretung der Gemeinde  
Richrath-Reusrath vom 12. März 1933:

	Stimmenanteil:		Sitzver- teilung:
NSDAP	3.415	= 42,9 %	11 Sitze
SPD	236	= 3,0 %	-
KPD	1.185	= 14,9 %	4 Sitze
Zentrum	2.956	= 37,2 %	9 Sitze
Kampffront schwarz-weiß-rot	126	= 1,6 %	-
Nationale Bürger- liste	36	= 0,4 %	-
Gültige Stimmen	7.954	100,0 %	24 Sitze

# LANGENFELD

## Ueberlegener Sieg der NSDAP.

Während die alten schwarz-weiß-rotten Fahnen auf Halbmaß im Winde wehen, den Millionen zum Gedächtnis, die im Schrecklichsten aller Kriege ihr Leben ließen nur für Deutschland, ist das Volk an diesem erinnerungsschweren Tage noch einmal zur Wahlurne gerufen worden, um dem Erneuerungswillen auch in den kleinsten Zellen des Staates, in den Gemeinden, zum Durchbruch zu verhelfen. So hatte dieser Tag doppelte Bedeutung. Aus dem Leid der Jahre des Weltkriegs ist nun die reine Saat aufgegangen. Das Opfer der Helden ist nicht umsonst gewesen. Und so neigen wir uns in Achtung und Ehrfurcht vor den alten ruhmreichen Farben und dem ebenfalls kampfgelächelten Banner des neuen Deutschland, die uns den Anbruch einer neuen Zeit künden. Unter ihren Farben soll mit neuer Hoffnung die Aufbaubarkeit beginnen, damit zur Wahrheit werde, was das deutsche Volk in all den Jahren erlähnt: „Herr mach uns frei.“

Der Sonnabend brachte noch einmal einen Marsch der SA und SS durch die Gemeinde. Am Rathaus wurde in feierlicher Flaggenparade gemäß Befehl des Kanzlers das Hakenkreuzbanner eingeholt. Dann flogen unter den Klängen des Deutschlandliedes die alten Reichsfarben am Mast empor. Symbolische Handlungen, die unsere Jugend nach all den Jahren erst jetzt kennen und verstehen lernen wird. So wird auch bei ihr der Glaube an Deutschlands Größe und Herrlichkeit reifen, da der Geschichte keine gleichwertige Gegenwart gegenüberstand. Der Vormittag galt dem Gedenken der Toten auch im äußeren Rahmen. In den Kirchen fanden gutbesuchte Gedächtnisgottesdienste statt. Am Ehrenmal, wo ebenfalls die alten Fahnen halbmaß wehten, hatte die Arbeitsgemeinschaft der militärischen Vereine einen schlichten Grünkranz mit Schleifenwirkung niederlegen lassen.

Das Wahlgeschäft war am Vormittag gegenüber dem letzten Sonntag erheblich schwächer, setzte dann aber am Nachmittag ziemlich lebhaft ein. Die Wahlbeteiligung vom vergangenen Sonntag wurde aber nicht mehr erreicht. In den einzelnen Wahlbezirken hatte man erfreulicherweise für eine rasche Auszählung Sorge getragen, so daß das Gesamtergebnis für die Gemeinde schon kurz nach 8 Uhr vorlag. Sieger des Wahlkampfes für die Amtsvertretung ist die NSDAP, wie es auch zu erwarten war. Der Verzicht der Nationalen Bürgerliste hat der NSDAP eine recht beträchtliche Anzahl an Stimmen zugeführt, neben denen, die sie noch von den anderen Parteien erhalten hat, da bei diesen die Verluste ungemein hoch sind. So verloren gegen die Reichstagswahl die SPD 111, die KPD 756, das Zentrum 387 und die Kampffront 88.

An Stimmen entfielen für die Wahl zur Amtsvertretung auf die NSDAP 3415 (3096), SPD 236 (347), KPD 1185 (1941), Zentrum 2956 (3343), Kampffront schwarz-weiß-rot 128 (214), Nationale Bürgerliste 36. Die Nationale Bürgerliste hatte beknüppelt gebeten, von der Wahl ihrer Liste abzusehen, um eine Stimmentzerrückung zu vermeiden. Dieser Aufforderung ist die Mehrheit der Wähler dieser Liste gefolgt.

Wir fassen nun die Ergebnisse aus den einzelnen Wahlbezirken folgen:

Berghausen: Wahlberecht. 894, abgegeben. Stimmen: NSDAP 217 (181), SPD 9 (24), KPD 45 (89), Zentrum 285 (314), Kampffront schwarz-weiß-rot 2 (9).

Rickrath: Wahlber. 1636, abgeg. St.: NSDAP 492 (410), SPD 16 (34), KPD 180 (374), Zentrum 532 (632), Kampffront 9 (19), Nat. Bürgerliste 10.

Wiescheid: Wahlberecht. 1001, abgeg. Stimmen: NSDAP 363 (337), SPD 20 (80), KPD 293 (368), Zentrum 102 (100), Kampffront 4 (13), Nat. Bürgerliste 1.

Immigrath: evangel. Schule. Wahlber. 1850. NSDAP 570 (523), SPD 43 (64), KPD 221 (336), Zentrum 236 (266), Kampffront 27 (30), Nat. Bürgerl. 5.

Immigrath, kathol. Schule. Wahlber. 1949, abgeg. Stimmen: NSDAP 488 (424), SPD 27 (35), KPD 123 (207), Zentrum 501 (576), Kampffront 19 (41), Nat. Bürgerl. 2.

Langenfeld, kathol. Schule. Wahlber. 1008, abgeg. Stimmen: NSDAP 370 (337), SPD 12 (20), KPD 137 (223), Zentrum 285 (311), Kampffront 3 (12), Nat. Bürgerl. 5.

Langenfeld, ev. Schule. Wahlber. 1160, abgeg. Stimmen: NSDAP 525 (485), SPD 27 (30), KPD 89 (175), Zentrum 289 (331), Kampffront 23 (38), Nat. Bürgerl. 11.

Neusrath: Wahlber. 1028, abgeg. St.: NSDAP 277 (269), SPD 3 (11), KPD 62 (126), Zentrum 396 (434), Kampffront 12 (27), Nat. Bürgerl. 1.

Gieslenberg: Wahlber. 415, abgeg. Stimmen: NSDAP 78 (82), SPD 10 (16), K. P. D. 23 (35), Zentrum 195 (213), Kampffront 19 (11).

Galkhausen: Wahlber. 205, abgeg. Stimmen: NSDAP 41 (34), SPD 19 (33), K. P. D. 2 (3), Zentrum 64 (81), Kampffront 8 (13), Nat. Bürgerliste 1.

Krankenhaus Rickrath: Wahlber. 78, abgeg. Stimmen: NSDAP 14 (4), KPD 1 (6), Zentrum 70 (85), Kampffront — (1).

Nach dem Stimmenergebnis entfallen auf die NSDAP 13 (—), Zentrum 9 (13), und KPD 4 (5 einschl. Opposition). Die SPD, die in der aufgelösten Amtsvertretung noch einen Sitz hatte, fällt aus. Ebenjowenig konnte die Kampffront schwarz-weiß-rot, wie vorausgesehen war, einen Sitz erlangen.

Als Amtvertreter sind gewählt von der NSDAP: Staller, Ernst, Immigrath, Schreiner Paul, Landwehr, Alfred Eduard, Langenfeld, Gierkhs Richard, Neusrath, Warscheid Josef, Langenfeld, Luig Peter, Langenfeld, Kloos Karl, Landwehr, Wolf Rudolf, Immigrath, Klaar Fritz, Immigrath, Kelling Ernst, Langenfeld, Emonts Peter, Landwehr. — Zentrum: Eich Peter, Immigrath, Theisen Hermann, Neusrath, Fröpper Gerh, Langenfeld, Doppha Johann, Rickrath, Dr. Prigge Oskar, Immigrath, Büllen Mathias, Wehrbruch, van Heuleum Josef, Rickrath, Herbergh Fritz, Rickrath, Korfmaier Philipp, Berghausen. Ob und wer von der KPD in die Amtsvertretung einzieht, wissen wir nicht, da sich noch ein Teil der Spitzenlandbaten in Haft befindet.

12.3.1933

Vom Reichspräsidenten Hindenburg werden anstelle von Schwarz-Rot-Gold die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzflagge zu den offiziellen Reichsfarben erklärt.

13.3. GA

© Die „Bergische Post“ beschlagnahmt. Die Samstagsausgabe der „Bergischen Post“ ist in der Druckerei in Berg-Glabbech, wo die Zeitung gedruckt wird, am Samstag beschlagnahmt worden. Ueber ein weiteres Verbot des Blattes ist bisher noch nichts bekannt geworden.

13.3. GA

Kampfbund für den deutschen Mittelstand gegründet. Die Ortsgruppe der NSDAP hatte für Freitag in das Haus Wagner eine Mittelstands-Kundgebung einberufen, die sich eines sehr guten Besuches erfreuen konnte. Nach dem Referat von Pg. Neufang, Düsseldorf, meldeten sich 38 Mittelständler aus der Gemeinde zur Aufnahme an, so daß sofort eine Ortsgruppe des Kampfbundes für den deutschen Mittelstand gegründet werden konnte.

13.3. GA

Ziviler Luftschutz in der Gemeinde.

Wie schon gemeldet, soll auch in unserer Gemeinde eine Organisation des "Zivilen Luftschutzes" geschaffen werden. Die erste vorbereitende Besprechung findet morgen, Dienstagabend 8 Uhr, in der Wilhelmshalle statt.

# Reichsgesetzblatt

103

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 17. März 1933	Nr. 21
<b>Inhalt:</b>		
Erlaß des Reichspräsidenten über die vorläufige Regelung der Flaggenhissung. Vom 12. März 1933		103
Verordnung des Reichspräsidenten über Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen. Vom 13. März 1933		103
Erlaß über die Errichtung des Reichsministeriums für Volkserziehung und Propaganda. Vom 13. März 1933		104
Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf die Finanzämter. Vom 10. März 1933		104
Bekanntmachung einer Entscheidung des Reichsfinanzhofs auf Grund des Artikels 13 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs mit dem § 6 Abs. 1 des Finanzgerichtsgesetzes. Vom 10. März 1933		104
Verordnung über Stellensperre in der Knappschaftlichen Versicherung. Vom 14. März 1933		104
Sonder-Ausführungsvorordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 14. Februar 1933. Vom 14. März 1933		104

## Erlaß des Reichspräsidenten über die vorläufige Regelung der Flaggenhissung. Vom 12. März 1933.

Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten schwarz-weiß-rotten Fahnen zu Ehren unserer Befallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tage bis zur endgültigen Regelung der Reichsfahnen die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge *g e m e i n s a m* zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reichs und die kraftvolle Wiedergeburt der Deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern!

Die militärischen Gebäude hissen nur die Reichs-kriegsflagge.

Berlin, den 12. März 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

## Verordnung des Reichspräsidenten über Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen. Vom 13. März 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

### Artikel 1

Im Fünften Teil Kapitel I der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 537, 554) in der Fassung, die sich aus den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 699, 716), 19. März 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 135, 140) und 4. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 425, 430) ergibt,

I. wird Artikel 5 durch folgende Vorschrift ersetzt:

„(1) Die Landesregierungen sind bis zum 31. Dezember 1933 ermächtigt, über die Vorschriften des Artikels 1 hinaus bei den Spar-

und Girokassen, kommunalen Kreditinstituten und Giroverbänden sowie bei den Girozentralen die zu einer zweckmäßigen Gestaltung der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere bestehende Satzungen zu ändern oder neue Satzungen einzuführen. Sie können zu diesem Zwecke insbesondere Einrichtungen und Anstalten aufheben, zusammenlegen und neu begründen; sie dürfen jedoch nicht ohne Einwilligung des Reichswirtschaftsministers kommunale Einrichtungen und Anstalten auf staatliche oder privatrechtliche Einrichtungen und Anstalten überführen oder in solche umwandeln. Die Landesregierungen können bei ihren Maßnahmen von dem bestehenden Landesrecht abweichen.

(2) Für Rechtsabhandlungen, die durch Maßnahmen im Sinne des Abs. 1 veranlaßt werden, erheben Reich, Länder und Gemeinden keine Steuern, Abgaben oder Gebühren.“

II. werden im Artikel 9 die Worte „31. März 1933“ durch die Worte „31. Dezember 1933“ ersetzt.

### Artikel 2

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. März 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Frick

Der Reichswirtschaftsminister  
Sugenberg

Der Reichsminister der Finanzen  
Graf Schwerin von Krosigk

13.3. GA

Vertreter aus unserer Gemeinde im Kreistag.

Nach dem vorliegenden Ergebnis der Wahl zum Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises ziehen als Kreistagsabgeordnete aus unserer Gemeinde in den Kreistag ein;

Von der NSDAP: Paul Schreiner, Fabrikant, Landwehr,  
Vom Zentrum : Karl Knupp, Vorarbeiter, Richrath,  
Philipp Korfmacher, Landwirt,  
Berghausen.

15.3.1933 Bergische Post

An unsere treuen Leser !

Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung, daß wir Ihnen seit Samstag keine Zeitung zugestellt haben.

Wir waren am Erscheinen gehindert.

Wir bitten daher unsere treuen Leser um Verständnis dafür, daß wir Ihnen erst heute wieder unsere Zeitung zustellen können.

Redaktion und Verlag.

16.3. GA

Ziviler Luftschutz. Schaffung einer Organisation.

Wie wir schon mitteilen konnten, ist die Anregung ergangen auch in unserer Gemeinde eine Organisation zu schaffen, die sich in den Dienst des Deutschen Luftschutzverbandes stellt. Aufgabe dieser Organisation soll sein, die Bevölkerung rechtzeitig zu warnen und die Zahl der Opfer und der Schäden im Ernstfalle so weit als möglich einzuschränken. Auf die ergangene Einladung hin versammelten sich am Dienstagabend im Lokale Kulemann ein großer Kreis von Interessenten zu der vorbereitenden Besprechung.

General-Anzeiger 14.3.1933

## LANGENFELD

### Arbeitsbeschaffung

Im Rahmen des Gerede-Programms hat Bürgermeister Kreuzsch aufgrund der ihm zustehenden Ermächtigung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, bei dem nach Lage der Umstände zu hoffen ist, daß die dafür bereits gestellten Anträge genehmigt werden. Durch diese Arbeiten würden nicht nur wünschenswerte und notwendige Verbesserungen innerhalb der Gemeinde geschaffen, sondern es würde vor allem für eine Reihe von Arbeitern und Handwerker Arbeit und Verdienst erreicht werden.

Zur Arbeitsbeschaffung nach dem Gerede-Sofort-Programm hat Bürgermeister Kreuzsch beantragt:

a) den Ausbau des Fahler Weges in Immigrath, b) die Fertigstellung der Winkelstraße in Nischrath.

Das erste Projekt erfordert einen Kostenaufwand von 28 500 Mark, das zweite 14 000 M., also zusammen 40 500 M. Der Kapitalsdienst ist folgender: 25 Jahre Laufzeit beginnend am 1. Juli 1935, 4 Prozent Amortisation, 1 Prozent Verwaltungskostenbeitrag von der ursprünglichen Summe, im übrigen zinslos. Die Belastung würde somit betragen 1 Prozent von 40 500 Mark = 405 M. jährlich und 4 Prozent Amortisation = 1620 Mark jährlich pp.

Zu den Projekten wäre folgendes zu sagen: Am Fahler Weg liegen zwei Schulen, weiter sind im Laufe der Jahre 11 Wohnhäuser an demselben entstanden. Der Weg ist schon heute eine wertvolle Verbindung zwischen Nischrath und dem oberen Teil von Immigrath unter Berücksichtigung der ersetzten Zeitersparnis. Im gegenwärtigen schlechten Zustande entspricht er aber nicht den Anforderungen eines ausgehauenen Weges, sondern er ist fast noch ein reiner Feldweg. Beim Ausbau würden mithin für einen großen Teil der Bevölkerung Erleichterungen geschaffen, die sicher begrüßt werden. Ebenso ist anzunehmen, daß sich an diesem Wege dann auch die Pflanzfähigkeit regen würde. Die Klosterstraße in Nischrath ist bekanntlich im vorigen Jahre mit einem Teil der Winkelstraße ausgebaut worden. Die vollständige Fertigstellung der Winkelstraße schreite an den mangelnden Mitteln. Nischrath hat durch den teilweisen Ausbau der genannten Straßen bereits ein anderes Straßenbild und auch von der Bevölkerung anerkannte Verbesserungen erhalten, die nunmehr zu Ende geführt werden sollen.

Weiter erstrebt Bürgermeister Kreuzsch im Rahmen der Arbeitsbeschaffung eine Zusammenarbeit mit Kreis und Provinz, wobei allerdings nur durchgehende Wege zweiter Ordnung in Frage kommen. Er hat sich eingelebt für den Ausbau der Straße Nischrath Reichenstein — Baumberg und hofft hierfür ebenfalls Beihilfen herein zu bekommen. Diese Straße würde dann eine Teer-Makadam-Decke im Zweischichten-Verfahren, Kalkeinbau im gewalzten Zustande, 5 Zentimeter stark mit Asphalt-Sandabschluß, erhalten. Bei diesem Projekt übernimmt die Provinz ein Drittel des Kapitalsdienstes endgültig und tritt dem Geldgeber (Gesellschaft für öffentliche Arbeiten) gegenüber als alleiniger Schuldner auf. Die übrigen Zweidrittel werden aus dem Anteil des Aufkommens der Kraftfahrzeugsteuer gedeckt. Im übrigen ist der Kapitalsdienst derselbe wie beim Gerede-Sofort-Programm, also Amortisation ohne Zinsen.

Die Entscheidung für die eingangs genannten Projekte dürfte schon in Kürze fallen, so daß voraussichtlich mit dem Arbeitsbeginn noch in diesem Frühjahr gerechnet werden kann.

General-Anzeiger vom 14.3.1933

△ Die Auswirkung der Wahlen. Bei der am Sonntag getätigten Wahl zur Amtsvertretung hat sich ein Wandel in den Mehrheitsverhältnissen vollzogen, der nicht nur in der Amtsvertretung, sondern vor allem in der Kleinarbeit seinen sichtbaren Ausdruck finden wird. So steht durch das Wahlergebnis fest, daß den ersten Beigeordneten der Gemeinde, der im Behinderungsfalle den Bürgermeister vertritt, die NSDAP stellen wird. Ebenso hat sie durch die Zahl ihrer Sitze in der Amtsvertretung den Mehrheitsanspruch bei der Bildung der einzelnen Kommissionen, was ebenfalls seine Auswirkung zeigen wird. Die gewählten Amtsvertreter erhalten nun eine Aufforderung seitens der Verwaltung, sich innerhalb von 8 Tagen zu erklären, ob sie das durch die Wahl auf sie gefallene Amt annehmen. Nach dieser Frist erfolgt dann öffentliche Bekanntgabe der neuen Amtsvertreter, an die sich wieder eine öffentliche Einspruchsfrist von 14 Tagen anschließt. Nach Ablauf dieser Fristen kann dann die Einberufung der ersten Sitzung der Amtsvertretung erfolgen, die wohl auch etwa Mitte April stattfinden wird. Bei der NSDAP findet eine Verschiebung statt, da die Herren Müller, Karl, und Ebert, Hermann, die der SS angehören, aufgrund einer neuen Verfügung der Parteileitung in die Amtsvertretung nicht eintreten. Wir hatten darum schon bei unserer gestrigen Bekanntgabe die nachfolgenden Herren Kelling, Ernst und Emonts, Peter, genannt, die nun in die Amtsvertretung mit einzuziehen. Ob sich beim Zentrum irgendwelche Verschiebungen ergeben, entzieht sich unserer Kenntnis. Nicht uninteressant liegen die Verhältnisse bei den gewählten Vertretern der SPD. Obwohl sich einige noch in Haft befinden, wird auch an diese die Zustellung zur Erklärung über die Amtsannahme erfolgen. Nehmen dieselben an, so sind sie zunächst an der Ausübung ihres Amtes behindert. Wie sich überhaupt die Verhältnisse mit der SPD in der Amtsvertretung gestalten werden, ist zunächst noch eine offene Frage.

General-Anzeiger vom 14.3.1933

# Ist es recht?

daß man sich bei der Wahl der Zeitung nicht immer eindeutig für die Ortspresse entscheidet?

**Wenn die Ortspresse versagen würde** oder keine Sorgfalt für die örtlichen und Kreis-Interessen aufbrächte **dann ja.**

**Aber** die Frage muß für unsere Zeitung mit „**Nein!**“ beantwortet werden.

Denn unsere Ortspresse kämpft für den Bestand der heimatlichen Scholle.

**Daher müßte in erster Linie die Heimatzeitung in jedem Haushalt zu finden sein.**

Wer den freien Blick in die Geschehnisse haben will, kann sich nur für eine der folgenden Zeitungen entscheiden.

**Gen.-Anzeiger Leverkusen  
Opladener Zeitung  
Gen.-Anzeiger Langenfeld  
Leichlinger Zeitung**

16.3. GA

Eine Amtsenthebung, die auch hier interessiert.  
Der frühere erste Obersekretär unter Bürgermeister Metzmaker, der jetzige Bürgermeister Schmida in Denklingen ist seines Amtes enthoben worden.

17.3. GA

Arbeitsbeschaffung durch das Verbandswasserwerk.  
Auch das Verbandswasserwerk will sich an der Arbeitsbeschaffung beteiligen und hat deshalb in diesen Tagen durch die behördlichen Stellen Anträge gestellt, um aus dem Gerecke-Arbeitsbeschaffungsprogramm Mittel zu erhalten. Wenn die beantragten Mittel genehmigt werden, sollen eine Reihe von Verbesserungen in der Wasserversorgung der angeschlossenen Gemeinden durchgeführt werden.

20.3. GA

Wir gedenken.

Gefallenen-Ehrung in Reusrath.

Nachdem der für die Gedächtnisfeiern unserer gefallenen Helden festgesetzte Sonntag durch das Wahlgeschäft beeinträchtigt wurde, hatte der Kriegerverein Reusrath für den gestrigen Sonntag Einladungen zu der Gedächtnisfeier ergehen lassen. Die Wiedererstarkung des nationalen Willens des deutschen Volkes fand ihren sichtbaren Ausdruck in der starken Beteiligung der Vereine und Bevölkerung an der Feier.

Das Denkmal war für den Tag würdig hergerichtet. Von den einzelnen Häusern wehten die alten ruhmreichen Fahnen schwarz-weiß-rot, unter denen unsere Helden gestritten, gelitten und in den Tod gegangen sind. Allgemein aber hätte die Beflaggung entsprechend der örtlichen Gedenkfeier umfangreicher sein können.

Auch die Kirchen hatten ihre Fahnen in den kirchlichen Farben auf Halbmast gesetzt.

Die eigentliche Gedächtnisrede hielt Kaplan Paar. Er ging aus von dem Schaffen eines deutschen Dichters, Ludwig Hugin, der dem deutschen Volke ein Spiel "Der Reichssucher" geschenkt habe. Es gibt das Schicksal eines namenlosen Soldaten wieder, der die Geschichte des deutschen Volkes von Bismarcks Reichsgründung durchlebt. Voll tragischer Größe entrollt sich das Lied des Leidens eines Volkes in Kriegs- und Nachkriegszeit. Am Denkmal des Reichsgründers trifft ihn eine verirrte Kugel in der Zeit der Unruhen, sein letzter Atemzug gilt Deutschland. Zur neuen Zeit stellt der Redner die Frage, was jener namenlose Soldat sagen würde. Klar und einfach lautet die Antwort: Deutschland kann nicht untergehen, wenn wir opfern, wie all die Helden, die ihr Leben hergaben für Deutschland.

21.3. GA

Bekanntmachung: Amt Richrath-Reusräth.

Nationale Kundgebung !

Aus Anlaß der feierlichen Eröffnung des Reichstages wird die Bürgerschaft aufgefordert, ihre Anteilnahme an dem geschichtlichen Geschehen zu bekunden, ihre Häuser zu beflaggen und an dem von den nationalen Verbänden veranstalteten Fackelzug, der heute Nachmittag 6.30 Uhr an der Schneiderstraße in Immigrath antritt, teilzunehmen.

Langenfeld, den 21.März 1933

Bürgermeister Kreusch

Nachfolgend hierzu eine Lokal-Notiz aus der gleichen Ausgabe:

Aufruf an die Bevölkerung zum nationalen Feiertag.

Am heutigen Tage tritt in Potsdam, auf geschichtlich geweihtem Boden, der vom Deutschen Volke gewählte neue Reichstag zusammen. Aus Not und Schmach ist ein neues Deutschland entstanden. Der Nationalfeiertag zukunftsweisend für die deutsche Geschichte, soll auch in unserer Gemeinde eine Volksgemeinschaft vorfinden, die über alle bisherigen Gegensätze hinweg, einig in Ständen und Stämmen, sich zum neuen Deutschland die Hände reicht.

Am Abend findet ein Fackelzug mit anschließender Feierstunde im Volkspark unter Leitung und Führung der NSDAP statt. Vom Bürgermeister ergeht an die national-gesinnte Bevölkerung, sowie an die nationalen Vereine der Gesamtgemeinde, insbesondere an die militärischen Vereine, die Schützenvereine, die deutsche Turnerschaft usw. die Bitte, sich mit ihren Fahnen an der Feierstunde bzw. am Fackelzug zu beteiligen, ebenso beteiligen sich am Zuge sämtliche Schulen vom vierten Schuljahre ab.

Die Vertreter der Behörden finden sich um 6.45 Uhr am Ehrenmal in Immigrath ein. Die gleiche Bitte ergeht an die Kriegsbeschädigten, da am Ehrenmal ein Vorbeimarsch stattfindet. Am Denkmal stehen Wagen bereit für die Kriegsbeschädigten, die dann den Weg bis zum Volkspark nicht zu Fuß zurücklegen können.

Der Zug wird gegen 8 Uhr im Volkspark eintreffen wo die nationale Feierstunde stattfindet. Beim Abbrennen des Feuers singen die Kinder im Massenchor "Flamme empor". Nach der Ansprache, zu der die NSDAP einen auswärtigen Redner stellt, gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes.

21.3. GA

Das Rathaus ist heute geschlossen.

Aus Anlaß des nationalen Feiertages sind heute die Diensträume im Rathaus für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Das Standesamt ist jedoch von 10-11 Uhr geöffnet.

21.3. GA

Kameradschaftlicher Abend der Marinekameradschaft.

Am Sonnabend hatte die Marinekameradschaft Immigrath ihre Mitglieder mit Damen und einer Anzahl Gäste in das Vereinslokal Hollweg zu einem kameradschaftlichen Abend eingeladen. Alle waren der Einladung gerne gefolgt, so daß der Vorsitzende, Baurat Tarnow, einen größeren Kreis begrüßen konnte. Er nahm dann weiter Gelegenheit auf die wieder erstarkte Nation hinzuweisen und gab der Freude im Marinekreis Ausdruck, daß die alten Farben schwarz-weiß-rot, die vor und während des Weltkrieges Symbol waren, wieder zu Ehren gekommen sind.

21.3. GA

Polizeikommissar Hentrich beurlaubt.

Wie uns amtlich mitgeteilt, wurde Polizei-Kommissar Hentrich bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt.

22.3. GA

NS-Kriegsopferversorgung.

Auch ein armes Vaterland kann dankbar sein.

Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich die Ortsgruppe des Reichsverbandes Deutscher Kriegsopfer (früher Zentralverband) mit dem Übertritt zur NS-Kriegsopferversorgung.

Der Vorstand hatte sich einstimmig für den Übertritt entschlossen und eine große Versammlung war Mittwoch voriger Woche ins Vereinslokal Wieber einberufen. Dem Rufe war eine große Anzahl der Mitglieder gefolgt, so daß das Lokal überfüllt war. Als Redner sollte an diesem Abend der kommende neue Landrat des Rhein-Wupper-Kreises Gauleiter, Regierungsrat Kropp über die NS-Kriegsopferversorgung sprechen. Infolge der vorstehenden Ernennung zum Landrat war er bedauerlicher Weise verhindert. Er hatte mit seiner Vertretung die Kameraden Waentges und Voltmershausen beauftragt. Beide hielten ein längeres Referat über Zweck und Ziel der NS-Kriegsopferversorgung, das darin gipfelte, daß die nationale Regierung unter Führung des schwerkriegsbeschädigten Kameraden Hitler in den Kriegsopfern den ersten Staatsbürger erblicke, dem auch das arme Vaterland Dank und Ehre schuldet. Der Ausspruch vom Dank des Vaterlandes wird nun in Zukunft nicht nur ein leeres Wort bleiben. Einstimmig und voller Begeisterung wird dem vom Vorstand beantragte Übertritt entsprochen. Der langjährige Vorsitzende Rothaus dankte der Versammlung für den einmütigen Beschluß und übergab die Geschäftsführung dem von der Gauleitung bestätigten Ortsgruppenleiter für die NS-Kriegsopferversorgung, Herrn Benzing.

22.3. GA

Versammlung des Stahlhelm.

Am vergangenen Freitag fand bei Kamerad Störling, die monatliche Pflichtversammlung des Stahlhelm B.d.F. - Ortsgruppe Immigrath - statt. Die Ortsgruppe, welche in den letzten Monaten einen erfreulichen Aufschwung genommen hat und heute 40 Kameraden zählt, war vollständig vertreten.

**Verkaufsstellen**  
**Verkaufsstellen:**  
 Solingen, Körnerstraße 181, Fernnr. 23034, Postfach 100  
 Ohligs: Düsselbühlstraße 43, Fernnr. 33565  
 Wald: Hauptstr. 254, Fernnr. Solingen 23683 - Gedl.  
 Post: Buchhandlg. Datend. -  
 Postfach 11.  
 Wochensprei: monatl. 2,12.  
 Jahrspreis: 24,00. Transportkosten  
 postbezug monatl. 2.

# Bergische Post

Anzeigenpreise: Ortsanzeigen 1 Kilometer 4 Spg.  
 1/2 Kilometer 3 Spg.  
 1/3 Kilometer 2 Spg.  
 1/4 Kilometer 1 Spg.  
 1/5 Kilometer 1 Spg.  
 1/6 Kilometer 1 Spg.  
 1/7 Kilometer 1 Spg.  
 1/8 Kilometer 1 Spg.  
 1/9 Kilometer 1 Spg.  
 1/10 Kilometer 1 Spg.  
 1/12 Kilometer 1 Spg.  
 1/15 Kilometer 1 Spg.  
 1/20 Kilometer 1 Spg.  
 1/25 Kilometer 1 Spg.  
 1/30 Kilometer 1 Spg.  
 1/40 Kilometer 1 Spg.  
 1/50 Kilometer 1 Spg.  
 1/60 Kilometer 1 Spg.  
 1/75 Kilometer 1 Spg.  
 1/100 Kilometer 1 Spg.  
 1/125 Kilometer 1 Spg.  
 1/150 Kilometer 1 Spg.  
 1/200 Kilometer 1 Spg.  
 1/250 Kilometer 1 Spg.  
 1/300 Kilometer 1 Spg.  
 1/400 Kilometer 1 Spg.  
 1/500 Kilometer 1 Spg.  
 1/600 Kilometer 1 Spg.  
 1/750 Kilometer 1 Spg.  
 1/1000 Kilometer 1 Spg.  
 1/1250 Kilometer 1 Spg.  
 1/1500 Kilometer 1 Spg.  
 1/2000 Kilometer 1 Spg.  
 1/2500 Kilometer 1 Spg.  
 1/3000 Kilometer 1 Spg.  
 1/4000 Kilometer 1 Spg.  
 1/5000 Kilometer 1 Spg.  
 1/6000 Kilometer 1 Spg.  
 1/7500 Kilometer 1 Spg.  
 1/10000 Kilometer 1 Spg.

**Ausgabe für Groß-Solingen (Solingen, Ohligs, Wald, Gräfrath, Höhscheid)**  
 Levertuener Volkszeitung + Stadt-Anzeiger Levertuener + Wiesdorfer Volkszeitung  
 Chefredakteur: Dr. Rudolf Grielingdorf

Mittwoch, 22. März 1933

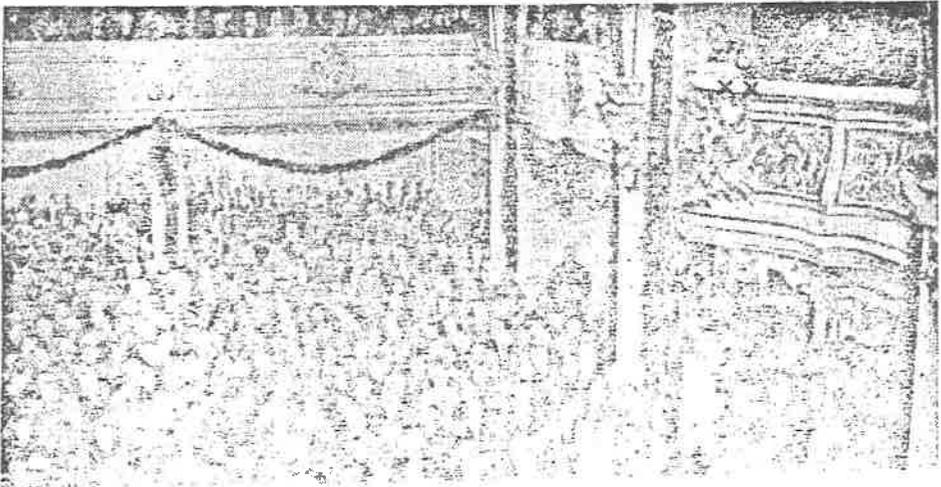
Tageszeitung für das rheinisch-bergische Land.

Nr. 68

## Der nationale Feiertag in Potsdam

**Der Morgen von Potsdam**  
 Potsdam, 21. März. Der  
 in dieser Nacht hat den Regen vertrieben.  
 Nun liegt die Reichshauptstadt, liegt  
 in strahlendem Sonnenschein.  
 Potsdam ist ein einziges Meer von Fahnen.  
 Und dann ist es ein überwältigender  
 Anblick, wenn man plötzlich am Anfang  
 der repräsentativen Königstraße, in  
 die Kaserne des Garde du Corps und  
 Garde-Leibhusaren liegen, vor einer  
 schwebenden Farbeninsonie der Fahnen  
 je mehr man sich dem Stadtzentrum  
 nähert, umso lebhafter wird der Verkehr.  
 Der Wagenverkehr, der auf der Potsdamer  
 Straße von Berlin her schon von 6 Uhr  
 an lebhaft war, verlangsamt sich. Auf  
 der Straße marschieren Kolonnen von Po-  
 lizei, die ihre Posten beziehen. Die  
 Fernomnibusse der Reichspost kom-

gelegenen Hotels haben auf ihren Terrassen  
 Stuhlreihen aufgestellt. Die Fenster der um-  
 liegenden Häuser sind schon besetzt. Alles  
 wartet der großen freudigen Dinge, die  
 dieser Tag bringen soll. Ein beinahe le-  
 bensgefährliches Gedränge herrscht schon  
 jetzt Stunden vor dem Beginn der Feiern  
 in der Umgebung der Garnisonkirche. In  
 den Bäumen der Breiten Straße hängen  
 Lautsprecher. Nur mühsam kommt man vor-  
 wärts. Ganz Vorsichtige haben schon im  
 Morgenrauschen auf dem Bürgersteig posto  
 gefaßt. Hier ist der Standort, von dem man  
 dem großen Ereignis des Tages, den Ab-  
 lauf dieses echten und lebendigen historis-  
 schen Films von Potsdam am nächsten ist.  
 Frauen, Männer und Kinder mit erwartungsfrohen Gesichtern, Fähnchen und Wimpeln in den Händen. Um 8 Uhr wird es ernst. Die Polizei beginnt mit der Durchführung der vorgeschriebenen Absperrungsmaßnahmen. Aber alles vollzieht sich mit



109

General-Anzeiger vom 22.3.1933

## Fadelzug und Feier in Langenseld

Noch steht das deutsche Volk unter dem überwältigenden Eindruck des Einzugsaktes der Eröffnung des neugewählten Reichstages und schon rüsten sich alle nationalgesinnten Kreise in den Gemeinden, um auch örtlich den Willen zur Einheit, zur Volksgemeinschaft zu bekunden. Ein Fahnennetz, wie wir es all die Jahre nicht mehr gesehen, grüßt von den Häusern und erfüllt jeden mit Stolz und Begeisterung. Deutschland ist wieder deutsch geworden und erkennt seine geschichtliche Sendung. Der Geist Potsdam, erstanden aus Ehre und Treue zu Volk und Nation strahlt seinen Segen aus auf ein wiedererstandenes Reich, das sich aus Achtung vor der geschichtlichen Größe und der jungen Kraft der Nation aufbaut.

Von 6 Uhr ab beleben sich die Straßen. Schuljugend und alle nationalgesinnten Kreise, die einem Verein angehören, der sich an dem großen Fadelzug beteiligt, eilen zu den Sammelplätzen, um von hier geschlossen zur Amarschstraße zu marschieren. Erwartung und Spannung überall, wie wir sie schon in den Mittagsstunden erlebten. Auch das Wetter hat ein Einsehen und der noch trübe Nachmittagschimmel, der uns Regen und Schnee bescherte, hat sich aufgeklärt als wollte er teilhaben an dieser Wende deutschen Geschickes. Die Straßen füllen sich, auf den Bürgersteigen steht die Bevölkerung in Reihen gegliedert. Aufgerüttelt durch das Geschehen von Potsdam will sie teilhaben an der nationalen Feier. Am Ehrenmal sammeln sich die Vertreter der Behörden und die Organisation der Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Die wiederhergestellte Ehre der Nation räumen ihnen freiwillig das Recht ein, das sie durch ihren Tribut an Blut und Leben zu fordern berechtigt sind. Das Pfarrorchester marschiert auf und verkürzt die Wartezeit durch Märsche. Immer höher steigt die Spannung.

Aus der Ferne klingen nun Marschweisen auf. SS. tritt an die Seiten des Ehrenmales, rote Fadeln leuchten auf. Die Spitze des Zuges marschiert an, voran die Fahnengruppe. Die Arme strecken sich und unter den Klängen des Parade-marsches marschieren diszipliniert die SA-Kolonnen, Hitler-Jugend, Jungvolk und all die vaterländischen Vereine. Ihnen schließen sich an die Hunderte von Schülern, wieder Vereine und abschließend Feuerwehr und Sanitätskolonne. Nahezu eine halbe Stunde nahm der Vorbeimarsch in Anspruch. Ein unvergeßliches Bild diese marschierenden Kolonnen im Lichte der hunderte von Fadeln und den immer wieder mitreisenden Marschweisen. Die Fenster dicht besetzt von begeisterten Volksgenossen, teilweise auch illuminierte Häuser. Ein Ereignis wie es unsere Gemeinde noch nicht gesehen und auch so bald nicht wieder erleben dürfte. Die Zahl der Zugteilnehmer zu schätzen ist eine Unmöglichkeit, jedoch dürfte die Zahl von über Zweitausend nicht zu hoch gegriffen sein.

Das weite Mund des Volkspartes konnte die Massen nicht fassen, so daß große Teile des Zuges noch auf der Straße Aufstellung nehmen mußten. Das von den Kindern gesungene „Flamme empor“ hallt durch die Nacht. Dann spricht Pg. Franz es zu den Volksgenossen. Er erinnert an die eben hinter uns liegenden geschichtlichen Stunden von Potsdam, die im deutschen Volke unvergeßlich weiter leben werden. Ein Vergleich mit dem Geschehen von 1918, das Lüge und Verrat am deutschen Volke war. Ein einfacher Musikfieber des Krieges verlor den Glauben nicht an Deutschlands Mission und aus den Wenigen, die damals zu ihm standen, sind heute Millionen geworden. Er erinnert an die geschichtliche Größe Preußens, wie ein Friedrich der Große Preußen schuf, wie Bismarck fußend auf diesen Tugenden des ersten Dieners des Staates, das Reich bauen konnte. Wie unsere Vorkämpfer gekämpft und geopfert, so kämpften die Millionen deutscher Soldaten im Weltkriege für die Heimat, für Deutschland. Wenn wir der zwei Millionen Toten des Weltkrieges gedenken, so müssen wir aber ebenso der 400 SA-Kameraden gedenken, die mit gleichem glühender Begeisterung ihr Leben für Deutschland gaben. Nun danken wir Gott, der uns den Sieg geschenkt. Erdrückende Sorgen belasten unsere Aufbauarbeit. Gib Gott uns die Kraft zum Gelingen der Arbeit, führe uns zu einem neuen Deutschland der Ehre, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Segne unser Volk, segne den großen Reichspräsidenten von Hindenburg und unseren Volkstanzler Hitler.

Wie ein Kanal leuchtet das Feuer zum Himmel und mit ihm die Klänge des Deutschlandliedes von Tausenden mit voller Inbrunst gesungen. Dann klingt das Lied des jungen Deutschlands auf, das Horst Wessel seiner SA hinterlassen. Die Jugend singt es begeistert, sie kann es, mitgerissen von dem stürmischen Drang der Zeit die das neue Deutschland schuf. Langsam und ergreifen kluten nun die Mengen zurüd. Reichrath-Neusrath hat ebenfalls seinen Tag geschichtlicher Größe erlebt. Möge das Band der Volksgemeinschaft, das diese Stunden offenbarten, fester und fester werden, dann wird das Werk gelingen. „Nimmer wird das Reich zerflöht, wenn ihr einig seid und treu“.

23.März 1933

Gegen die Stimmen der durch Verhaftungen auf 94 Abgeordnete verringerten SPD-Fraktion verabschiedeten die NSDAP und die übrigen bürgerlichen Parteien im Reichstag das "Ermächtigungsgesetz", das weitere Artikel der Weimarer Verfassung außer Kraft setzt und die Hitlerregierung ermächtigt, Gesetze auch ohne den Reichstag zu erlassen.

24.3. GA

Betriebsratswahlen bei der Firma Kronprinz.

In der im Werk Immigrath stattgefundenen Betriebsratswahl beteiligten sich von 214 Wahlberechtigten 185.

Es waren drei Listen aufgestellt und es entfielen auf die Liste der Nationalsozialisten 61,

auf die Liste der christlich-nationalen Gewerkschaften 53

und auf die Listen der Freien Gewerkschaft 70.

Die Sitzverteilung ist nach dem Wahlergebnis folgende:

Nationalsozialisten	2
Christliche Gewerkschaften	2
Freie Gewerkschaften	3

27.3. GA

Der neue Landrat.

Gerichtsassessor Mißmahl, Düsseldorf.

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, ist Gerichtsassessor Mißmahl, Düsseldorf, zum kommissarischen Landrat des Rhein-Wupper-Kreises ernannt worden. Die nunmehr bekanntgegebene Beauftragung des Gerichtsassessors Mißmahl bietet insofern eine Überraschung, daß man hier mit der Beauftragung des Regierungsrats Kropp vom Versorgungsamt Düsseldorf gerechnet hatte.

Der neue Landrat gehört politisch der NSDAP an. Er ist in Opladen und im unteren Kreisgebiet kein Unbekannter mehr, da er doch vor einigen Jahren im Opladener Amtsgericht tätig war.

28.3. GA

Die Arbeit beginnt.

Erste Sitzung der neuen Amtsvertretung.

Nach einer Bekanntmachung in dieser Nummer ladet Bürgermeister Kreusch die neu gewählten Amtsvertreter zur ersten Sitzung auf Donnerstag, den 6. April 1933, nachmittags 5 Uhr in den Sitzungssaal des Rathauses ein. Es dürfte anzunehmen sein, daß, wie anderen Orts, die erste Sitzung der neuen Amtsvertretung einen besonderen Rahmen erhält.

Die Tagesordnung weist acht Punkte auf:

1. Einführung und Verpflichtung der neuen Amtsvertreter.
2. Beschlußfassung über die Gültigkeit der Amtsvertreterwahl.
3. Neuwahl der Beigeordneten.
4. Neuwahl der Kommissionen und Deputationen.
5. Weiterbestehen der Mittelschule.
6. Zuschuß zur Beseitigung eines Verkehrsbehindernisses in Richrath (Abbruch des Nebengebäudes Fußbach).
7. Festsetzung der Anliegerbeiträge für die Kloster- und Winkelstraße.
8. Bau von zehn Siedlerwohnungen in Richrath.

28.3. GA

Betriebsratswahl bei den Vereinigten Stahlwerken.

Bei den im Werk Immigrath getätigten Betriebsratswahlen wurden 109 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf die Liste der Nationalsozialisten 47 und auf die gemeinsame Liste der christlichen und freien Gewerkschaften 61 Stimmen. Jede der Listen erhielt drei Sitze im Betriebsrat.

28.3. GA

Neuer Provinziallandtagsabgeordneter des Zentrums.

Bürgermeister Dr. Claes, Leverkusen, hat sein Mandat für den Provinziallandtag niedergelegt, für ihn zieht nun Landwirt Weeger, Richrath, in den Provinziallandtag ein.

28.3. GA

Die kommunistischen Amtsvertreter werden nicht eingeladen. Entsprechend den Anweisungen der Reichs- und Staatsregierung werden zu der Sitzung der Amtsvertretung die kommunistischen Mitglieder nicht eingeladen. Die Zahl der Amtsvertreter beträgt daher, bis anderweitige Bestimmungen ergehen, nur zwanzig.

30.3. GA

Änderungen bei der Amtsvertretung.

Die neue Antikorruptions-Verordnung hat zur Folge, daß im Personenkreis der neuen Amtsvertretung noch Änderungen eintreten. Nach dieser Verordnung, dürfen Beamte oder Angestellte, die sich im Dienst der Gemeinde befinden, nicht Mitglied der Amtsvertretung sein. Die Frage, ob Lehrer an Volksschulen ebenfalls als Gemeindebeamte anzusehen sind, die dann aus der Amtsvertretung ausscheiden müßten, ist noch nicht geklärt, dürfte aber wohl bald zu erwarten sein.

Auf dem Wahlvorschlag des Zentrums stand Wegebaumeister Eich, Immigrath, der auch in die Amtsvertretung gewählt wurde und der dann auf Grund der Verordnung ausscheiden muß. Dasselbe trifft auch zu auf Gemeinsekretär Geuß, der ebenfalls auf dem Wahlvorschlag steht, da er als Ersatzmann gleichfalls nicht infrage kommt.

Es ist anzunehmen, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages Zentrum bereits zum Zusammentritt der Amtsvertretung am 6. April die Nachfolgefrage geregelt haben, da dies für die Besetzung der Kommissionen und Ausschüsse von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Ein auf diese Weise ausgeschiedenes nicht ergänztes Mitglieder zählt nicht, so daß auch der Anspruch auf den Sitz zur Neubesetzung ruht.

Auch bei der Fraktion der NSDAP wird sich noch eine Änderung ergeben, denn derjenige Amtsvertreter, der das Amt eines Beigeordneten übernimmt, darf nicht Mitglied der Amtsvertretung sein, muß also ebenfalls aus der Amtsvertretung ausscheiden oder auf den Beigeordneten-Posten verzichten.

30.3. GA

Vereidigung der Hilfspolizei.

Im Hofe des Rathauses fand Mittwochnachmittag 3 Uhr in feierlicher Weise die Vereidigung von 40 Mann Hilfspolizei der Gemeinden Richrath-Reusrath, Monheim, Baumberg und Hitdorf statt. Die Hilfspolizei setzt sich zusammen aus Mannschaften der SS, SA und des Stahlhelm. Regierungs-Assessor Roßberg begrüßte die Hilfspolizei im Namen der Regierung und des neuen Landrates. Für die bisher bewiesene Opferfreudigkeit all der Männer im Dienste der nationalen Bewegung, brachte er gleichzeitig den Dank der Regierung zum Ausdruck. Sie rechne auch weiter auf sie beim Schutz von Volk und Vaterland.

Kreisleiter, Landtagsabgeordneter Straßweg, der ebenfalls an der Feier teilnahm, wies darauf hin, daß wohl der Gegner überwunden sei, daß er aber stets auf den Augenblick lauwere, wo er wieder sein Haupt erheben könne. Die Hilfspolizei stehe deshalb noch vor schweren Aufgaben, deren sie sich bewußt sein möge, als Stütze des Staates. Regierungsassessor Roßberg nahm dann die Verpflichtung der Mitglieder der Hilfspolizei vor, die auch ihre Ausweise erhielten. Ein Heil auf Führer und Vaterland, sowie der gemeinsame Gesang der ersten Strophe des Deutschlandliedes beschloß den feierlichen Akt.

Anmerkung zur Hilfspolizei:

Die Hilfspolizisten hatten die Befugnisse der normalen Polizei und trugen in Ausübung ihres Dienstes eine weiße Armbinde mit der Aufschrift:

" Hilfspolizei ".

Eine eigene Uniform hatten die Hilfspolizisten nicht, und so konnten sie mit ihrer Parteiuniform und der weißen Armbinde auftreten.

31.3. GA

Der Tag von Potsdam und Kreuzer Emden.

Es sind wirklich erhebende Stunden, die uns die Lichtspiele in diesem wöchentlichen Programm verschaffen. Noch einmal erleben wir im Tonfilm den "Tag von Potsdam" und zwar in einer Deutlichkeit und Anschaulichkeit, wie uns diese Stunde der Rundfunk nicht bieten konnte. Als der unbeschreibliche Jubel und die Begeisterung für unseren greisen Reichspräsidenten und für den Führer des jungen Deutschland erleben wir nun wirklich.

Wie sich an diesem Tage von Potsdam das alte und das neue Deutschland die Hände reichen, erleben wir auch symbolisch im Film durch das nachfolgende Heldenepos der deutschen Marine "Kreuzer Emden". Die Taten dieses wackeren Kriegsschiffes lebten erst kürzlich wieder auf, als die australische Regierung dem Reichspräsidenten das Schild der "Emden" überreichen ließ.

31.3. GA

Öffentliche Kundgebung der NS-Kriegsopfer-Versorgung.

Am Sonnabend, dem 1. April, abends 8 Uhr, findet im Saale von August Richter eine öffentliche Kundgebung der NS-Kriegsopferversorgung statt. Es sprechen Major a.D. Kropp, Düsseldorf und Dr. Eckhardt, Immigrath, zum Thema:

"Auch ein armes Vaterland kann dankbar sein !"

Alle Kameraden und Kriegshinterbliebenen sind zu dieser Kundgebung herzlich eingeladen. Für Kriegsbeschädigte, die den Weg nicht laufen können, steht ein Wagen bereit. Anmeldungen zur Abholung müssen noch im Laufe des heutigen Tages beim Kriegsfürsorgeamt im Rathaus, Zimmer 14, erfolgen.

1. April 1933

"Tag des Boykotts" gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte - von Goebbels organisiert.

29.3. GA

Zu dem vorstehenden Boykott:

△ Der Kampf gegen die Greuelpropaganda hat begonnen. Entsprechend den Verlautbarungen über Abwehrmaßnahmen gegen die Greuelpropaganda des Auslandes, die wir in der gestrigen Ausgabe veröffentlichten konnten, hat der Abwehrkampf am Dienstag mittag auch in unserer Gemeinde eingesetzt. Vor den einzelnen jüdischen Geschäften stehen bereits Plakate der SA, die Schilder mit entsprechendem Ausdruck tragen. Der Hinweis „Deutsche denkt an die Greuelpropaganda im Auslande“ auf diesen Schildern, wird sicher sehr bald seine Wirkung im Auslande tun und die unverantwortlichen Heher zur Vernunft bringen. Sie sind allein verantwortlich für den wirtschaftlichen Schaden, der nun den jüdischen Geschäftsinhabern in Deutschland aufgrund der Abwehrmaßnahmen entstehen muß.

29.3. GA

## LANGENFELD

### **Hausdurchung bei kommunistischem Funktionär Beschlagnahme von verbotenem Schrift- material**

Wie uns vom Stadtwalter der N. S. R. W., Ortsgruppe Richrath-Reusrath, mitgeteilt wird, erfolgte am Sonnabend, dem 25. März, bei dem ersten Vorsitzenden des Reichsbundes der Kriegs- und Arbeitsopfer in Langenfeld, Maxienalles, eine Hausdurchung, die durch den Ortsgruppenleiter der hiesigen N. S. R. W., [REDACTED] unter Mithilfe der Polizei und Hilfspolizei, durchgeführt wurde.

Die vorstehende Lokal-Notiz ist eine der wenigen Überlieferungen, die öffentlich von den Willkürmaßnahmen und brutalen Einsätzen der braunen Machthaber gegen politisch Andersdenkende berichtet. Wie häufig solche rechtlosen Übergriffe stattfanden, ist nicht festgehalten. Fragwürdig ist, ob sie überhaupt in Polizeiberichte aufgenommen wurden. Die Zeitungen beschränken sich daher nur auf kurze Mitteilungen über Verhaftungen von Kommunisten.

Am 10.4.1933 berichtete der General-Anzeiger über die Verhaftung von zwei Kommunisten in Wiescheid. Dabei wurde gleichzeitig der Vervielfältigungsapparat und eine Schreibmaschine beschlagnahmt, mit denen die vielgelesene "Kommunistische Dorfzeitung" hergestellt wurde. Diese Dorfzeitung berichtete neben der "Bergischen Arbeiterstimme" nur über Ereignisse in Richrath-Reusrath, die aus der Sicht der KPD öffentlich anzuprangern waren.

6.4. GA

Eine Bitte an die Bevölkerung.

Die Ortsgruppenleitung der NSDAP bittet uns mitzuteilen, daß von persönlichen Besuchen bei den neugewählten Amtsvertretern, die sich in der letzten Zeit über Gebühr gehäuft haben, Abstand genommen werden möchte.

Es wird vielmehr darum gebeten, schriftliche Anfragen an den Fraktionsführer Ernst Staller, Immigrath, zu richten. Ebenso können solche bei der Geschäftsstelle der NSDAP, Langenfeld, Hauptstraße, eingereicht werden. Die Bevölkerung darf auch so sicher sein, daß ihre berechtigten Ansuchen geprüft und Mängel abgestellt werden.

Anmerkung:

Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe der NSDAP Richrath-Reusrath befand sich im Hause "Hauptstraße 9", also unmittelbar neben dem damaligen Rathaus. Hier hatte sie ein Ladenlokal eines früheren Schreinerei- und Möbelgeschäftes gemietet.

6.4. GA

Vergeßt die Hilfspolizei nicht.

Seit Wochen tut die Hilfspolizei zum Schutze der Bevölkerung in uneigennütziger Weise ihren Dienst, ohne hierfür irgendeine Vergütung zu erhalten. Die vielfach in der Bevölkerung verbreitete Meinung, daß die Hilfspolizei eine Entschädigung von drei Mark pro Tag erhalte, trifft nur insoweit zu, daß sie zu besonderer Dienstleistung aufgefordert wird. Sie ist also trotz ihres Einsatzes im Dienst für die Allgemeinheit auf sich selbst angewiesen. Unter der Hilfspolizei befinden sich viele erwerbslose Kameraden, die im Block ihren Wachdienst tun.

Gerade diesen fehlt es für die Beköstigung an Lebensmitteln und es ergeht die Bitte an die Bevölkerung, hier helfend einzugreifen. Es wird ausdrücklich nur um Lebensmittel gebeten. Geldspenden zur Beschaffung von Lebensmitteln dürfen nur auf besonderen Listen gezeichnet werden, die neben dem Stempel der Partei die Unterschriften des Gauleiters Florian, Düsseldorf, des Ortsgruppenleiters und der SS-Führer tragen.

# Die erste Amtsvertreter-Sitzung in Niebrath-Neusath

## In feierlichem Rahmen im Rathausaal — Verpflichtung der neuen Amtsvertreter durch Bürgermeister Kreusch Neu befehlung der Beigeordneten und Kommissionen — Umbenennung der Hauptstraße

### Ruhiger und sachlicher Verlauf

Die erste Sitzung der neu gewählten Amtsvertreter von Niebrath-Neusath vollzog sich gestern im würdig ausgestatteten Rathausaal vor einem sehr zahlreichen Auditorium. Die Tische der Fraktionen — nach Ausschaltung der Kommunisten nur noch aus Zentrum und NSDAP, bestehend — und der Verwaltung wiesem großen Nummernschild auf, die Mitte der hinteren Wand zeigte die Fahnenkreuzflagge, drapiert mit schwarz-weiß-rotem Tuch. Links und rechts hingen die Bilder des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Reichspräsidenten Hindenburg. An einer Nische, rechts vom Zuhörer, hatte ein Harmonium Aufstellung gefunden, das ebenso wie der ganze Hintergrund durch Lorbeerbäume eine feierliche Ausschmückung erhielt.

Vom Rathaus selbst wehte die schwarz-weiß-rote und die Fahnenkreuzflagge.

Nachdem die Vertreter des Zentrums, der Verwaltung und der Presse ihre Plätze eingenommen hatten, zogen die nationalsozialistischen Amtsvertreter — alle in Uniform — in geschlossenem Zuge ein.

Nach der Eröffnungssprache des Bürgermeisters Kreusch sprach der Ortsgruppenführer der NSDAP, Schreiner und der Fraktionsführer des Zentrums, Dr. Prilage. Die Tagesordnung, die ziemlich umfangreich war, wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt.

### Die Sitzung

Kurz nach 5 Uhr erklärte Bürgermeister Kreusch die Sitzung für eröffnet. Er führte aus:

**Meine Herren Amtsvertreter!**

Zu Ihrer ersten Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses heiße ich Sie willkommen. Zum erstenmale seit 14 Jahren tagen wir wieder unter der ruhmreichen Flagge schwarz-weiß-rot, die aber nicht wehen würde, wenn nicht die Fahnenkreuzflagge ihr den Weg frei gemacht hätte. Auch in unserer Gemeinde hat die nationale Revolution den Sieg davongetragen. Kommunismus und Marxismus liegen am Boden, hoffentlich für immer. Das deutsche Volk hat sich von den Fremdbeden, die ihm aufzotrolert waren, freigemacht und ist zu den alten Quellen seines Volkstums und seiner völkischen Kraft zurückgelehrt. Zunächst danke ich dem verstorbenen Gemeinderat und besonders den Herren Beigeordneten für die von ihnen geleistete Arbeit.

Sie, meine Herren Amtsvertreter, treten ihr Amt in einer außerordentlich schweren Zeit an. Wohl wenige Gemeinden leiden so unter der Erwerbslosigkeit wie Niebrath-Neusath — von 16 000 Einwohnern werden über 5000, also fast ein Drittel, — aus öffentlichen Mitteln unterstützt.

Die Behebung dieser Erwerbslosigkeit ist bisher die erste und wichtigste Voraussetzung für die Besserung aller Verhältnisse.

Die sparsamste Verwaltung kann auch der Bürgerschaft trotz besten Willens keine nennenswerte Erleichterung schaffen, solange die furchtbaren Auslagen für die Erwerbslosigkeit von der Gemeinde zu bestreiten sind. Hoffen wir, daß es der Initiative der Reichsregierung gelingt, hier den Gemeinden recht bald Erleichterungen zu verschaffen. Um die Schwere der Zeit zu mildern, bedarf es der

### Zusammenarbeit aller aufgefingten Kräfte der Bevölkerung

und so bitte ich denn die Parteien, einmütig zusammen zu arbeiten zum Wohle der Gemeinde. Niemand dürfen persönliche Motive irgendwo maßgebend sein.

Daß die nationale Revolution in unserer Gemeinde ohne Störung und Mitvergehen verlaufen ist, verdanken wir mit unseren braven Jungen von der Hilfspolizei, denen ich auch an dieser Stelle für ihre unermüdete Tätigkeit meinen besten Dank ausspreche.

Nochmals begrüße ich Sie herzlich und hoffe, daß Ihre Arbeit im Verein mit der Verwaltung zum Segen der Bürgerschaft sein wird.

Bürgermeister Kreusch berechtigt daran sämtliche Amtsvertreter durch Handschlag und verpflichtet sie dadurch zu gewissenhafter Mitarbeit.

Da gegen die Wahl keine Einsprüche vorliegen, wird diese für gültig erklärt. Darauf nimmt der

**Ortsgruppenleiter Schreiner**  
das Wort.

### Deutsche Männer und Frauen!

Zwielertel Aufgaben haben wir zu erfüllen, erstens die Arbeit in der Gemeinde pflichtgemäß zu erledigen, zweitens so zu arbeiten und zu handeln, daß nach Ablauf unserer Wahlzeit uns auch die Volksgenossen, die heute noch beiseite stehen, die Hand reichen zur Bildung der einzigen großen deutschen Volksgemeinschaft, die getragen ist vom Geiste des nationalen Sozialismus und geehrt ist durch unsern Führer Adolf Hitler.

Viele Worte machen ist nicht meine Art. Wir haben in unserer Bewegung eine harte Schule durchgemacht. Still und zäh haben wir gearbeitet und geopfert. Daraus sind wir stolz, daß wir auch in unserer Gemeinde durch unsere Opfer dazu beitragen konnten, unserer Bewegung zum Siege zu verhelfen. Opfern und dienen und eiserne Disziplin, das ist das Geheimnis unseres Erfolges.

Diese Eigenschaften, die wir zuerst von uns selbst verlangen, sind die Schlüssel unserer Arbeit im großen und kleinen.

Mit allem was geschieht, haben wir nichts gemeinsam. Die deutsche Revolution hat erst jetzt begonnen und wir als Träger dieser Revolution werden diese fortsetzen.

### Zur Mitarbeit ist uns jeder willkommen.

Aber noch glaube niemand, wir würden eine Politik der Winkelzüge oder Hinterlistigen treiben oder auch nur duden. In ehrlicher, offener Art wird gearbeitet. Wenn das nicht gefällt oder wer auch nur ein einziges Mal versucht uns zu überlisten oder zu hintergehen, dem werden wir rücksichtslos die Macht zeigen, die uns durch unsere Mehrheit gegeben ist. Die Beamten fordern wir zur Mitarbeit auf im Sinne der heutigen Regierung. Keiner braucht mit fliegenden Fahnen zu uns überzutreten und leht Heil Hitler zu rufen. Wir sind nicht geküßigt und werden nicht vergessen, was mit uns geschehen ist, wenn wir auch und das sage ich hier frei heraus, nie vergessen, daß es Zeiten gab, in denen ein Beamter der unseren Aufmarsch begleitete unseren EM-Leuten verboten, auszutreten, andernfalls er den Zug auflösen würde.

Wir behalten uns vor, alles zu prüfen, was in den letzten Jahren in der Gemeinde vorgekommen ist und werden allerdings Beamte, die sich irgend etwas haben zu schulden kommen lassen, ich hoffe, daß es nicht der Fall ist, heute noch zur Rechenschaft ziehen.

### Wir reichen jedem die Hand,

der uns offen gegenüber treten kann. Opfern und dienen sagte ich soeben. Das müssen wir alle lernen, wenn unser Vaterland wieder hoch kommen soll. Es darf z. B. nicht vorkommen, daß ein Deutscher Lohn verlangt, wenn er einen Fackelzug zu Ehren des eigenen Volkes mitmachen soll.

Denken wir an die Opfer, die den Bestand Deutschlands gesichert haben, die zwei Millionen des großen Krieges, denken wir an die 400 Tote unserer Bewegung, die Deutschland vor dem Untergang im Bolschewismus bewahrt haben, dann wird unser eigenes Opfer und Tun so beschämend klein. Ich bitte Sie zur Erinnerung an diese gefallenen Helden anzustreben. Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen. Nach einem dreifachen Heil auf Hitler und Hindenburg spricht der Fraktionsführer der Zentrumspartei

### Dr. Brione

Wir werden unsere Pflicht erfüllen zum Wohle der Gemeinde Rath-Neurath und zum Wohle unseres schwergeprüften deutschen Vaterlandes. Wir haben etwas mit der Vergangenheit zu tun und sind stolz darauf, daß wir in den vergangenen Jahren einen Fortschritt erzielt, daß das Wohl unserer Gemeinde sich nach außen hin immer mehr verbesserte. Wir haben einen Beamtenstab, der fleißig und treu gearbeitet hat und sind stolz darauf, die Lasten der Bürgerschaft so niedrig wie möglich gehalten zu haben. Wenn die Lasten immer größer wurden, so lag das nicht an uns, sondern an den immer schlechter werdenden Verhältnissen, die uns die verheerende Arbeitslosigkeit gebracht hat. Wir haben von jeher den heftigsten Kampf geführt gegen die Leute, die bisher nutzlos waren. Immer und überall haben wir von der Zentrumsfraktion unsere Pflicht getan und haben nichts zu verbergen. Wir freuen uns, daß wir heute eine Reichsregierung haben, die das Letzte versuchen will unser deutsches Vaterland wieder zur Höhe zu bringen. Wir werden unser Möglichstes tun, die Bestrebungen der Reichsregierung zu unterstützen. Wir werden uns aber auch erlauben unsere Meinung frei und offen zu sagen.

Gerne sind wir zur Mitarbeit bereit und bieten hierzu die Hand. Wir hoffen, daß sie, so ehrlich sie gegeben, auch ebenso ehrlich angenommen wird.

Die

### Beigeordnetenwahl

ergibt folgendes Bild:

1. Beigeordneter Lehrer **Gulja** (N.Z.P.)
2. Beigeordneter **Wilt. Herberich** (Z.).
3. Beigeordneter **Karl A. Loos** (N.Z.P.).

Auf die Wahl der Kommissionen und Deputationen kommen wir noch zurück.

Fortsetzung des Berichtes über die Sitzung der Amtsvertretung am 6.4.1933:

Zum Fortbestehen der  
Mittelschule

wird nachstehender Beschluß gefaßt:

„Die Amtsvertretung in ihrer jetzigen Form erhebt die gleichen Forderungen an die Gemeinde Ronhelm bezüglich der Mittelschule wie bisher.“

Die Angelegenheit „Zuschuß zur Beseitigung eines Verkehrshindernisses in Altrath“ (Abbruch des Nebengebäudes Fußbach) wird von der Tagesordnung abgesetzt und der Baukommission zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Die Kloster- und ein Teil der Winkelstraße ist reguliert worden. Die Amtsvertretung beschließt, von den entstandenen Kosten Beiträge zu erheben und diese auf die Eigentümer der angrenzenden Grundstücke umzusetzen. In der Klosterstraße zahlen die Anlieger 50 Prozent und 50 Prozent die Gemeinde, in der Winkelstraße entfallen auf die Anlieger 40 Prozent und 60 Prozent auf die Gemeinde. Ueber eine Aufwertung der schon früher gezahlten Beträge soll in der Finanzkommission beschlossen werden. Beide Parteien treten dafür ein, daß auf die Anlieger, die größere Beträge zu zahlen haben, bei der Verrechnung nicht genommen wird. Die Verwaltung gibt bekannt, daß Ratenzahlungen bis zu 5 Jahren bewilligt sind.

Es heißt dort weiter:

„ Auf Wunsch der NSDAP nimmt Bürgermeister Kreusch zum Schluß der Sitzung die Umbenennung zweier Straßen vor. Die Hauptstraße von Hitdorfer- bis Düsseldorf Straße heißt jetzt Hermann-Göring-Straße, von der Düsseldorf- bis Bachstraße (Am Ganspohl) Adolf-Hitler-Straße.“

" Nach Verlesung des Protokolls schließt Bürgermeister Kreusch die Sitzung und dankt für die ruhige und sachliche Arbeit, die ein gutes Vorzeichen für die Zukunft sein möge.

Die Anwesenden sangen stehend unter den Klängen des Harmoniums das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied."

Die Ausgabe des "General-Anzeigers" vom 7.4.1933 enthält über die Amtsvertretersitzung einen fast gleichlautenden Bericht mit den Überschriften:

" Unter schwarz-weiß-rot und Hakenkreuz - Die Aufbauarbeit begann."

Er schließt mit der Feststellung:

" Die erste Sitzung war beendet. Sie wird in ihrem Verlauf, der ganz dem "Goeringstil" entsprach, als denkwürdiger Tag weiterleben für die Geschicke unserer Gemeinde."

Ein Erinnerungsfoto, das die Mitglieder der neuen Amtsvertretung zeigt, vervollständigt diesen Bericht.

7.4. GA

Mittelstandskundgebung des Kampfbundes.

Am Mittwoch fand im Lokale Wagner in Langenfeld die erste große öffentliche Versammlung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes statt, die sich eines ausgezeichneten Besuches erfreute. Mehr als hundert Handwerker und Gewerbetreibende hatten sich eingefunden, um sich über Richtlinien und Ziele des Kampfbundes zu informieren.

Die Redner des Abends waren:

Pg. Berkenhoff, Ohligs,  
Pg. Liederlei, Kaiserswerth,  
Pg. Wülfing, Düsseldorf.

In ihren Ausführungen heißt es u.a:

Seit dem 5. März (1933) sei eine große Wendung in Deutschland eingetreten. Die Mehrheit des Volkes habe sich zur nationalen Regierung bekannt, Jetzt gelte es, unter dieser Regierung, die ihre Freundschaft für den Mittelstand immer wieder bewiesen habe, an die Durchführung aller den Mittelstand betreffenden Fragen heranzugehen. Bisher habe der Kampfbund wegen der vielen Wahlen keine positive Arbeit leisten können, obwohl dieser Bund bereits vor Jahren durch Adolf Hitler gegründet worden sei. Der Kampfbund wolle mit allem aufräumen, was in den letzten 14 Jahren an Mißständen vorgekommen sei. Es biete sich jetzt die Gelegenheit, in den nächsten vier Jahren die Grundrechte des Mittelstandes wieder aufzubauen. Der Kampf des Bundes richte sich gegen die Warenhäuser, gegen die Großfilialen, gegen undeutsche Einheitspreisläden und gegen die Konsumanstalten, die nur mit Krediten des Staates erhalten worden wären. Würde man heute diese Kredite zurückfordern, so sei das gleichbedeutend mit der Vernichtung der Konsume.

7. April 1933

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums beschlossen, das sich gegen Nazigegner und jüdische Bürger richtet.

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder. Eingesetzte Reichskommissare werden Reichsstatthalter.

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1933	Nr. 33
------	---	--------

Inhalt: Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Vom 7. April 1933. 173

### Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Vom 7. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

#### § 1

(1) In den deutschen Ländern, mit Ausnahme von Preußen, ernennt der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichsfanzlers Reichsstatthalter. Der Reichsstatthalter hat die Aufgabe, für die Beobachtung der vom Reichsfanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Ihm stehen folgende Befugnisse der Landesgewalt zu:

1. Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Landesregierung und auf dessen Vorschlag der übrigen Mitglieder der Landesregierung;
2. Auflösung des Landtags und Anordnung der Neuwahl vorbehaltlich der Regelung des § 8 des Vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 153);
3. Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze einschließlich der Gesetze, die von der Landesregierung gemäß § 1 des Vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 153) beschlossen werden. Artikel 70 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 findet sinngemäß Anwendung;
4. auf Vorschlag der Landesregierung Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie bisher durch die oberste Landesbehörde erfolgte;
5. das Begnadigungsrecht.

(2) Der Reichsstatthalter kann in den Sitzungen der Landesregierung den Vorsitz übernehmen.

(3) Artikel 63 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bleibt unberührt.

#### § 2

(1) Der Reichsstatthalter darf nicht gleichzeitig Mitglied einer Landesregierung sein. Er soll dem Lande angehören, dessen Staatsgewalt er ausübt. Er hat seinen Amtssitz am Siege der Landesregierung.

(2) Für mehrere Länder, deren jedes weniger als 2 Millionen Einwohner hat, kann ein gemeinsamer Reichsstatthalter, der Angehöriger eines dieser Länder sein soll, ernannt werden. Den Amtssitz bestimmt der Reichspräsident.

#### § 3

(1) Der Reichsstatthalter wird für die Dauer einer Landesperiode ernannt. Er kann auf Vorschlag des Reichsfanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden.

(2) Auf das Amt des Reichsstatthalters finden die Vorschriften des Reichsministergesetzes vom 27. März 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 96) sinngemäß Anwendung. Die Dienstbezüge gehen zu Lasten des Reichs, die Festsetzung ihrer Höhe bleibt vorbehalten.

#### § 4

Misstrauensbeschlüsse des Landtags gegen Vorsitzende und Mitglieder von Landesregierungen sind unzulässig.

#### § 5

(1) In Preußen übt der Reichsfanzler die im § 1 genannten Rechte aus. Er kann die im § 1 Abs. 1 unter Ziffer 1 und 5 genannten Rechte auf die Landesregierung übertragen.

(2) Mitglieder der Reichsregierung können gleichzeitig Mitglieder der Preussischen Landesregierung sein.

#### § 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Entgegenstehende Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. August 1919 und der Landesverfassungen sind aufgehoben. Soweit Landesverfassungen das Amt eines Staatspräsidenten vorsehen, treten diese Bestimmungen mit der Ernennung eines Reichsstatthalters außer Kraft.

Berlin, den 7. April 1933.

Der Reichsfanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Krid

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

(Wöchentliches Tag nach Ablauf des Ausgabejahres: 21. April 1933)  
Reichsgesetzbl. 1933 I

# Reichsgesetzblatt

Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1933

Nr. 34

Inhalt: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933. ... 175

## Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### § 1

(1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

(2) Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, unmittelbare und mittelbare Beamte der Länder und Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände, Beamte von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen (Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 — Reichsgesetzbl. I S. 537 —, Dritter Teil Kapitel V Abschnitt I § 15 Abs. 1). Die Vorschriften finden auch Anwendung auf Beamtene der Träger der Sozialversicherung, welche die Rechte und Pflichten der Beamten haben.

(3) Beamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Beamte im einseitigen Ruhestand.

(4) Die Reichsbahn und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft werden ermächtigt, entsprechende Anordnungen zu treffen.

### § 2

(1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen.

(2) Ein Anspruch auf Wartegeld, Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und auf Weiterführung der Amtsbezeichnung, des Titels, der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu.

(3) Im Falle der Bedürftigkeit kann ihnen, besonders wenn sie für mittellose Angehörige sorgen, eine jederzeit widerrufliche Rente bis zu einem Drittel

(Dreizehnter Tag nach Ablauf des Ausgabeflags: 21. April 1933)  
Reichsgesetzbl. 1933 I

des jeweiligen Grundgehalts der von ihnen zuletzt bekleideten Stelle bewilligt werden; eine Nachversicherung nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Sozialversicherung findet nicht statt.

(4) Die Vorschriften der Abs. 2 und 3 finden auf Personen der im Abs. 1 bezeichneten Art, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind, entsprechende Anwendung.

### § 3

(1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Justizminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.

### § 4

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rüchhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge belassen. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

### § 5

(1) Jeder Beamte muß sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigen Dienstfeinkommen — unter Vergütung der vorgeschriebenen Umzugskosten — gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. Bei Versetzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigen Dienstfeinkommen behält der Beamte seine bisherige Amtsbezeichnung und die Dienstfeinkommen der bisherigen Stelle.

(2) Der Beamte kann an Stelle der Versetzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßiger Dienstlohnform (Abs. 1) innerhalb eines Monats die Versetzung in den Ruhestand verlangen.

§ 6

Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Wenn Beamte aus diesem Grunde in den Ruhestand versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden.

§ 7

(1) Die Entlohnung aus dem Amte, die Versetzung in ein anderes Amt und die Versetzung in den Ruhestand wird durch die oberste Reichs- oder Landesbehörde ausgesprochen, die endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges entscheidet.

(2) Die Verfügungen nach §§ 2 bis 6 müssen spätestens am 30. September 1933 zugestellt werden. Die Fests. kann im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verkürzt werden, wenn die zuständige oberste Reichs- oder Landesbehörde erklärt, daß in ihrer Verwaltung die Maßnahmen dieses Gesetzes durchgeführt sind.

§ 8

Den nach §§ 3, 4 in den Ruhestand versetzten oder entlassenen Beamten wird ein Ruhegeld nicht gewährt, wenn sie nicht mindestens eine zehnjährige Dienstzeit vollendet haben; dies gilt auch in den Fällen, in denen nach den bestehenden Vorschriften der Reichs- und Landesgesetzgebung Ruhegeld schon nach kürzerer Dienstzeit gewährt wird. §§ 36, 47 und 49 des Reichsbeamtengesetzes, das Gesetz über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit vom 4. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 825) und die entsprechenden Vorschriften der Landesgesetze bleiben unberührt.

§ 9

(1) Den nach §§ 3, 4 in den Ruhestand versetzten oder entlassenen Beamten darf bei der Berechnung der ruhegeldfähigen Dienstzeit, abgesehen von der Dienstzeit, die sie in ihrem letzten Anstellungsverhältnis zurückgelegt haben, nur eine Dienstzeit im Reichs-, Landes- und Gemeindedienst nach den bestehenden Vorschriften angerechnet werden. Die Anrechnung auch dieser Dienstzeit ist nur zulässig, wenn sie mit der zuletzt bekleideten Stelle nach Vorbildung und Laufbahn in Zusammenhang steht; ein solcher Zusammenhang liegt insbesondere vor, wenn der Aufstieg eines Beamten aus einer niedrigeren Laufbahn in eine höhere als ordnungsmäßige Beförderung anzusehen ist. Würde der Beamte in einer früheren nach Vorbildung und Erlangung ordnungsmäßig erlangt haben, so greift die für ihn günstigere Regelung Platz.

(2) Die Anrechnung der Dienstzeit bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie den diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen regeln die Ausführungsbestimmungen.

(3) Festsetzungen und Zusicherungen ruhegeldfähiger Dienstzeit, die der Durchführung der Vorschriften des Abs. 1 entgegenstehen, treten außer Kraft.

(4) Härten können bei Beamten des Reichs und der der Reichsaufsicht unterliegenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Einrichtungen und Unternehmungen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, bei anderen Beamten die obersten Landesbehörden ausgleichen.

(5) Abs. 1 bis 4 sowie § 8 finden auch auf solche Beamte Anwendung, die schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand oder in den einflussigen Ruhestand getreten sind und auf die die §§ 2 bis 4 hätten angewandt werden können, wenn die Beamten beim Inkrafttreten dieses Gesetzes noch im Dienst gewesen wären. Die Neu festsetzung der ruhegeldfähigen Dienstzeit und des Ruhegeldes oder des Wartegeldes hat spätestens bis zum 30. September 1933 mit Wirkung vom 1. Oktober 1933 an zu erfolgen.

§ 10

(1) Richtlinien, die für die Höhe der Besoldung von Beamten aufgestellt sind, werden der Bestimmung der Dienstbezüge und des Ruhegeldes zugrunde gelegt. Gegen Entscheidungen der zuständigen Behörde über die Anwendung der Richtlinien noch nicht vor, so haben sie unverzüglich zu ergehen.

(2) Haben Beamte nach der Entscheidung der zuständigen Behörde über die Anwendung der Richtlinien höhere Bezüge erhalten, als ihnen hiernach zustanden, so haben sie die seit 1. April 1933 empfangenen Mehrbeträge an die Kasse zu erstatten, aus der die Bezüge gewährt worden sind. Der Einwand der nicht mehr bestehenden Versicherung (§ 812 ff. BGB.) ist ausgeschlossen.

(3) Abs. 1 und 2 gilt auch für Personen, die innerhalb eines Jahres vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind.

§ 11

(1) Sind bei der Festsetzung eines Besoldungs dienstalters Beamten, die auf Grund der §§ 3, 4 ausscheiden, Beschäftigungen außerhalb des Reichs-, Landes- oder Gemeindedienstes angerechnet worden, so ist das Besoldungsdienstalter neu festzusetzen. Dabei darf nur eine Beschäftigung im Reichs-, Landes- oder Gemeindedienst oder, nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen, im Dienst der öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie der diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen angerechnet werden. Ausnahmen können für Reichsbeamte der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, für andere Beamte die obersten Landesbehörden zulassen.

(2) Kommt nach Abs. 1 eine Neu festsetzung des Besoldungsdienstalters in Betracht, so ist bei den nach §§ 3, 4 in den Ruhestand versetzten oder entlassenen Beamten die Neu festsetzung jedenfalls mit der Festsetzung des Ruhegeldes vorzunehmen.

(3) Dasselbe gilt für die in § 9 Abs. 5 genannten Personen.

§ 12

(1) Die Bezüge der seit dem 9. November 1918 ernannten Reichsminister, die nicht nach den Vorschriften der §§ 16 bis 21 des Reichsministergesetzes vom 27. März 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 94) berechnet sind, sind neu festzusetzen. Bei der Neu festsetzung sind die genannten Vorschriften des Reichsministergesetzes so anzuwenden, als ob sie bereits zur Zeit des Ausscheidens des Reichsministers aus dem Amt in Kraft gewesen wären. Hiernach seit dem 1. April 1932 zuviel empfangene Bezüge sind zurückzugeben. Der Erwand der nicht mehr bestehenden Verbeide rung (§ 812ff. BGB.) ist unzulässig.

(2) Abs. 1 findet auf die seit dem 9. November 1918 ernannten Mitglieder einer Landesregieruna mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Reichsministergesetzes die entsprechenden Vorschriften der Landesgesetze treten, jedoch Bezüge nur bis zu der Höhe gezahlt werden dürfen, die sich bei der Anwendung der Grundzüge der §§ 16 bis 21 des Reichsministergesetzes ergibt.

(3) Die Neu festsetzung der Bezüge hat bis zum 31. Dezember 1933 zu erfolgen.

(4) Nachzahlungen finden nicht statt.

§ 13

Die Hinterbliebenenbezüge werden unter entspre chender Anwendung der §§ 8 bis 12 berechnet.

§ 14

(1) Wegen die auf Grund dieses Gesetzes in den Ruhestand versetzten oder entlassenen Beamten ist auch nach ihrer Versetzung in den Ruhestand oder nach ihrer Entlassung die Einleitung eines Dienst strafverfahrens wegen der während des Dienstver hältnisses begangenen Verfehlungen mit dem Ziele der Aberkennung des Ruhegeldes, der Hinterblie benversorgung, der Amtsbezeichnung, des Titels, der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen zulässig. Die Einleitung des Dienststrafverfahrens muß spätestens am 31. Dezember 1933 erfolgen.

(2) Abs. 1 gilt auch für Personen, die innerhalb eines Jahres vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Ruhestand getreten sind und auf die die §§ 2 bis 4 anzuwenden gewesen wären, wenn diese Personen beim Inkrafttreten dieses Gesetzes noch im Dienst gewesen wären.

§ 15

Auf Angestellte und Arbeiter finden die Vor schriften über Beamte sinngemäße Anwendung. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen.

§ 16

Ergeben sich bei der Durchführung dieses Ge setzes unbillige Härten, so können im Rahmen der allgemeinen Vorschriften höhere Bezüge oder Über gansgelder gewährt werden. Die Entscheidung hierüber treffen für Reichsbeamte der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichs minister der Finanzen, im übrigen die obersten Landesbehörden.

§ 17

(1) Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finan zen die zur Durchführung und Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und all gemeinen Verwaltungsvorschriften.

(2) Erforderlichenfalls erlassen die obersten Lan desbehörden ergänzende Vorschriften. Sie haben sich dabei im Rahmen der Reichsvorschriften zu halten.

§ 18

Mit Ablauf der in diesem Gesetze bestimmten Fristen werden, unbeschadet der auf Grund des Gesetzes getroffenen Maßnahmen, die für das Berufsbeamtentum geltenden allgemeinen Vorschrif ten wieder voll wirksam.

Berlin, den 7. April 1933.

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Frick

Der Reichsminister der Finanzen  
Graf Schwerin von Krosigk

# Reichsgesetzblatt

191

## Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 11. April 1933	Nr. 37
<b>Inhalt:</b>		
Gesetz über die Einführung eines Feiertags der nationalen Arbeit. Vom 10. April 1933 .....		S. 191
Gesetz über Erhöhung der Kennwertsteuer. Vom 10. April 1933.....		S. 191
Gesetz über Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Vom 10. April 1933.....		S. 192
Erste Verordnung über die Zulassung zur Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichtshöfen. Vom 8. April 1933.....		S. 193
Verordnung über Wertermittlung bei der Grunderwerbsteuer. Vom 10. April 1933 .....		S. 193
Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 11. April 1933.....		S. 195
Dritte Verordnung zum vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Vom 11. April 1933		S. 195
Bekanntmachung der neuen Fassung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Vom 11. April 1933.....		S. 195

### Gesetz über die Einführung eines Feiertags der nationalen Arbeit. Vom 10. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

#### § 1

Der 1. Mai ist der Feiertag der nationalen Arbeit.

#### § 2

Für diesen Tag finden die für den Neujahrstag geltenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Weitere Bestimmungen kann der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erlassen.

Berlin, den 10. April 1933.

Der Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Der Reichsminister für  
Volksaufklärung und Propaganda

Dr. Goebbels

28.4. BP

Auszug:

Aufruf zum Tag der nationalen Arbeit.

Der Tag der nationalen Arbeit am 1.Mai soll dartun, daß das deutsche Volk den deutschen Arbeiter der Faust und Stirn ehrt und auch, daß es den Klassenkampfgedanken, die innere Zwietracht und die parteipolitische Zerrissenheit überwinden und einig und geschlossen auf eine bessere und schönere Zukunft hinarbeiten will.

Die Bürgerschaft wird gebeten, an diesem Tage ihre Häuser zu beflaggen und sich an den vorgesehenen Veranstaltungen zahlreich zu beteiligen.

Langenfeld, den 28.April 1933

Kreusch, Bürgermeister.

Tag der nationalen Arbeit!

Auf Anordnung von Berlin muß das erste Programm geändert werden. Die Festfolge für den 1.Mai ist wie folgt:

7.30 Uhr versammeln sich die Arbeiter der Stirn und der Faust in den Betrieben. Die Erwerbslosen gehen in die Betriebe, denen sie zuletzt angehört haben.

Punkt 7.40 Uhr erfolgt die Flaggenhissung mit Ansprache des Obmanns der NSBO bzw. der Fachschaft der NSBA.

Während der Flaggenhissung wird die erste Strophe des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes gesungen.

Spätestens 8 Uhr Abmarsch in 3 Gliedern zum Sammelpunkt Jahnplatz an der Langforter Straße.

8.30 Uhr Feldgottesdienst beider Konfessionen auf dem Jahnplatz. Anschließend daran Fahnenweihe verschiedener NSBO-Zellen. Hierauf singt der Massenchor die "Rheintreue" unter Leitung des Musikdirektors Herrn Olbertz. Von 9.30 Uhr bis 10.20 Uhr Übertragung der Veranstaltung in Berlin. Im Anschluß hieran erfolgt der große Aufmarsch in folgender Reihenfolge:

.....

Nach dieser Aufstellung aller Langenfelder Betriebe heißt es u.a. weiter:

Die Betriebsleitungen werden gebeten, die Kontrollkarten, genau wie an Arbeitstagen zu prüfen. Die Arbeiter der Stirn mögen sich in eine Anwesenheitsliste eintragen. Gleichzeitig bitten wir die Betriebsleitung, auch ihrerseits für eine würdige Ausschmückung der Betriebe Sorge zu tragen. Die Bevölkerung der Gemeinde wird gebeten, den "Tag der nationalen Arbeit" nicht nur durch reichen Flaggenschmuck, sondern auch durch Schmückung der Straßenfronten mit Birkengrün und Girlanden zu verschönern.

Auch die einzelnen Kirchengemeinden werden gebeten, sich dem Vorgehen der Bevölkerung anzuschließen.

Abends 7.30 Uhr versammelt sich die ganze Bevölkerung der Gemeinde in den nachgenannten Sälen (Übertragung der Veranstaltung aus Berlin):

.....

28.4. BP

Anmerkung:

Leider war es aus technischen Gründen nicht möglich, den nachfolgenden Sitzungsbericht aus der "Bergischen Post" vollständig zu fotokopieren. Es wird daher ein Teil dieses ausführlichen Berichtes, der mit aller Deutlichkeit die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Langenfelder Rathaus aufzeigt, wörtlich wiedergegeben:

Einschneidende Maßnahmen in Richrath-Reusrath.

Die zweite Amtsvertretersitzung im April - Sofortige Amtsenthebung des Bürgermeisters Kreuzsch gefordert - Einsparung der Gemeindebaumeisterstelle beschlossen - Beamte dürfen keine Nebenbeschäftigung mehr ausüben.

Richrath-Reusrath, den 28. April.

Innerhalb vier Wochen fand gestern im Sitzungssaale des Rathauses die zweite Amtsvertretersitzung der Gemeinde Richrath-Reusrath statt. Sie verlief zwar, ebenso wie die erste Beratung der neuen Amtsvertretung, außerordentlich ruhig, hatte aber in ihren Auswirkungen durchgreifende Maßnahmen zur Folge. Nach der Einführung und Verteidigung der Beigeordneten, der Einführung des Amtsvertreters Paul Hüsgen (NSDAP), wurden die auf der Tagesordnung stehenden Anträge der NSDAP in der vorgesehenen Reihenfolge begründet und angenommen. Dann brachte der Fraktionsführer der NSDAP noch einige weitere Anträge ein, von denen sich der wichtigste mit der sofortigen Amtsenthebung des Bürgermeisters Kreuzsch befaßte. Fraktionsführer Schreiner begründete diesen Antrag in längeren Ausführungen, die wir untenstehend wiedergeben.

Der stellv. Fraktionsführer des Zentrums, A-V. Pröpper (Dr. Prigge war verhindert), betonte, daß die Zentrumsfraktion den Anträgen, die nicht auf der Tagesordnung ständen, ihre Zustimmung ohne weiteres nicht geben könnte, da sie hierüber nicht genügend orientiert seien und von den Anträgen keine Kenntnis gehabt hätte.

#### Verlauf der Sitzung.

Bürgermeister Kreuzsch eröffnet die Sitzung mit der Einführung und Vereidigung der Beigeordneten Luig, Herberth und Kloos. Er macht sie darauf aufmerksam, daß sie durch das Vertrauen der Amtsvertretung zu Beigeordneten gewählt worden seien und verpflichtet sie durch Eid und Handschlag. Die Beigeordneten nehmen am Tische der Verwaltung ihre Plätze ein.

Für den ausgeschiedenen A-V. Kloos wird A-V. Paul Hüsgen von Bürgermeister Kreuzsch durch Handschlag verpflichtet. Dann werden die auf der Tagesordnung stehenden Anträge der NSDAP von Fraktionsführer Schreiner begründet und nach kurzer Aussprache angenommen. Es handelt sich zunächst um die

#### Zusammenlegung des Gas- und Wasserwerks.

A-V. Schreiner (NSDAP) schlägt vor, das Gas- und Wasserwerk aus Ersparnisgründen zusammenzulegen. Er beantragt die Bildung einer Kommission, bestehend aus fünf Vertretern der Gemeinde Richrath-Reusrath und je einem Vertreter von Hitdorf, Rheindorf, Monheim und Baumberg. Der Kommission sollen von der NSDAP angehören Moll, Kramer und Rothke und als Führer der Kommission der erste Beigeordnete von Richrath-Reusrath.

Bürgermeister Kreuzsch: Die Zusammenlegung des Gas- und Wasserwerks ist schon seit langem angestrebt worden, weil

es verwandte Betriebe sind. Die Verwaltung kann beim Inkasso, bei Reparaturen usw. einheitlich geführt werden. Es ist dies heute umso leichter möglich, da die Arbeiten beim Gaswerk zurückgegangen sind, weil wir keine Gas-Eigenfabrikation mehr haben. Weiterhin haben wir die Installationsarbeiten vollständig eingestellt, um anderen ortsansässigen Installateuren keine Konkurrenz zu machen. Eine Betriebsleiterstelle, Boten und Büro-personal kann eingespart werden. Die Zusammenlegung konnte nicht früher erfolgen, weil die Beamten nicht zwangsweise pensioniert werden konnten. Durch das Gesetz vom 7. April 33 ist diese Möglichkeit nun geschaffen. Technisch durchführbar ist die Zusammenlegung und auch vom früheren Gemeinderat schon besprochen.

A-V. Pröpfer (Z.) betont, daß die Zentrumsfraktion schon lange die Zusammenlegung fordere und auch damit einverstanden sei, daß sie jetzt durchgeführt werde. Man könne aber die Rheingemeinden nicht vergewaltigen und schlägt vor, Verhandlungen aufzunehmen.

Das Zentrum wird gebeten, zwei Vertreter für die Kommission zu benennen. Diese werden von der Fraktion noch bekannt gegeben.

Nach längerer Debatte wird von der Amtsvertretung beschlossen, daß in Zukunft Amtsvertreter bei Vergebung von Arbeiten seitens der Gemeinde nicht mehr berücksichtigt werden. Ebenfalls können Kommissionsmitglieder, die nicht Amtsvertreter sind, keine Arbeiten aus ihren Kommissionen übernehmen.

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Umwandlung der Wegemeisterstelle in eine Vorarbeiterstelle.

A-V. Schreiner: Wir sind der Ansicht, daß die Stelle des Wegeaufsehers eingespart werden kann und die Arbeiten, die vorgenommen werden müssen, vom Bauamt übernommen werden. Allerdings muß ein Aufseher für diese Wegearbeiten vorhanden sein und da sich der bisherige Wegemeister Eich nichts zuschulden kommen ließ, wollen wir ihn als Vorarbeiter behalten.

Pröpper (Z.) weist daraufhin, daß auch die Zentrumsfraktion mit jeder Einsparung einverstanden ist, wünscht aber in diesem Falle eine der Stelle entsprechende gerechte Besoldung.

Der Bürgermeister setzt auseinander, welche Arbeiten Eich auszuführen hat. Eich sei zuverlässig, gewissenhaft und fleißig und seit ihm die Aufsicht über die Wege übertragen worden sei, wäre der Zustand der Wege bedeutend besser geworden.

Schließlich wird beschlossen, die Wegemeisterstelle in eine Vorarbeiterstelle umzuwandeln und die Baukommission wird mit der Regelung der Besoldung bevollmächtigt.

Anmerkung:

Hinter dieser Maßnahme stand sicherlich die Absicht der neuen Machthaber, den Stelleninhaber Wegebaumeister Peter Eich, der bei der letzten Wahl zur Amtsvertretung als Spitzenkandidat für das Zentrum auftrat, persönlich zu treffen.

Die nächsten drei Anträge der NSDAP behandeln:

### Fragen der Jugendpflege

Es wird festgestellt, daß nur noch Jugendvereine zu versichern sind, die ihre sämtlichen Mitglieder der Gemeinschaft, die vom Jugendamt ausgeht, zur Verfügung stellen, zweitens die Führer innerhalb der Gemeinschaftsarbeit werden vom Leiter des Jugendamtes bestimmt und drittens, Gelder, die im Etat für Jugendpflege angefordert werden, stehen zur freien Verfügung des Leiters des Jugendamtes. Diese Gelder dürfen nur für Gemeinschaftsarbeiten und Vorbereitungen hierzu verwendet werden. Hierzu wird betont, daß vorhandene Gelder in Zukunft also nur für Gemeinschaftsarbeit auszugeben werden. In einem Falle soll noch eine Ausnahme gemacht werden. Der Verghausener Sportverein, der bisher noch nichts bekommen habe, werde zutrübengestellt. Dann werde für alle Zeit die Geldverwendung an Fußball- und Sportvereine gesperrt. Uebrigens würden Gelder in Zukunft an einzelne Vereine nicht mehr gezahlt. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Antrag: „Dem Bürgermeister wird der Wohnungsgeldzuschuß entzogen, da derselbe keine Dienstwohnung hat. Die seit dem 1. April 32 empfangenen Mehrbeträge sind an die Gemeindefasse zu erlösen“ hat seine Erledigung gefunden dadurch, daß der Bürgermeister das Wohnungsgeld von etwa 1000 Mark inzwischen zurückgezahlt hat.

### Beamte dürfen keine Nebenbeschäftigung mehr ausüben

H. A. Z. Greiner nimmt zu diesem Antrag Stellung. Auf dem Rathaus gebe es eine ganze Menge Beamte, die durch Nebenbeschäftigung anderen das Brot entzögen. Es sei sicher mancher kaufmännischer Erwerbsthater gerne bereit und imstande, diese Arbeiten zu übernehmen. Nach einer eingehenden Diskussion über diesen Punkt wird der Beschluß herbeigeführt, daß

Jede Nebenbeschäftigung der Beamten in Zukunft verboten ist.

Mit dem Bauverein und den Kirchenbehörden soll Rücksprache genommen werden, daß diese sich bemühen, andere Herren für diese Posten zu nehmen. Es soll natürlich hierfür genügend Zeit gelassen werden, die Angelegenheit in Ruhe zu regeln und ordnungsmäßig zu überführen. Gleichzeitig werden die Beamten aufgefordert, nachzuweisen, ob sie für die vereinnahmten Beträge aus Nebenbeschäftigungen verschriftsmäßig ihre Steuer abgeführt haben.

Hierzu führt A-V. Schreiner weiter aus:

Wir vermuten, daß der Bürgermeister für eine Zeitung schreibt. In dieser Vermutung werden wir bestärkt durch nachgewiesene Telefongespräche, die der Bürgermeister mit den Düsseldorfer Nachrichten geführt hat. Wir fordern den Bürgermeister auf, anzugeben, wie hoch sich die Einnahme aus dieser Nebenbeschäftigung beläuft und ob die Steuern hierfür bezahlt sind.

Bürgermeister Kreuzsch wendet ein, daß der Gemeinderat Beschlußbehörde aber nicht Disziplinarbehörde sei.

Daraufhin fordert der Fraktionsführer der NSDAP den Bürgermeister auf, innerhalb 24 Stunden die vorgelegten Fragen zu beantworten.

Bürgermeister Kreuzsch lehnt jede Auskunft über seine private Tätigkeit ab, die er nur seiner vorgesetzten Behörde geben will.

Es wird beschlossen, den Landrat feststellen zu lassen, welche Einkünfte Bürgermeister Kreuzsch aus seiner literarischen Tätigkeit und als Berichterstatter der Düsseldorfer Nachrichten hat und ob die Beträge versteuert sind. Der Beschluß wird einstimmig herbeigeführt.

Nach Abwicklung der Tagesordnung macht A.V. Adolfs darauf aufmerksam, daß im amtlichen Bericht der letzten Sitzung Amtsvertreter Pröpfer in der Finanzkommission nicht aufgeführt ist. Es wird festgestellt, daß hier ein Irrtum vorliegt und die Angelegenheit richtig gestellt würde. Zwei weitere kleinere Anträge werden der Baukommission zur selbständigen Erledigung übertragen.

Die NSDAP bringt nun neue Anträge ein, die nicht auf der Tagesordnung vorgesehen waren.

Der Gemeindebaumeister wird in den Ruhestand versetzt.

A-V. Schreiner: Wir sind der Ansicht, daß die Arbeit auf dem Bauamt von zwei Bauamtsoberssekretären gemacht werden kann. Wir stellen den Antrag, die Stelle des Gemeindebaumeisters mit sofortiger Wirkung einzuziehen.

Nach kurzer Diskussion wird Baumeister Kiese Wetter nach § 6 des Gesetzes vom 7. April 33 zum 1.6.33 in den Ruhestand versetzt.

A-V. Schreiner: Die Amtsvertretung möge beschließen, Fräulein Füllenbach zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. Es wird hierbei ausdrücklich bemerkt, daß gegen die Familie und die Person des Fräulein Füllenbach nichts vorliege, daß aber der Vater noch im Dienst sei und hier eine andere Kraft eingestellt werden könne, die es notwendiger habe.

Bürgermeister Kreuzsch übernimmt die Erledigung dieser Angelegenheit.

A-V. Schreiner: Den Beamten sind die gezahlten unzulässigen Stellenzulagen nicht mehr zu bezahlen und die zu Unrecht bezahlten Beträge sind vom 1.4.32 zurückzuerstatten.

In diesem Zusammenhang weist A-V. Masseck (NSDAP) darauf hin, daß die Beamten Diener des Volkes seien und das Publikum freundlich und zuvorkommend zu behandeln hätten. Dies gelte vor allem für das Wohlfahrts- und das Steueramt. Die Beamten müßten sich daran gewöhnen über die Frage nach Gehalt, Klasse und Stellung hinauszuwachsen.

Dr. Krischer gibt bekannt, daß keine unzulässige Zulagen bezahlt würden und daß die Besoldungsordnung der hiesigen Beamten auf Grund der Bestimmungen der Preußischen Sparverordnung nachgeprüft worden sei. Besoldungen, die mit den Bestimmungen nicht in Einklang gebracht werden konnten seien abgeändert worden.

Pröpper (Ztr.) beantragt, demnächst derartige Anträge der Finanzkommission vorher zu unterbreiten.

Willeu (Ztr.) verlangt, daß alle Punkte, die bei der Amtsvertretungssitzung zu beraten seien, nächstens mindestens drei Tage vorher den Fraktionen zuzuleiten.

Dann fordert die Amtsvertretung den Bürgermeister auf,

alle Entschädigungen, die er von der Provinzial-Feuerversicherung bekommt, der Gemeindefasse zu überweisen.

Die Zentrumsvvertreter machen wiederholt darauf aufmerksam, daß sie nicht für Anträge stimmen könnten, die ihnen nicht vorher bekannt gegeben seien.

Fortsetzung: "Bergische Post" vom 28.4.1933

## Antrag der N.G.D.M.B.: Sofortige Amtsenthebung des Bürgermeisters

Schließlich kommt der letzte Antrag der N.G.D.M.B., der große Überraschung auslöst:

Die Amtsverletzung spricht dem Bürgermeister ihre Mißtrauen aus und beschließt, den Herrn Landrat zu ersuchen, den Bürgermeister Arcusch mit sofortiger Wirkung zu beurlauben.

Zu diesem Antrag der N.G.D.M.B. hat die N.D. und Fraktionsführer Schreiner folgende Begründung:

Nachdem Bürgermeister Arcusch bereits Bürgermeister der Gemeinde Altrath-Kemnitz war, hat er sich noch um einen Bürgermeisterposten in Wegeln beworben. Es soll nur zu den übertriebenen Forderungen gescheitert sein. Im Jahre 1923/24 sind vom Zentrum vier Fälle von Amtsmißbräuchen angezeigt worden. Wir verlangen, daß das Verfahren erneut aufgenommen wird. Im Jahre 1920 sollen dem Bürgermeister RM. 5000 auf Konto Beschädigten ausbezahlt sein. Auch in diesem Falle verlangen wir Untersuchung. In diesen Jahren war am Gaswerk ein Buchhalter-Päders beschäftigt. Dieser hat scheinbare Differenzen durch Entfernung von Zellen aus den Rollenbüchern verwickelt. Der Bürgermeister hat dieses Vorgehen gutgeheißen.

Um den Bürgermeister in seiner sozialen Einstellung zur Bevölkerung zu kennzeichnen, mag eine Tatsache dienen, daß er im Jahre 1926 einem Bürger der Gemeinde für Beschädigten aus dem Jahre 1919 in einem Urteilsurteil drei bereits seit dem Jahre 1923 ungültige 1000 Markscheine schickte. Eine Folge davon war, daß der Bürger schwermüßig wurde und zuletzt seinem Leben durch Erhängen ein Ende machte. Bemerkenswert dabei ist, daß dieser Bürger zwölf Jahre lang ungelänglich und rüchig als Amtvertreter tätig war.

Zur Erklärung der nächsten Punkte mag eine Erklärung von Frau Arcusch dienen, die sie dem Vorsitzenden des Zentrums, Herrn Dr. Prilage gegenüber getan hat: "Den mein Mann haßt, haßt er so lange, bis der Betreffende unter seinen Füßen ist". Daß dies den Tatsachen entspricht, geht einwandfrei aus den Akten hervor, die der Untersuchungsausschuß im Gaswerk vorfand, zur Kenntnis nahm und teilweise beschlagnahmte. Der Keller des Gaswerkes, Herr Walper, kündigt einem Arbeiter Lohmar. Der Bürgermeister versagt ohne weiteres die Aufhebung der Kündigung. Herr Walper schickt schriftlich Beschwerde über Lohmar zum Bürgermeister. Diese Beschwerde wird Lohmar vorgelesen zur Rücküberlegung. Was würde der Bürgermeister Arcusch sagen, wenn er sich beim Herrn Landrat über einen Beamten beschwert und diese Beschwerde wird dem Beamten zur Begutachtung vorgelegt. Wo bleibt da die Außerachtlich?

Siehe daß gegen Herrn Walper geht sowohl, daß er dem Arbeiter Lohmar, der dazu noch Kommunist ist, sogar gewisse Rechte des Gaswerkleiters erteilt. Seine Verhaftung und Verhaftung des Gaswerkleiters, aber sollte die Verhaftung des Kommunisten gerade deshalb in Erscheinung treten, weil bei der Wahl am 6. 11. 32 die Nationalsozialisten an Stimmen verloren, während die N.D. einen großen Zuwachs erlitt. Vom Bürgermeister beauftragt und anfordert, strengte der Kommunist Lohmar acht Prozesse gegen Walper an, die alle entweder nicht angenommen wurden, oder mit einem Freispruch endeten. Die Kosten trug die Staatskasse und damit jeder deutsche Steuerzahler. Andererseits wurden dem Kommunisten Lohmar sämtliche Ausfallstunden zur Wahrnehmung der Termine auf besondere Anweisung des Bürgermeisters bezahlt. Der Letzteren hat Walper sich beschwerdend an den Bürgermeister gewandt, weil der Kommunist Lohmar im Gaswerk Bestimmungen der Verursachung außer Acht ließ und sogar mit offenem Zorn im Gaswerk handelte. Eine Antwort auf diese Beschwerde gibt der Bürgermeister nicht für notwendig, ebenfalls nicht die Abfertigung dieser gemeingefährlichen Treibens im Gaswerk. Erst auf eine Beschwerde

bei der Berufsgenossenschaft, die den Kommunisten Lohmar mit einer Strafe von RM. 15,-- belegen wollte und dem Hinweis auf das Neukirchener Unglück durch A.-V. Pröpper, wurde Lohmar verwarnt.

Der Kommunist Lohmar ging im Rathaus ein und aus, vernachlässigte seinen Dienst vollständig und wurde erst gekündigt, als die Reinigungsaktion der Nationalsozialisten angeordnet war.

Nebenbei wurde von der Kontrollkommission auf dem Gaswerk noch festgestellt, daß der Besuch einer Gasausstellung in Berlin der Gemeinde durch Bürgermeister Kreuzsch und Herrn Walper die Kleinigkeit von 450 RM. kostete, wobei Bürgermeister Kreuzsch für drei Tage RM. 270 und Herr Walper für fünf Tage RM. 190 erhielten. Wir haben bisher nur drei Kontrollen abgehalten und bereits derartige Mißstände vorgefunden, so daß unser Verlangen nach sofortiger Entfernung des Bürgermeisters vollgerechtfertigt ist. Denn wir wollen heute kein Gemeinde-Oberhaupt mehr, das auch nach den Kommunisten schießt, wenn diese Aussicht auf Erfolg haben und vor allen Dingen wollen wir keinen Bürgermeister, der in seiner ganzen Tätigkeit nur bewiesen hat, daß er den Begriff Sozialismus nicht kennt und nur durch sein unsoziales Verhalten unliebsam bekannt geworden ist und allenthalben gefürchtet wird.

Für den Antrag stimmen die 11 Vertreter  
der NSDAP und ein Mitglied der Zen-  
trumsfraktion.

Die übrigen Mitglieder der Zentrumsfraktion  
enthalten sich der Stimme, ebenfalls mit der  
Begründung, daß sie von dem Antrag keine  
Kenntnis gehabt hätten.

H. W. Schreiner stellt demgegenüber fest,  
daß der Fraktionsführer des Zentrums Mit-  
teilung erhalten habe.

Bürgermeister Kreuzsch acht auf einzelne  
Punkte näher ein und bemerkt, daß er immer  
seine Pflicht getan habe.

H. W. Schreiner fordert den Kontroll-  
ausschuß auf,

alle Akten, die sich im Schreibtisch des  
Bürgermeisters und in seiner Wohnung  
befinden, zu beschlagnahmen.

worauf Bürgermeister Kreuzsch erwidert, er  
habe nichts zu verbergen und freue sich, wenn  
alles nachgeprüft werde.

Mit dem Abhängen des Horst-Wessel-Liedes  
sind die Sitzung ihr Ende.

Der Langenfelder "General-Anzeiger" berichtete am glei-  
chen Tag über diese Sitzung in folgenden Schlagzeilen:

" Und nun - Richrath-Reusrath.

Die NSDAP als Ankläger in der Sitzung der Amtsvertretung.  
Ein frischer Wind weht, der auch den Bürgermeister nicht  
schont ".

Aus der "Bergischen Post" vom 29.4.1933

# Ami Richrath-Reusrath

## Zur Angelegenheit Kreuzsch

teist uns der Fraktionsführer den Zentrumspartei, Dr. Briage folgendes mit:

Es scheint in der Debatte der Amtsvertretungs-Sitzung vom 27. 4. eine irrthümliche Auffassung aufgekommen zu sein, als Herr Amtsvertreter Schreiner gesagt hat, der Fraktionsführer der Zentrumspartei sei über die Angelegenheit Kreuzsch im Bilde. Dies trifft zu, jedoch war Dr. Briage nicht bekannt, daß die Frage in dieser Amtsvertreter-Sitzung zur Sprache kommen sollte. Ueber die Vorgänge im Kontrollauschuß war die Fraktion von den Ausführlingsmitgliedern unterrichtet worden.

Im fibrigen waren die meisten der vorgebrachten Tatsachen der Fraktion schon längst bekannt, da die seit 1920 im Gegeßatz zu Bürgermeister Kreuzsch gestanden hat und wegen der erwähnten Dinge schon mehrfach vorgegangen war.

Nach dem Zusammentritt der 1920 neu gewählten Amtsvertretung berief Bürgermeister Kreuzsch vor einer Sitzung der Amtsvertretung die Zentrumsführer zu sich ins Rathhaus und teilte ihnen mit, daß der Amtsvertreter Vach ihn wegen einer Reihe von Vorkommnissen in seinen früheren Amtsbezirk Deinsberg anzureisen wolle. Bürgermeister Kreuzsch machte dabei Ausführungen, wie die einzelnen Vorgänge sich tatsächlich abgepielt hätten. Diese Ausführungen waren für die Zentrumsfraction äußerst deprimierend, da sie in keinem der angeführten Fälle das Verhalten des Bürgermeisters billigen konnte, so daß Dr. Briage namens der Fraktion dem Herrn Bürgermeister sagte, die Fraktion bedaure, daß derartige in Helmberg vorgekommen sei, und müsse erwarten, daß in Langenfeld sich solche Sachen unter seinen Umständen ereigneten.

Die Fraktion müsse es ablehnen, bei den Angriffen von Vach den Bürgermeister zu unterstützen oder zu unterstützen. Sie hat sich auch in der folgenden Sitzung demgemäß verhalten.

In der Folgezeit kam es mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Fraktion und Bürgermeister.

Es wurde z. B. der Fraktion mitgeteilt, daß Bürgermeister Kreuzsch bei einem Anlauf von mehreren Waggons Speck für die Gemeinde, einige Tausende Mark Provi-

sion erhalten habe. Als Fraktionsmitglieder am gleichen Abend noch Bürgermeister Kreuzsch aufsuchten und ihn diesbezüglich zur Rede stellten, griff er in eine Schublade und überreichte den erlauchten Volksvertretern eine Bescheinigung der betreffenden Firma, daß er an diesem Geschäft nichts verdient habe. Da sich aber die Quittung des Bürgermeisters angeblich bei den Akten befinden sollte, suchten zwei Fraktionsmitglieder mit dem Bürgermeister nach Akten, um Einsicht in die Akten zu nehmen, wo sie jedoch keine Quittung fanden.

In der gleichen Zeit erschienen im Langenfelder Generalkonzeß nach jeder Amtsvertreter-Sitzung Sitzungsberichte, die, wie sich später herausstellte, von Bürgermeister Kreuzsch verfaßt waren, in denen die Fraktion und einzelne ihrer Mitglieder angegriffen wurden. Als es dem Vorstand der Fraktion gelang, festzustellen, daß die Artikel von Bürgermeister Kreuzsch stammten, schloß die Bürgermeisterei-Partei des Zentrums den Bürgermeister aus der Partei aus.

Bürgermeister Kreuzsch erhob bei der Provinzialpartei hiergegen Einspruch, wo auf dessen Ausschluß nicht bestanden wurde, weil er das kulturelle Programm nicht verlegt habe. wurde jedoch in einer Erklärung festgelegt, daß die rheinische Zentrumspartei das Verhalten von Bürgermeister Kreuzsch in einer Reihe von Angelegenheiten entschieden mißbillige und daß die Fraktion für die Amtsführung des Bürgermeisters Kreuzsch insgesamt sowohl wie auch in Einzelheiten unter keinen Umständen für Vergangenheit und Zukunft verantwortlich gemacht werden könne, da das Tisch auch zwischen ihnen zerschnitten sei.

Diese Erklärungen sollten jedoch vorläufig vertraulich behandelt werden.

Nachdem im Jahre 1924 die Fraktion gegen Bürgermeister Kreuzsch wegen Amtsunter-schlagung in vier Fällen Anzeige sowohl bei der Regierung als auch bei der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, ohne damit durchzudringen, schied Bürgermeister Kreuzsch aus der Zentrumspartei aus.

Seit 1924 datiert auch der Kampf der Fraktion gegen die Wohnungsgeldzulagen des Bürgermeisters Kreuzsch, neben freier Wohnung. Die betreffenden Anträge der Fraktion wurden in letzter Instanz vom Regierungspräsidenten abgewiesen.

Die Stellung des Bürgermeisters Kreusch in den Jahren 1924—29 der Zentrumsfraktion gegenüber ist auch wohl genügend dadurch gekennzeichnet, daß er mehrfach mit der vereinigten Meisten und Einigen (12) gegen das Zentrum (12) stimmte. (Geschäftserhöhung von Baumeister Meißner und Oberinspektor Albaum, Errichtung einer Urnenmauer, Wahl eines Kommunisten zum Polizeordneten anstelle eines verstorbenen Zentrumspolizeordneten.)

Als im Jahre 1929 das Zentrum die Mehrheit in der Amtsvertretung bekam, versuchte es wieder mit Bürgermeister Kreusch im Interesse der Gemeinde eine sachliche Politik zu betreiben, trotz aller bestehenden Differenzen.

Trotzdem versuchte der Bürgermeister, der Fraktionen immer wieder Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Um ein Beispiel zu nennen, gab er der kommunistischen Fraktion Abschriften von Zielungsnahmen der Zentrumsfraktion in Beamten-Verordnungsangelegenheiten zur agitatorischen Verwendung gegen das Zentrum.

Erst nach längerem Kampf und Verweigerung der Rechnungsabnahmen gelang es der Fraktion, die dauernden Einnahmehemmnisse zu verhindern und auch den Bürgermeister zu veranlassen, nicht hinter dem Rücken der Amtsvertretung bei den vorgesehnen Anstalten etc. höhere Steuern als die von der N. V. beschlossenen zu beantragen.

Nach der Einsetzung des Kontrollrats haben die Vertreter der Zentrumspartei in diesem mitgearbeitet und haben dort, soweit An gelegenheiten des Bürgermeisters zur Sprache kamen, keinen Anlaß gehabt, auf die Fragen der nationalsozialistischen Ausschußmitglieder mit der Wahrheit hinter dem Berge zu haften.

Es wurde dort auch z. B. festgestellt, daß, nachdem Bürgermeister Kreusch durch die letzte Notverordnung vom Jahre 1932 ein Teil des Wohnungsgeldes entzogen worden war, dieser sich das Wohnungsgeld nach einigen Monaten nicht nur wieder hat auszahlen lassen, sondern auch rückwärtend für die vorhergehende Zeit hat nachzahlen lassen. Ebenfalls kam bei der Anwesenheit der Kommission im Gaswerk die Angelegenheit Lohnarbeiters zur Sprache.

Wenn die Fraktion bisher mit ihren Beschwerden über Bürgermeister Kreusch nicht an die Öffentlichkeit gegangen ist, so geschah dies deshalb, weil sie es nicht für richtig hielt, die öffentliche Meinung gegen den noch im Amte befindlichen ersten Beamten der Gemeinde anzuhäufeln. Sie hat jedoch jederzeit alles ihr Mögliche unternommen, um die Zusammenarbeit in der Verwaltung besser zu stellen und das Interesse der Gemeindegemeinschaften zu wahren.

Wenn sie dabei bei den, dem Bürgermeister vorgesehnen Behörden keine Entfernung aus dem Amte nicht hat durchsetzen können, ist dies nicht ihr Verschulden.

### Eine Demonstration vor dem Rathaus

!!! Als gestern nachmittags von einer Verurteilung des Bürgermeisters Kreusch noch nichts bekannt war, sammelte sich vor dem Rathaus eine größere Menschenmenge an, die die Amtsenthebung des Bürgermeisters forderte. Obwohl die Menge sich in großer Unruhe befand, wickelte sich der ganze Vorgang mit größter Disziplin ab. Als H. B. Zentner darauf hinwies, daß der Bürgermeister in Urlaub gegangen sei, verließen sich die Anwesenden, nach Absingen des Horst-Wessel-Liedes.

Die Demonstration übernahm vorläufig der erste Polizeordnetende Leig.

### Bürgermeister Kreusch in Urlaub

!!! Wie wir hören, hat Bürgermeister Kreusch freiwillig einen Urlaub angestrebt. Der erbetene Urlaub ist ihm von der Dienstaufsichtsbehörde bewilligt worden.

### Eine Erklärung

Frau Bürgermeister Kreusch übermittelt unter Bezugnahme auf die letzte Gemeinderatssitzung nachstehende Erklärung:

Ich habe niemals, auch nicht gegenüber Dr. Prigge, die Äußerung getan: „Wenn mein Mann haßt, den haßt er solange, bis der Verstorbene unter seinen Füßen ist“. — Jeder, der bin ich bereit, dies zu beviden.

Das Urteil über diese Äußerung überlasse ich jedem anständig denkenden Menschen. Jede weitere Auseinandersetzung lehne ich ab.

Frau Kreusch.

\*

Wie uns Dr. Prigge hierzu mitteilt, hat er jederzeit zu seiner Aussage.

Quellen- und Literaturnachweis.

Stadtarchiv Langenfeld

Bestände: Dr.Karl Siegmar von Galerà:  
Die Geschichte der Bürgermeisterei  
Langenfeld 1806-1956.  
31.Kapitel:  
Richrath-Reusrath unter der national-  
sozialistischen Herrschaft 1933-1945.  
- Manuskript -  
  
Helf, Wilhelm:  
Die Träume vom besseren Leben.  
Autobiographische Skizzen 1900-1933.

Stadtarchiv Leverkusen

Bestände: Bergische Post  
Jahrgang 1932  
Jahrgang 1933 - Januar bis April -  
  
General-Anzeiger  
Langenfelder Zeitung und Tageblatt  
Jahrgang 1932  
Jahrgang 1933 - Januar bis April -  
  
Klose, Hans:  
Nationalsozialistische Machtergreifung  
und kommunale Selbstverwaltung, dargestellt  
am Beispiel der Gemeinde Leverkusen.  
  
Leverkusen 1933 bis 1945  
Die Zeit des Nationalsozialismus.  
Broschüre zur Ausstellung der  
Schülerinnen und Schüler des  
Carl-Duisburg-Gymnasiums.  
1982

Stadtarchiv Solingen

Bestand: Bergische Arbeiterstimme  
Organ der Kommunistischen Partei  
Deutschlands  
Jahrgang 1932  
Jahrgang 1933 - Januar bis Februar -

Universitätsbibliothek Düsseldorf

Bestände Brüdigam, Heinz:  
Das Jahr 1933  
Röderverlag Frankfurt a.M.

Görgens, Hans-Peter:  
Düsseldorf und der Nationalsozialismus.  
Inaugural-Dissertation.

Reichsgesetzblatt  
Jahrgang 1933

Preußische Gesetzsammlung  
Jahrgang 1932

Statistik des Deutschen Reiches  
Die Wahlen zum Reichstag.  
Bearbeitet im Statistischen Reichsamt.